

# AK BP

EIN RÜCKBLICK — HERAUSGEGEBEN VON  
JOHANNES EBERT UND OLAF ZIMMERMANN



# AK BP

**EIN RÜCKBLICK — HERAUSGEGEBEN VON  
JOHANNES EBERT UND OLAF ZIMMERMANN**



FÜR KLAUS-DIETER LEHMANN

EINE GEMEINSAME

PUBLIKATION

VOM DEUTSCHEN KULTURRAT

UND GOETHE-INSTITUT



# EINLEITUNG

GRUSSWORT DES BUNDESMINISTERS  
DES AUSWÄRTIGEN HEIKO MAAS<sup>8</sup>

HALTUNG, HINGABE, KRAFT UND  
GESCHICK JOHANNES EBERT UND OLAF ZIMMERMANN<sup>10</sup>

DIE AUSWÄRTIGE KULTUR- UND  
BILDUNGSPOLITIK IM SPIEGEL DES  
DEUTSCHLANDBILDES CHRISTINA VON BRAUN<sup>14</sup>

## 2008–2020

ES GIBT KEIN GETRENNTES  
INNEN UND AUSSEN KLAUS-DIETER LEHMANN<sup>20</sup>

MEHR ALS NUR VOKABELN ↑<sup>28</sup>

KULTUR EIGNET SICH NICHT  
ZUM WETTBEWERB DER SYSTEME ↑<sup>32</sup>

WELTWEITE KRISENERFAHRUNG ↑<sup>35</sup>

KLASSIKER MIT NEUEN  
ZIELSETZUNGEN ↑<sup>40</sup>

STARK SEIN DURCH WELTWEITE  
VERNETZUNG ↑<sup>44</sup>

# STIMMEN

UNTERREPRÄSENTIERTE STIMMEN  
HÖRBAR MACHEN [JOHANNES EBERT](#) <sup>50</sup>

WARUM NICHT ZWEI SCHRITTE  
NACH VORN? [MICHELLE MÜNTEFERING](#) <sup>56</sup>

GEMEINSAM GEGEN DIE NEUE RECHTE [RONALD GRÄTZ](#) <sup>60</sup>

POSITIVER FRIEDEN [ANDREAS GÖRGEN](#) <sup>63</sup>

24 SPRACHEN [RICHARD KÜHNEL](#) <sup>66</sup>

FÜR EINEN GERECHTEN WELTHANDEL UND FÜR MEHR  
BETEILIGUNG DER ZIVILGESELLSCHAFT [OLAF ZIMMERMANN](#) <sup>70</sup>

AUSWÄRTIGE KULTURPOLITIK IN ZEITEN DER  
GLOBALISIERUNG [GUIDO WESTERWELLE](#) <sup>73</sup>

SELBSTBEZÜGLICH UND  
EINGEIGELT? [OLAF ZIMMERMANN UND GABRIELE SCHULZ](#) <sup>77</sup>

KÜNSTLER ALS SCHRITTMACHER MODERNER  
GESELLSCHAFTEN [MONIKA GRÜTTERS](#) <sup>81</sup>

BRÜCKEN ZWISCHEN DEN MENSCHEN [MONIKA GRÜTTERS](#) <sup>84</sup>

PLATTFORM FÜR VIELE PARTNER  
SCHAFFEN [FRANK-WALTER STEINMEIER](#) <sup>86</sup>

DAS SCHLIMMSTE ABGEWENDET,  
GEFAHR NOCH NICHT GEBANNT [OLAF ZIMMERMANN](#) <sup>90</sup>



# GOETHES WELT

AUF DEM SPRUNG SUSANNE MARIA KRAUSS 94

FREIRAUM FÜR KULTUR MANFRED STOFFL 98

DEUTSCHLAND UND JAPAN  
HABEN ÄHNLICHE MANTRAS DES  
FLEISSES ENZIO WETZEL 104

BRÜCKENBAUER AM  
BOSPORUS PIA ENTENMANN UND MEIK CLEMENS LAUFER 109

HOHER ZUKUNFTSWILLE JOHANNES EBERT 115

IM STÄNDIGEN AUFWIND BETH ACHITSA 119

LABORATORIUM DER SOZIALEN  
TRANSFORMATION CIRAJ RASSOOL 122

# GRUSSWORT HEIKO MAAS DES BUNDESMINISTERS DES AUSWÄRTIGEN

Außenpolitik setzt auf die Möglichkeit, die Welt durch Verständigung zu gestalten. Das kann nur gelingen, wenn wir neben der klassischen Diplomatie auf eine gelebte Partnerschaft zwischen den Menschen setzen, auf eine »Außenpolitik der Gesellschaften«, wie Ralf Dahrendorf das einmal nannte. Die Auswärtige Kulturpolitik mit ihren Mittlerorganisationen und Partnern weltweit ist deshalb seit Jahrzehnten ein zentrales Fundament deutscher Außenpolitik. Und es ist deshalb auch für die Außenpolitik bedeutsam, dass der Deutsche Kulturrat die gesellschaftliche Verankerung der Kulturpolitik beständig ins Zentrum seiner Arbeit stellt.

Wichtige Knotenpunkte unserer kulturellen Infrastruktur im Ausland sind die Goethe-Institute, an deren Spitze während der letzten zwölf Jahre Klaus-Dieter Lehmann stand. In gewisser Weise ist es symbolisch, dass der Abschluss seiner Präsidentschaft in den Zeitraum der deutschen EU-Ratspräsidentschaft fällt: Das Engagement für Europa war für ihn stets die Grundlage für den weltweiten Erfolg des Goethe-Instituts. Und wir spüren derzeit besonders stark, wie sehr die Idee von einem geeinten Europa als dem erfolgreichsten Friedensprojekt weltweit unter Druck ist. Wie sehr sie auch der kulturellen, der zivilgesellschaftlichen Unterfütterung bedarf.

Konkret heißt das für die Kulturarbeit, dass wir den Ausbau europäischer Zusammenarbeit über nationale Repräsentationsansprüche stellen. Der Aufbau deutsch-französischer Kulturinstitute trägt dem ebenso Rechnung wie das mit dem Goethe-Institut entwickelte Kulturprogramm zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft: Olafur Eliásson's Kunstwerk »Earth Speakr« begreift Europa als einen gemeinsamen ästhetischen Raum, der gestaltet wird von jungen Menschen, also der nächsten Generation, die die europäische Idee annehmen, in die Zukunft tra-

gen und gestalten wird. Denn das kulturelle Erleben trägt zur Herausbildung einer neuen europäischen Öffentlichkeit bei und kann damit das Bewusstsein für Entscheidungsprozesse in Europa schärfen, für seine überragende Bedeutung dafür, dass die Menschen in Frieden und Freiheit leben können.

Den öffentlichen Raum — im Digitalen wie im Analogen — durch eine noch engere Vernetzung von Zivilgesellschaft, Politik und Wissenschaft gemeinsam zu gestalten, sehe ich als eine zentrale Herausforderung für die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik der kommenden Jahre.

Die Covid-19-Pandemie führt uns vor Augen, wie schnell Gewissheiten obsolet werden. Wenn Grenzen geschlossen werden und öffentliches Leben stillsteht, gerät auch der gesellschaftliche Austausch in Bedrängnis — und damit ein Motor für das Friedensprojekt Europa insgesamt. In dieser Situation kann und muss die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik eine entscheidende Rolle spielen: Durch sie können wir Verbindungen aufrechterhalten und ausbauen — und damit nicht nur die Vielstimmigkeit der Welt erfahren, sondern auch die unterschiedlichen Perspektiven und Erfahrungen in ein gemeinsames Konzert aus vielen Stimmen übersetzen. Dadurch wächst Vertrauen und Verständnis zwischen Gesellschaften, und dies wiederum ist ein zentraler Beitrag für Frieden und Stabilität.

Die Herausforderungen sind ohne Frage groß. Um einen Dialog auf Augenhöhe führen zu können, werden wir gerade jetzt in der Pandemie noch mehr in den Erhalt und den Ausbau von Partnerstrukturen im Ausland investieren müssen. Wir tun dies bereits mit einem Internationalen Hilfsfonds für Organisationen in Kultur und Bildung gemeinsam mit dem Goethe-Institut und Unternehmensstiftungen. Aber wir dürfen uns damit nicht zufriedengeben:

Internationale Kulturzusammenarbeit kann den Herausforderungen der Welt von morgen nur dann erfolgreich begegnen, wenn wir auch die grundlegenden Strukturen unserer Kulturförderung überdenken. Neben vielen anderen Aspekten wird dabei entscheidend sein, dass wir es besser als bislang schaffen, die Erfahrungen, das Erlernte aus der Kulturarbeit weltweit nach Deutschland zurück zu spiegeln — und damit auch die Gesellschaft in unserem eigenen Land besser auf die Herausforderungen vorzubereiten, denen sie ausgesetzt sein wird.

Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik ist kein Selbstzweck. Sie ist auch kein Luxus. Sie ist vielmehr eine zentrale gesellschaftspolitische Aufgabe und unerlässlich für das Gelingen der liberalen Demokratie.

# HALTUNG, HINGABE, KRAFT UND GESCHICK — KLAUS-DIETER LEHMANN ZUM ABSCHIED

JOHANNES EBERT

OLAF ZIMMERMANN

Lässt man die vergangenen zehn Jahre Revue passieren, vermitteln die Schlagworte auf den ersten Blick eine krisenhafte Dekade, die einem selbst im Nachhinein durchaus atemlos vorkommt: Die europäische Staatsschuldenkrise, die zu Beginn der 2010er Jahre die Europäische Union vor eine harte Zerreißprobe gestellt hat. Eine Zerreißprobe, deren Ende mit Blick auf den Brexit zehn Jahre später noch nicht absehbar ist. Die sogenannte »Flüchtlingskrise«, die seit 2015 zumindest vermeintlich das Land spaltet, unbestritten aber Rassismus, Antisemitismus und rechtsradikalen Ideologien einen beunruhigenden Aufwind verschafft hat. Überhaupt, europaweit: wachsender Populismus und oftmals damit verbundener destruktiver Nationalismus. Gleichzeitig wurde in den letzten zehn Jahren auch an uns kräftig gerüttelt — an unseren Gewissheiten und Bequemlichkeiten, unserer Art zu sprechen und auf die Welt zu blicken. Die häufig schmerzhaft und kontroverse Aufarbeitung des deutschen Kolonialismus in Afrika, Asien und Ozeanien ist damit ebenso gemeint wie die überfällige Debatte um Diversität und Gleichstellung. Und als Katalysator beider Entwicklungen, im Positiven wie im Negativen: Die wachsende Digitalisierung, die die Teilhabe aller ermöglicht und gute Ideen ebenso verbreiten kann wie richtige Informationen — oder eben falsche. In der Folge verändern sich auch die Bedeutung und das Selbstbild von Kulturinstitutionen, von Bibliotheken, Museen und vom Goethe-Institut.

Die enger werdenden Räume für zivilgesellschaftliche Akteure in vielen Ländern der Welt zu weiten, ist als Aufgabe der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik (AKBP) wichtiger geworden. Dies betrifft auch die Frage, wie sich das »Innen« und »Außen« angesichts einer von Diversität geprägten deutschen Gesellschaft besser verbinden lässt.

Auch die deutsche Sprache, deren Lernerzahl im letzten Jahrzehnt wieder gewachsen ist, gewinnt an Bedeutung, weil Deutschland als Wirtschafts-, Bildungs- und Kulturstandort attraktiv ist und weil sie die gesellschaftliche Teilhabe von Geflüchteten ebenso ermöglicht wie von dringend benötigten Fachkräften aus dem Ausland. Das sind nur einige der Entwicklungen, die in den vergangenen zehn Jahren auf unsere Gesellschaften und auf den internationalen Kultur- und Bildungsaustausch eingewirkt haben und zeigen, dass dieser heute vielleicht relevanter ist denn je. Sie zeigen auch, dass »Innen« und »Außen« heute nicht mehr so genau zu trennen sind wie früher. Ist die kulturelle Zusammenarbeit zwischen Deutschland und unseren europäischen Nachbarn Außenkulturpolitik? Gehört z. B. die Arbeit am Humboldt Forum in Berlin, die sich der Weltkultur widmet, nun zur Innen- oder Außenkulturpolitik?

Fest steht, dass eine Verschränkung beider kulturpolitischer Felder, Inland und Ausland, die Chance birgt, die AKBP und ihren Wert auch im Inland sichtbarer zu machen. Denn sowohl »Innen« als auch »Außen« schaffen Kunst, Kultur und Bildung Räume, in denen neue gesellschaftliche Entwicklungen reflektiert, bearbeitet und eingeordnet werden. In einer Zeit, in der die großen Themen der Menschheit nicht mehr national, sondern in einem globalen Austausch über Grenzen hinweg angegangen und gelöst werden müssen, machen Kultur, Kunst und Bildung Unsagbares und Kontroverses diskutierbar und geben so Impulse für Neues und für die zukünftige Entwicklung von Gesellschaften. Sie bieten Raum für eine Vielzahl von Stimmen und Positionen und fördern so eine plurale Gesellschaft, für die bürgerliche Teilhabe und zivilgesellschaftliches Engagement kennzeichnend sind. Dafür steht auch das Goethe-Institut, das in den vergangenen zehn Jahren zahlreiche strategische Weichenstellungen vollzogen hat. Das Goethe-Institut ist keine monolithische und in sich geschlossene Organisation. Vielmehr ist es ein weltweit verzweigtes Netz, das mit seinen 157 Goethe-Instituten in fast 100 Ländern, mit einem breiten Geflecht aus Kulturgesellschaften, Sprachlernzentren oder Lesesälen und unzähligen Kontakten und Partnerschaften in den Kultur- und Bildungslandschaften Veränderungen in seinen Gastländern aufzunehmen versucht und seine Arbeit in steter Reflexion daran ausrichtet.

Einer dieser wichtigen weltweiten Partner des Goethe-Instituts ist der Deutsche Kulturrat, der Spitzenverband der Bundeskulturverbände. 261 Bundeskulturverbände und Organisationen haben sich in acht Sektionen dem Deutschen

Kulturrat angeschlossen. Unter ihnen auch aus dem Bereich der Auswärtigen Kulturpolitik, das Goethe-Institut, das Institut für Auslandsbeziehungen (ifa) und die Deutsche UNESCO-Kommission. In der Zeitung des Deutschen Kulturrates »Politik & Kultur« wird regelmäßig über AKBP und die Rolle der Zivilgesellschaft dabei berichtet. Aber auch immer wieder die Strategien und die Arbeit des Goethe-Instituts als Gesamteinstitution und im Austausch vor Ort diskutiert. Gemeinsam haben der Deutsche Kulturrat und das Goethe-Institut in »Politik & Kultur« seit mehr als zwei Jahren erfolgreich die feste Beitragsreihe »Goethes Welt« etabliert. Außerdem haben wir gemeinsam mehrere Publikationsprojekte realisiert, wie etwa den Sammelband »Die Welt lesbarer machen« von 2014.

Die AKBP kann helfen, die globale Einbettung der Bundesrepublik Deutschland zu reflektieren — wie sie mit anderen Ländern verflochten ist und wie dortige Veränderungen auch auf die deutsche Gesellschaft wirken. Dass diese Funktion der AKBP in den vergangenen zehn Jahren deutlich stärker politisch anerkannt wurde, spiegelt sich auch in steigenden Zuwendungen für dieses Politikfeld wider. Das war nicht immer so, wie der früheste Artikel in dieser Sammlung aus dem Jahr 2004 aufzeigt. Damals sah sich auch das Goethe-Institut starken Kürzungen ausgesetzt, die seine Handlungsfähigkeit stark einschränkten.

Das hat sich zum Glück geändert: Zwischen 2006 und 2009 hat das Goethe-Institut sich intern reformiert, modernisiert und zusammen mit dem Auswärtigen Amt und dem Deutschen Bundestag wieder tragfähige Strukturen geschaffen. Heute sind die Auslandsinstitute in ihrer Programmgestaltung freier, inhaltlich wie budgetär, und die Leitlinien der Arbeit bilden weltweit erarbeitete Strategien. Nach und nach ist die Arbeit der Auslandsinstitute auch politischer geworden: Sie arbeiten häufig mit Partnern aus der Zivilgesellschaft zusammen. In dieser Arbeit wie in den Kulturprogrammen hat sich zudem das früher rein bilaterale Arbeiten zwischen Deutschland und einem Gastland deutlich verändert. Was in Jakarta gerade die Kunstszene beschäftigt, kann schließlich sowohl in Bangkok als auch in Berlin Wiederhall finden. Die Arbeit in Afrika, im Nahen Osten, in Osteuropa und in China gewann an Bedeutung, ohne dass althergebrachte Partnerschaften und Bündnisse vernachlässigt wurden, wie jüngst das erfolgreiche Deutschlandjahr in den USA gezeigt hat.

Viele dieser Entwicklungen sind mit der Person des Präsidenten des Goethe-Instituts, Klaus-Dieter Lehmann, verbunden. »Das schönste Ehrenamt der Welt« hat Lehmanns Vorgängerin, Jutta Limbach, die Präsidentschaft des Goethe-Instituts einmal genannt. Der Träger dieses Amtes repräsentiert das Goethe-Institut mittels seiner Persönlichkeit, seines Ansehens, seiner Verankerung in Kultur, Bildung und Politik, seines Mutes und seiner Kreativität. Er nimmt die vom Vorstand des Goethe-Instituts gemeinsam mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbei-

tern weltweit entwickelten Strategien, Programme und Projekte auf, gibt in der Öffentlichkeit neue politische Impulse für die kulturelle Arbeit und die Entwicklung in der Institution und ist so wichtiger Vermittler, Repräsentant und Kommunikator der Arbeit des Goethe-Instituts weltweit. In Klaus-Dieter Lehmanns Amtszeit fielen auch wichtige Neueröffnungen wie beispielsweise der Goethe-Institute in Nowosibirsk, Yangun oder Kinshasa.

Klaus-Dieter Lehmann hat das Amt mit Hingabe, Kraft und Geschick zwölf Jahre lang geprägt. Was ihn besonders ausmacht und was als Maxime für die gesamte Arbeit des Goethe-Instituts gelten darf, heute mehr denn je: Er bezieht Haltung und scheut nicht die Auseinandersetzung. Er ist eine kulturpolitische Autorität weit über Deutschland hinaus, er ist aber auch ein nahbarer Präsident ohne Dünkel, dessen Tür immer offen steht. Deshalb ist es uns als Herausgebern ein Anliegen, als Würdigung der Arbeit seiner Präsidentschaft des Goethe-Instituts die Ereignisse und Entwicklungen der AKBP zu reflektieren. Den Spiegel hierfür bildet eine Sammlung maßgeblicher Artikel in »Politik & Kultur«, der Zeitung des Deutschen Kulturrates, zu Themen der AKBP.

Wir haben den Band in drei Teile gegliedert: Im ersten Teil kommt Klaus-Dieter Lehmann selbst zu Wort — in Texten, die in den vergangenen über zehn Jahren entstanden sind, aber auch in einem aktuellen Interview, in dem er auf die unterschiedlichen Facetten seiner Amtszeit zurückblickt. Im zweiten Teil haben wir Weggefährtinnen und Weggefährten aus der AKBP versammelt mit ihren ganz unterschiedlichen, bisweilen auch gegensätzlichen Stimmen der vergangenen zehn Jahre. Im dritten Teil werfen wir einen Blick auf die konkrete Arbeit von Goethe-Instituten vor Ort und heben dabei zwei Schwerpunkte hervor, die Klaus-Dieter Lehmann neben vielen anderen besonders am Herz liegen: die Arbeit in Afrika und die weltweiten Künstlerresidenzen des Goethe-Instituts.

Dieser Band soll die Positionen, Perspektiven und die hohe Zukunftsfähigkeit der AKBP vermitteln. Er soll auch zeigen, dass »Innen« und »Außen« in der Kulturpolitik zusammengehören. Wir stehen gerade im Angesicht der Coronakrise vor neuen Herausforderungen, deren Anfang Klaus-Dieter Lehmann am Goethe-Institut aktiv begleitet hat. Für seine unermüdliche Arbeit an der »Lesbarkeit« der Welt möchten wir ihm auch im Namen der Autorinnen und Autoren dieses Bandes sehr herzlich danken.

*Johannes Ebert ist Generalsekretär und Vorstandsvorsitzender des Goethe-Institutes. Olaf Zimmermann ist Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates und Herausgeber von Politik & Kultur.*

# DIE AUSWÄRTIGE KULTUR- UND BILDUNGSPOLITIK IM SPIEGEL CHRISTINA VON BRAUN DES DEUTSCHLAND- BILDES

Die letzten zehn Jahre der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik sind ohne die vorangegangenen 65 Jahre Deutschlandpolitik kaum zu verstehen. In den Dekaden nach 1945 vollzogen sich beachtliche Wendungen, die sich in wechselhaften deutschen Selbstbildern widerspiegeln und diese umgekehrt auch prägen. Bezeichnend für die Nachkriegszeit war das Bedürfnis, nach den Verbrechen der NS-Zeit wieder in die Reihe der zivilisierten Nationen aufgenommen zu werden. Allerdings gab es unterschiedliche Meinungen darüber, wie dabei vorzugehen sei: Die einen sahen den Weg in einem Bekenntnis zur deutschen Schuld und dem Versuch, diese Schuld in einem öffentlichen Prozess historisch aufzuarbeiten. Eine Mehrheit war jedoch dafür, das Thema im Aus- und Inland gar nicht zu behandeln und im Ausland lieber die glorreiche deutsche Geistesgeschichte vor 1933 in den Vordergrund zu stellen. Vertreter dieser Mehrheit weigerten sich, die kritischen Stimmen — jene Historikerinnen, Schriftsteller, Künstlerinnen, die sich mit der deutschen Schuld auseinandersetzten — mit der Aufgabe zu betrauen, das Bild Deutschlands im Ausland zu repräsentieren. Hinzu kam, dass sie mit dem modernen Deutschland ausschließlich die Bundesrepublik meinten. Es war



schon paradox: Man verlangte zwar die Wiedervereinigung, sah jedoch im »anderen Deutschland« — jenem, das sich im Osten herausgebildet hatte — das Feindbild schlechthin. In der ersten Dekade seines Bestehens kennzeichnete eine ähnliche Sicht das Goethe-Institut, für das die Bundesrepublik der Ausgangs- und deshalb auch der naheliegende Referenzpunkt war.

Ab Mitte der 1960er Jahre änderten sich die Betrachtungsweisen. Die Betonung der klassischen Geistesgeschichte galt nicht mehr als das einzige Antidot gegen Schuldgefühle, und ab 1968 hatte diese Perspektive endgültig ausgedient. Allerdings verschwand die Tendenz nie gänzlich, sie tauchte nur unter, wie man aus den Entwicklungen der letzten Jahre unschwer erkennen kann. Es begann eine Phase, in der der innerdeutsche Dialog, der Austausch mit dem anderen Deutschland sowohl das Selbstbild als auch die Auswärtige Kulturpolitik der Bundesrepublik prägten. Die DDR avancierte zu einem Land, dessen Eigenständigkeit anerkannt wurde — was schließlich das Miteinanderreden ermöglichte. Es war freilich ein langer Prozess. Im Frühjahr 1969 war ich in Rumänien, kam dort auf einem Empfang mit dem Botschafter der DDR ins Gespräch — und die Standpauke, die ich mir danach vom Botschafter der Bundesrepublik anhören musste, sprach Bände. Allmählich verlor der Kalte Krieg jedoch an Sprengkraft. Ich weiß bis heute nicht, ob der innerdeutsche Dialog auch die allgemeine Fähigkeit erhöhte, sich der neueren deutschen Geschichte und der Verbrechen der NS-Zeit zu stellen — oder umgekehrt. Parallel zum wachsenden innerdeutschen Austausch öffneten sich auch neue Perspektiven der Auswärtigen Kulturpolitik: Man betrachtete diese immer weniger als Plattform für den Export deutscher Literatur und Musik und begann, sie als Möglichkeit zu sehen, in die laufenden Diskussionen des Auslands einbezogen zu werden. An ihnen teilzunehmen. Diese Neuorientierung stand freilich noch lange unter dem Vorbehalt, dass es mit zwei Deutschlands zu leben galt und dass diese beiden auf je eigene Art über das Bild Deutschlands im Ausland bestimmten. Wenn auch nur eine Minderheit der Staaten den Werten der DDR ein reflektiertes Interesse entgegenbrachte — das galt natürlich für die Länder des Sowjetblocks, aber auch für einige afrikanische und asiatische Staaten wie Nordvietnam — so spielte dieser Faktor dennoch eine Rolle. Sogar in Frankreich, wo damals die Kommunistische Partei bei den Wahlen viele Stimmen auf sich vereinen konnte und zahlreiche große Kommunen von der KPF regiert wurden, konkurrierten die beiden Deutschlands miteinander — mit dem paradoxen Erfolg, dass es für ost- und westdeutsche Intellektuelle am einfachsten wurde, sich in Paris zu treffen.

Vor 30 Jahren dann die Öffnung der Grenze — eine Wiedervereinigung, die von der ostdeutschen Bevölkerung allerdings sehr viel deutlicher wahrgenommen wurde als von der westdeutschen. Den Bewohnern der neuen Bundeslän-

der wurden viele Veränderungen abverlangt: ökonomische wie auch kulturelle. Sie sollten sich das kulturelle Gedächtnis aneignen, das sich über 40 Jahre in der Bundesrepublik entwickelt hatte. Die Bewohner der alten Bundesländer dagegen wurden durch keine äußeren Veränderungen — keine neue Währung, keine neue Verfassung — dazu gezwungen, ihr Selbstbild zu verändern. Und die wenigsten taten es auch.

Aber das Ende des Kalten Krieges betraf ja nicht nur die beiden Deutschlands. Es fanden weltweite tektonische Verschiebungen statt. Die Länder des Ostblocks begannen sich auszudifferenzieren: zwischen jenen, die sich als Teil Europas betrachteten, und jenen, die sich weiterhin an der Allianz mit Russland orientierten. Auf dem afrikanischen Kontinent, dem der Westen bis dahin wenig Aufmerksamkeit geschenkt hatte, fanden soziale Umwälzungen statt — es entstanden Megastädte, wie man sie bis dahin weder in Europa noch den USA gekannt hatte. Und der Koloss China meldete sich auf der internationalen Bühne: Er beanspruchte nicht nur mehr ökonomische Macht, sondern auch politischen Einfluss. Zugleich hielt er fest an einem Modell politischer Homogenität, das Mao Zedong vom Kaiserreich übernommen hatte und das mit der Zersplitterung des westlichen Liberalismus kaum vereinbar war. Es versteht sich, dass diese tektonischen Verschiebungen eine grundlegende Veränderung des deutschen Selbstbildes zur Folge hatten. Obgleich nun vereint, erschien Deutschland in diesem Weltgebilde nur noch als ein kleiner Player.

Das Gewicht eines vereinigten Europas glich diesen Machtverlust ein wenig aus — zudem Deutschland auch das bevölkerungsreichste Land und ein wirtschaftliches Schwergewicht der Union war. Konsequenterweise orientierte sich das Selbstbild Deutschlands nun immer weniger an den Werten der nationalen Vergangenheit und immer mehr an denen der europäischen Geschichte — Aufklärung, Demokratie, religiöse Toleranz. Hinzu kamen zwei Werte, die Europa selber erst spät erlernt hat: Das eine war die Geschlechtergerechtigkeit, das andere ein Bewusstsein vom Verschwinden der Naturressourcen im Zuge eines ungebremsten Wirtschaftsliberalismus. Diese Einsicht kam nicht von selbst, aber die immer deutlicher werdende Evidenz der Erderwärmung und der Crash nach der Lehman-Pleite von 2008 — euphemistisch als »Finanzkrise« bezeichnet, so als sei das Geld in die Krise geraten und nicht der homo oeconomicus — halfen nach. Diese neuen Werte wurden zur Richtschnur, die in den letzten Dekaden über die deutsche AKBP bestimmte. Voraussetzung dafür war, dass Deutschland in Europa aufgeht — das heißt, ganz im Sinne der hegelschen Dialektik »aufgehoben« ist: Einerseits verschwindet es, andererseits wird es darin bewahrt. Dass das Deutschlandbild daran keinen Schaden nahm, zeigt sich unter anderem an der weltweiten Zunahme von Deutschlernern. Diese Entwicklung verband sich mit der Erkennt-

nis, dass Politik und Kultur nicht voneinander zu trennen sind und dass sich das Anliegen »Zivilgesellschaft« am ehesten durch kulturelle Sensibilisierung erreichen lässt — also eine AKBP impliziert, die auf missionarischen Eifer verzichtet und nach den Anliegen der anderen und ihren kulturellen Werten fragt. Es begannen die Aufarbeitung des Kolonialismus und der Versuch der Dekolonisierung, die mit der Restitution von Kulturgütern und der Entstehung des Humboldt Forums, das sich den Dialog der Kulturen zum Ziel gesetzt hat, einhergingen. Eine Jahrhundertaufgabe, die erst an ihrem Anfang steht, weil sie nicht nur die Sammlungen und deren Präsentationen, sondern auch einen innerdeutschen und innereuropäischen Mentalitätswandel bewirken will.

Mit dem Wandel des deutschen, nun europäischen Selbstbildes traten neue Parameter und Anforderungen zutage. Sie verbinden sich mit dem Begriff »Arabischer Frühling« und den großen Migrationswellen von 2015: Europa war für Menschen weltweit zum Modell geworden. Nicht, weil es über ökonomische Macht verfügt — ginge es einzig darum, hätten sich als Zielort eher die USA oder China angeboten —, sondern weil es sich zu eben jenen Strukturen bekennt, die sowohl von den Diktaturen als auch vom Neoliberalismus als »überholt« betrachtet werden. Seit Corona nahm Europa sogar für Menschen in den USA eine paradigmatische Bedeutung an. Es liegt nur wenige Jahrzehnte zurück, dass die Amerikaner den Bundesdeutschen Demokratie beibrachten; doch seit der Pandemie schauen viele von ihnen mit Nachdenklichkeit auf das Gesundheitssystem und die staatliche Bildungspolitik Europas. Ob Europa den Erwartungen, die sich auf den Kontinent richten, immer gerecht wird, darüber lässt sich streiten. Und es wird auch gestritten.

Das Ringen um die Zivilgesellschaft hat das europäische und das deutsche Selbst verändert, und es hat zu einer dichten Verflechtung von Innen- und Außenpolitik geführt. Die einst scharfe Trennung zwischen dem Innen und dem Außen, zwischen der eigenen und der fremden Kultur ist nicht mehr aufrechtzuerhalten. Es handelt sich um einen politischen Prozess, doch seine Parameter sind kultureller Art. In der Verflechtung von Innen und Außen spiegelt sich die Verflechtung von Politik und Kultur. Manche Deutsche sehen diese Entwicklung als Bedrohung. Andere begreifen jedoch, dass die Alternative nur zum Preis einer Rückabwicklung vorangegangener Dekaden zu haben ist: Entflechtung Europas, Abgrenzung zwischen Innen und Außen und Rückkehr in den Zustand des Kalten Krieges. Neu wäre nur der Grenzverlauf des Eisernen Vorhangs.

*Christina von Braun ist Vizepräsidentin des Goethe-Instituts.*



2008—2020

AUSGEWÄHLTE  
BEITRÄGE  
VON KLAUS-DIETER  
LEHMANN

# ES GIBT KEIN GETRENNTES INNEN UND AUSSEN

KLAUS-DIETER LEHMANN

**Herr Lehmann, die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik (AKBP) wird als »dritte Säule der deutschen Außenpolitik« bezeichnet — neben der klassischen Diplomatie und der Außenwirtschaftspolitik. Das Goethe-Institut ist wiederum eine tragende Strebe innerhalb dieser Säule. Wie war die Situation bei Ihrem Amtsantritt 2008? Was hat sich und was haben Sie seitdem verändert?**

---

»Dritte Säule der deutschen Außenpolitik« — diesen Begriff hatte Willy Brandt geprägt. Aber man muss schon deutlich sagen: Das Goethe-Institut hat als dritte Säule zu diesem Zeitpunkt finanziell geschwächt. In der öffentlichen Wahrnehmung war Goethe-Institut und Schließung fast ein Begriffspaar. Das weltweite Goethe-Netz war zurückgefahren und zugleich überdehnt worden.

Das war umso erstaunlicher, als wir nach dem Ende des Kalten Krieges und dem Ende der Aufteilung der Welt in zwei Machtblöcke Ost und West erstmals in den 1990er Jahren die Möglichkeit hatten, ungehindert in die ganze Welt zu gehen, Neugründungen in Ländern zu planen, die bis dahin hinter dem Eisernen Vorhang lagen. Neugründungen waren aber weitgehend nur möglich, wenn sie mit Angeboten von Schließungen in westlichen Ländern oder Einsparungen verbunden waren. Es war also auch noch Anfang 2000 ein relativ enges Korsett.

Der zweite Punkt: Das Goethe-Institut war zentral organisiert, ein sternförmiges Netz mit einer weisungsberechtigten Zentrale. Die Welt war aber nach Auflösung der Blöcke schon fragmentiert, mit sehr unterschiedlichen Entwicklungen. Mit einer zentralen »Weltformel« würde man dem nicht mehr gerecht werden können. Mit dem damaligen Außenminister Frank-Walter Steinmeier konnte der

Weg der Dezentralisierung konsequent eingeschlagen werden, um näher an den örtlichen und regionalen Entwicklungen zu sein. Und auch der Etat konnte wieder verbessert werden. Er ist bis heute kontinuierlich gewachsen. Hierzu hat der Deutsche Bundestag bewusst seine Unterstützung gewährt. Endlich konnten wieder Neugründungen ermöglicht werden. In meiner Amtszeit waren es rund ein Dutzend Neugründungen, so dass wir jetzt bei fast 160 Instituten sind.

**Sie sind die Finanzen und die Organisationsstruktur ja nicht als Selbstzweck angegangen. Was haben die Veränderungen wahrnehmbar bewirkt — und wo lagen die heiklen Punkte Ihrer Umsetzung?**

---

Wir konnten aus dieser Entwicklung eine Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit gewinnen. Wir wurden als echte Partner wahrgenommen, die in der Lage waren, diese Veränderungen in der Welt zu begleiten und mitzugestalten. Mit der gestärkten Eigenverantwortung wuchs auch die Zahl der Akteure. Trotzdem war die Dezentralisierung kein einfacher Prozess. Die Zentrale sollte keine Weisungen mehr geben, sondern das Wissens- und Erfahrungspotenzial zur Verfügung stellen und einen Rahmen definieren. Das erforderte ein erhebliches Umdenken. Eine weitere Herausforderung: Um wirklich dezentral zu arbeiten, musste die im öffentlichen Bereich übliche Kameralistik durch eine Budgetierung abgelöst werden. Das erforderte von den verantwortlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern betriebswirtschaftliches Denken. Dezentralisierung bedeutete Programmverantwortung und auch betriebswirtschaftliche und finanzielle Verantwortung dezentral wahrzunehmen. Das hatte auch Veränderungen des Stellenplans zur Folge — zugunsten der dezentralen Struktur, ein schmerzhafter Prozess für die Zentrale. Es dauerte ein paar Jahre. Aber dann wurde die neue Struktur gelebt. Inzwischen wissen wir aus den gemachten Erfahrungen, dass wir aufgrund der Umbrüche in der Welt und den dynamischen Entwicklungen nur so mit der nötigen Flexibilität reagieren konnten. Unsere Struktur geht davon aus, dass gerade auf der lokalen Ebene Innovationen mit den Partnern entstehen und auf der regionalen Ebene durch Interaktion der zusammenarbeitenden Institute Großprojekte ermöglicht werden. Wir haben 13 Regionen in der Welt definiert, in denen jeweils 8 bis 15 Institute zusammengefasst werden, und auf dieser mittleren Ebene wird auch die Finanzierung austariert. Ein gut funktionierendes Berichtswesen gegenüber der Zentrale hält die Struktur zusammen und macht sie transparent. Wichtig war mir die Möglichkeit, partizipatorisch zu arbeiten, Lerngemeinschaften zu bilden und so mit den Partnern ein neues Entwicklungspotenzial zu erarbeiten. Und es galt bei allen Initiativen: Wir stehen für eine offene freiheitliche Gesellschaft.

**Kurz nach Amtsantritt war Ihre Analyse: Die zunehmend globalisierte Welt sei nicht einheitlicher, sondern unübersichtlicher geworden. Außerdem habe sich gezeigt, dass die Ökonomisierung zur Lösung von Konflikten an ihre Grenzen gestoßen sei; wodurch unter anderem der Kultur eine neue Rolle zukomme — nicht im imperialen Sinn, sondern als lernender Austausch. Schöne Worte, aber erleben wir nicht gerade das Gegenteil: die dominante Macht der ökonomischen und finanziellen Faktoren? Fällt nicht Kultur wieder zurück in die Rolle des »nice to have«?**

---

Ich glaube nicht. Inzwischen ist das Selbstbewusstsein der Kulturakteure und der Künstler gewachsen. Sie wissen um die Grenzen der ökonomischen und der politischen Möglichkeiten. Mit Kunst haben wir nicht allein eine ästhetische Kategorie. Wir haben auch eine kulturpolitische und zivilgesellschaftliche Kraft, die wir nutzen können. Kunst und Kultur haben immer die Möglichkeit, auf sehr unorthodoxe Weise Dinge aufzugreifen, zum Staunen anzuregen, innezuhalten, Prozesse wieder in Gang zu setzen, die möglicherweise durch protokollarisches Verhalten nur eng geführt werden können.

Was außerdem zu beachten ist, lässt sich am Beispiel Europa darstellen: Wenn Sie Europa nur als »Serviceunternehmen« nehmen, dann fehlt die Seele in diesem ganzen Geschäft. Das wird als Defizit empfunden. Demgegenüber hat Kunst eine inhaltliche Form, durch die Menschen sich angesprochen fühlen können: Das bedeutet Empathie und Solidarität — man hat Möglichkeiten, die mit Geld nicht darzustellen sind. Deshalb setze ich mich bewusst für eine gemeinsame Verantwortung für einen europäischen Kulturraum ein. Erst das macht Europa aus.

**Sie sagten seinerzeit, bislang als globale Peripherie wahrgenommene Regionen würden an Einfluss gewinnen und zu Zentren werden. China vor allem, aber auch Indien und Afrika dokumentieren das heute unübersehbar — gerät dadurch die deutsche AKBP nicht zunehmend in die Defensivposition?**

---

Kulturarbeit verschiedener Länder ist unterschiedlich. Bei manchen Ländern ist sie ein dekoratives Element der Wirtschaftsförderung, bei China oder Russland erleben wir Kulturarbeit in stark propagandistischer Form. Da wird viel Geld verwandt — wesentlich mehr, als wir einsetzen — für eine Form, die nur der eigenen Profilierung dient, aber sich nicht öffnet gegenüber dem Partner, obwohl Kultur genau das tun sollte.



In diesen Fällen haben wir tatsächlich eine ganz unterschiedliche Auffassung von Außenkulturpolitik. Sie wird auch noch dadurch unterstützt, dass die Gründung des Goethe-Instituts als unabhängige Einrichtung erfolgte und nicht Teil der Regierung ist. Deutschland hat aus seiner Geschichte gelernt. Mit dem Auswärtigen Amt verbindet uns eine enge und produktive Abstimmung, sowohl inhaltlich als auch finanziell. Dieses Modell hat sich bis heute bewährt und ist von allen Außenministern nachdrücklich bestätigt worden.

Unsere Außenkulturpolitik kennzeichnet, dass wir eine Gleichwertigkeit der Kulturen sehen und keine Uniformität vollziehen, die in anderen Auffassungen liegt. Das zeigt sich besonders auch in unserem Verhältnis zu unserem Nachbarkontinent Afrika. Hier hat das Goethe-Institut in dem letzten Jahrzehnt einen deutlichen Schwerpunkt gesetzt, sowohl in Bezug auf neue Institute, umfassende digitale Netzwerke und Plattformen und Bildungsprogramme als auch mit den Projekten zur Kolonialherrschaft und ihren Folgen. Die Museumsgespräche in den letzten Jahren haben die afrikanischen Stimmen hörbar gemacht und die Aufarbeitung der kolonialen Täter- und Opfergeschichte intensiviert. Es geht um die Dekolonisierung des Denkens.

**Wie funktioniert das auf praktischer Ebene? Zum Beispiel im Verhältnis zu Russland: Raubkunst und Provenienzforschung war immer ein zentrales Thema für Sie. Das ist allerdings keine Einbahnstraße, auch in russischen Museen und Archiven lagern nach wie vor Kunstwerke deutscher Provenienz. Wie verhandeln Sie mit Gesprächspartnern, wenn die sich einer Öffnung verschließen? Stehen Sie dann ohnmächtig davor?**

---

Ohnmächtig habe ich mich nie gefühlt. Ich glaube an das Sprichwort: »Ein steter Tropfen höhlt den Stein«. In den Verhandlungen mit den Folgestaaten der Sowjetunion haben wir durchaus unterschiedliche Erfahrungen gemacht. Georgien z. B. hat die Position: Kulturgüter können keine Kriegsgeiseln sein.

Georgien hat Objekte zurückgegeben, teilweise auch die Ukraine. Mit Russland tun wir uns tatsächlich schwer. Aber inzwischen können sich Wissenschaftler mit diesen Beständen beschäftigen, es gibt gemeinsame Ausstellungen und digitale Projekte. Daraus ergibt sich eine Schrittfolge: Beispielsweise werden in der Eremitage in St. Petersburg jetzt wieder Herkunftsdaten von Gemälden oder Skulpturen angegeben. So wissen die Besucher: Das war ursprünglich Eigentum z. B. der Staatlichen Museen zu Berlin. Wir gewinnen da nicht mit einer kräftigen, wuchtigen politischen Position, die eine Polarisierung schafft, sondern gehen schrittweise in einen Annäherungsbereich.

Wir erleben häufig in politischen Situationen, dass diese kulturelle Schrittfolge eine Annäherung und Identifizierung erlaubt. Ich glaube nicht, dass man nur eine Rechtsposition nach den Buchstaben des Gesetzes durchsetzen kann. Man muss auch moralische Gesichtspunkte einbeziehen.

**Eines Ihrer wesentlichen Projekte war von Anfang an die Unterstützung von Schulen mit Deutschabteilungen. Sie hatten die Hoffnung, dass es gelingen könne, Deutsch als international relevante Sprache zu fördern. Nüchtern bilanziert: Wie viel von dieser Hoffnung lebt noch?**

---

Wir schreiben inzwischen wirklich große Zahlen. 100 Millionen Menschen sprechen Deutsch als Muttersprache und noch einmal so viel als Fremdsprache. Aktuell lernen rund 15,5 Millionen Menschen Deutsch. Allein bei den fast 160 Goethe-Instituten hatten wir in den letzten fünf Jahren eine Steigerung von 20 Prozent bei den Kursteilnehmern und eine Steigerung von 30 Prozent bei den Prüfungen im Vergleich zum Vorjahr. Die neuere Entwicklung, in die Schulsysteme der jeweiligen Länder zu gehen, war eine ganz intelligente Lösung, die damals gemeinsam mit Außenminister Frank-Walter Steinmeier entwickelt wurde.

Es gibt inzwischen in der ganzen Welt 2.000 solcher PASCH-Schulen (Schulen — Partner für die Zukunft), von denen wir als Goethe-Institut 700 betreuen. Die Idee ist exzellent, weil wir damit nicht Fremdkörper in einem Schulsystem sind, sondern Teil des Schulsystems.

Für mich war immer entscheidend: Wir müssen vielfältige Zugänge zur deutschen Sprache eröffnen. Nur mit der Liebe zur deutschen Sprache können wir die großen Zahlen nicht erreichen. Wir hatten in den vergangenen Jahren den Vorteil der wirtschaftlichen Stärke Deutschlands. Damit ist auch eine Perspektive in der Berufswahl und Lebensplanung für junge Leute gegeben. Durch das jetzt verabschiedete Fachkräfteeinwanderungsgesetz wird sich die Attraktivität noch steigern. Wir sind wieder voll dabei.

**Ein zweiter Anspruch war — und ist — die stärkere dialogische und operative Vernetzung mit der Zivilgesellschaft. Funktioniert das? Erleben wir nicht gerade ein zunehmendes Aufeinanderprallen autoritärer staatlicher Akteure in Russland, China, Ungarn, Brasilien — teilweise auch den USA — mit zivilgesellschaftlichen Organisationen? Welche Rolle kann die deutsche AKBP überhaupt spielen? Besteht die Gefahr, zwischen Mühlsteine zu geraten?**

Nein, ich würde das Gegenteil behaupten. Wir setzen uns dem aus. Wenn wir nicht die Zivilgesellschaft stärken, wird die autoritäre Entwicklung ungebremst und unvermindert diese Gesellschaften bestimmen. Wir sind nicht diejenigen, die in der Wüste kleine Pflänzchen begießen. Wir gehen in solche Länder, wo zivilgesellschaftliche Tendenzen sichtbar sind, die wir stützen und mit denen wir arbeiten. Ich habe immer Initiativen gefördert, bei denen Chancen für eine Öffnung bestehen, z. B. in Myanmar, als die Militärs bereit waren, solche Änderungen zuzulassen. Da waren wir die Ersten mit dem Goethe-Institut in Rangun. Und haben dort erfolgreich mit zivilgesellschaftlichen Organisationen kooperiert. Wir haben mit einer Film- und Musikschule erfolgreich gearbeitet. Auch in Armenien waren wir bei der friedlichen Revolution schon mit unserem Institut in Eriwan vor Ort. In der Türkei haben wir mit Unterstützung des Auswärtigen Amtes und anderen europäischen Instituten Orte der Kultur außerhalb der großen Städte eröffnet. In Polen oder Ungarn führen wir Ortsgespräche fernab der Metropolen Warschau oder Budapest. Wir nehmen also bewusst dortige Entwicklungen auf, um partnerschaftlich für eine offene Gesellschaft zu arbeiten.

Dieser Punkt beschäftigt uns gerade in der Coronakrise. Wir erleben, dass zivilgesellschaftliche Strukturen in vielen Ländern wegbrechen, weil sie nicht finanziert werden, durch Schließung für Publikumsverkehr keine Einnahmen kommen oder autoritärer Gegenwind den freien Austausch von Informationen und Ideen immer stärker einengt. Wir haben mit dem Auswärtigen Amt und deutschen Stiftungen einen Hilfsfonds gegründet, der bis Ende des Jahres zumindest Strukturen sichert, damit wir auch zukünftig partnerschaftlich arbeiten können.

**Der Bundestag hat zu Jahresanfang beschlossen, dass die AKBP sich stärker auf die digitale Verflechtung und Performance dieser zusammenrückenden und gleichzeitig auseinanderdriftenden Welt einstellen müsse — teilen Sie diese politische Analyse? Vor welcher Zäsur sehen Sie die ABKP?**

---

Wir haben mit der Digitalisierung schon sehr früh begonnen, weil wir aus drei Gründen digitale Instrumente für notwendig halten. Zum Ersten schaffen wir damit Reichweiten, die wir mit den Instituten direkt nicht erzielen können. Zum Zweiten können wir mit digitalen Produkten und Serviceleistungen neue Zielgruppen ansprechen. Zum Dritten erleben wir in der digitalen Welt, dass durch Fake News und Reizworte über soziale Medien ein Millionenpublikum angesprochen wird, mit der Gefahr der Desinformation und Manipulation. Wir sehen uns deshalb auch als Anwalt in der digitalen Welt für eine seriöse und kulturell saubere Form von Information. Das können wir aber nur leisten, wenn wir selbst auch

Teil dieses digitalen Instrumentariums sind. Wenn wir in die Zukunft blicken, was das Goethe-Institut vielleicht in fünf Jahren sein wird, würde ich sagen, wir erleben derzeit bewusst die Transformation zu einem digitalen Goethe-Institut. Das enthebt uns aber nicht der Notwendigkeit und Verantwortung, nach wie vor analoge und physische Räume zu haben. Sie sind Frei- und Dialogräume. Für mich ist ein Begegnen in physischer Form immer ein erstrebenswerter Ansatz, weil wir damit eine geistige Gemeinschaft erlebbar machen. Das kann man im Netz nicht erreichen. Ich würde das physische Netz nie reduzieren zugunsten einer Reichweitendiskussion. Ich würde es immer additiv sehen, nicht kompensativ.

### **Wird dieser Trend brandbeschleunigt durch die Folgen des Coronavirus und der Reaktionen darauf, die — bei aller Unterschiedlichkeit doch einen großen Verlagerungsschub Richtung digitaler Strukturen bedeuten? Ist Sars-CoV-2 quasi ein kulturrevolutionärer globaler Treiber?**

---

Es ist ganz sicher ein Beschleuniger. Wir mussten die knapp 160 Institute weltweit für den Publikumsverkehr schließen. Wir waren aber in der Lage, unsere Arbeitsprozesse aufrechtzuhalten, weil wir sie digital als »Normalfall« im Geschäftsablauf etabliert hatten. Wir sind aber nicht bei den internen Prozessen geblieben, sondern haben eine ganze Reihe von kulturell wichtigen Projekten entwickelt. So gibt es z. B. viele Künstler und Kulturakteure, die im digitalen Raum arbeiten, aber nicht die Vertriebsformen dafür haben. Wir haben als Goethe-Institut vielfältige Zugänge überlegt. So gibt es z. B. einen Weltkalender für digitale Kunstprojekte. Mit »Kulturama« können sie teilhaben am digitalen Kunstgeschehen, ob sie nun in São Paulo oder New York sitzen. Zweites Beispiel: »Latitude« war ein dreitägiges digitales Event zu Dekolonisierung, zu Rechtsextremismus mit Symposiumcharakter, mit großer thematischer Bandbreite. Wir hatten weltweit ein großes Publikum. Wir werden solche Formen nicht als Notsituation für eine Übergangszeit definieren, sondern dauerhaft weiter betreiben.

### **Wenn die AKBP die kulturelle Außenpolitik darstellt, so haben wir gleichzeitig eine kulturelle Innenpolitik.**

---

Ich bin der Auffassung, es gibt kein getrenntes »Innen« und »Außen«. Das Goethe-Institut sollte in Deutschland ein sehr viel stärkeres kulturpolitisches Mandat haben. Wir sind in Deutschland ein reines Sprachinstitut. Ich finde, hier lässt sich mehr machen. Ein Beispiel ist das »Weimarer Kultursymposium«, das wir alle zwei Jahre veranstalten. Da wird jeweils ein gesellschaftspolitisches Thema,

das für die Welt wichtig ist, von Wissenschaftlern und jungen Menschen in ganz unterschiedlichen Diskussionsformen in Weimar aufgearbeitet. Mit der festen Absicht, in die Welt zu wirken, aber auch in Deutschland zu zeigen, was die Welt über ganz bestimmte Themen denkt. Vorstellbar sind auch Residenzprogramme oder gemeinsame Entwicklungen für Fachkräfte.

Nach meiner Auffassung gilt das auch für das Humboldt Forum. Ohne ein weltweites Außennetz wäre das Humboldt Forum nur ein Umzug der ethnologischen Sammlungen von Berlin-Dahlem nach Mitte an den Schlossplatz. Das Goethe-Institut kann mit seinen weltweiten Instituten ein Außennetz bilden, über das die Zeitgenossenschaft durch Austausch aktueller Fragen und Entwicklungen ermöglicht wird.

Wenn wir Deutschland als offene Gesellschaft glaubhaft vertreten wollen, dann müssen wir uns auch im eigenen Land gegen Rassismus und Antisemitismus einsetzen. Nicht zuletzt deshalb stehen für mich Innen und Außen immer in ganz enger Verbindung.

*Das Gespräch wurde im Juli 2020 in Berlin geführt.*

*Die Fragen stellte Hans Jessen — freier Journalist und  
ehemaliger ARD-Hauptstadtkorrespondent.*

# MEHR ALS KLAUS-DIETER LEHMANN NUR VOKABELN — DEUTSCHE SPRACHE ALS INTEGRATIONSMOTOR

Deutschland ist bereits seit Längerem ein Zuwanderungsland. Fast 20 Millionen Menschen mit ausländischen Wurzeln leben hier. Für alle ist die deutsche Sprache der Schlüssel zur Integration. Alle Studien belegen, je besser das Sprachvermögen, umso besser die Chancen für eine gesellschaftliche Teilhabe. Es geht dabei nicht nur um die Eingliederung von Fachkräften für die Wirtschaft. Längst gibt es Musiker, Schriftsteller, Filmemacher oder Bildende Künstler, die ihre Erfahrungen und ihre Perspektiven mit uns teilen, die sich ganz selbstverständlich als Teil der deutschen Kultur verstehen. Aber für alle gilt gleichermaßen, ohne einen motivierten Sprachwechsel ist ein wirkliches Ankommen nicht zu erreichen.

Der Erwerb einer Sprache beschränkt sich dabei nicht auf das Erlernen von Vokabeln und Grammatik, sondern schließt auch Werte, Verhaltensnormen und kulturelles Wissen ein. Integration muss die Erfahrung von Fremdheit verarbeiten und in Verhalten übersetzen. Das gilt in Richtung der Deutschen und in Richtung derer, die zu uns kommen.

Eine neue Dimension hat die Migration in Deutschland 2015/2016 erreicht. Innerhalb eines Jahres suchten fast eine Million Flüchtlinge Schutz und Aufnahme. Nicht nur Größenordnung und Geschwindigkeit sind außergewöhnlich, sondern auch die Umstände. Ein Großteil stammt aus Kriegs- und Krisengebieten mit erschütternden Einzelschicksalen, die meisten sind auf unvorstellbar auszehrenden Landwegen oder über das Mittelmeer nach Europa gelangt. Ein großer Anteil ist traumatisiert, insbesondere Kinder und Jugendliche. Deshalb ist es so wichtig, dass Sprache nicht nur als technisches Werkzeug vermit-

telt wird, sondern eingebettet ist in einen Zusammenhang mit kultureller Integration. Eine beeindruckende Willkommenskultur als humanitäre Soforthilfe hat das Bild Deutschlands bei der Aufnahme von Flüchtlingen geprägt. Diesem Willkommen muss jedoch eine wirkliche Kultur der Teilhabe folgen, die die Menschen als Teil der Gesellschaft aufnimmt. Flüchtlinge wollen nicht Opfer bleiben, sondern eine verlässliche Integration erleben.

Sprache ist zweifellos der Schlüssel, um in Deutschland am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben, einen Arbeitsplatz zu bekommen oder ein Studium zu beginnen. Je motivierter dies ermöglicht und genutzt wird, desto besser die Lebens- und Berufsperspektiven. WLAN und Smartphones ermöglichen den schnellen Zugang zu zahlreichen Übungsangeboten und Apps im Internet. Diese Selbstlernangebote erleichtern den Einstieg ins Deutschlernen und können unabhängig vom Standort genutzt werden. Durch sie können auch Wartezeiten bis zum Deutschkurs produktiv genutzt werden. Das Goethe-Institut als größter Kulturmittler Deutschlands hat gemeinsam mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), der Bundesagentur für Arbeit (BA) und dem Bayerischen Rundfunk/ARD alpha die sehr erfolgreiche App »Ankommen« für Smartphones realisiert. Sie stellt in fünf Sprachen die wichtigsten Informationen für einen erfolgreichen Einstieg zur Integration zur Verfügung: Hinweise zu Leben und Verhalten in Deutschland, Informationen zum Asylverfahren, zu Ausbildung und Berufsleben und einen vom Goethe-Institut entwickelten multimedialen Sprachkurs für Selbstlerner. Die App wurde inzwischen mehr als 220.000 Mal heruntergeladen. Die Inhalte werden laufend weiterentwickelt.

Um die Fähigkeit zu erwerben, in der Fremdsprache zu kommunizieren, braucht es jedoch direkte Interaktion mit Muttersprachlern, die über Apps nicht zu erreichen ist. Individuelles Üben und Nachahmen sind darüber hinaus nur einzelne Bausteine eines erfolgreichen Spracherwerbs und keinesfalls ausreichend. Dies trifft in besonderem Maß auf Menschen zu, die erstmals eine Fremdsprache lernen. Sie benötigen eine professionelle Begleitung, durch die Strukturen, Lernstrategien und Fortschritt im Lernstoff garantiert werden.

In Deutschland regelt das Aufenthaltsgesetz die Teilnahme an Integrationskursen, die bundesweit von durch das BAMF akkreditierten Trägern angeboten werden. Das Goethe-Institut hat das Rahmencurriculum für die Integrationskurse erarbeitet und 2016 an die neue Situation im Auftrag des BAMF angepasst. Alle Sprachkursanbieter müssen die Qualitätsstandards erfüllen, um eine erfolgreiche Sprachförderung zu gewährleisten. Auch wenn der Begriff »Flüchtling« zunächst eine homogene Gruppe suggeriert, so hat doch jeder Geflüchtete seine eigene Biografie, seine eigenen Lern- und Berufserfahrungen und Fähigkeiten, die seine Möglichkeiten und Erwartungen bestimmen. Je nach

Bildungsstand braucht es differenzierte und flexible Kursangebote. Ergänzend zu den Integrationskursen sind das Angebote für Analphabeten sowie Kurse für akademisch gebildete und studierwillige Flüchtlinge. Darüber hinaus müssen Spracherwerb und Ausbildung enger aufeinander abgestimmt werden. Dazu ist nicht nur die Förderung von berufsbezogenen Sprachangeboten unbedingt erforderlich. Die Angebote müssen auch auf die zeitliche und örtliche Verfügbarkeit Rücksicht nehmen.

Aufgrund der außergewöhnlichen Situation und des rasant steigenden Bedarfs nach Deutschkursen hat das Goethe-Institut folgende Maßnahmen verstärkt angeboten: digitale Angebote zum Selbstlernen, Teilnahme von Hochqualifizierten an Sprachkursen an den zwölf Goethe-Instituten in Deutschland oder an den Online-Kursen, um den schnellen Zugang zum Arbeitsmarkt zu erleichtern. Da die deutschen Goethe-Institute keine öffentlichen Mittel erhalten, konnten die Angebote nur aufgrund von Spenden oder zweckgebundenen Drittmitteln — in der Regel für neue Projektinhalte — realisiert werden. Interessant für das Goethe-Institut und im Sinn einer möglichst nachhaltigen Sprachvermittlung wäre es, wenn die gesamte Kurs- und Prüfungspalette auch für Flüchtlinge genutzt werden könnte und die beauftragenden Stellen dies einfach durch Stipendienvergabe ermöglichen können.

Schließlich ist die Einbettung in Projekte zur Aktivierung und Stärkung der gesellschaftlichen Teilhabe neu Zugewandeter ein motivierendes Element und schafft echte Teilhabe. Das können sein: Ausflüge, Theater- und Museumsbesuche, Einladungen, Praktika in regionalen Firmen, Kooperation mit Hochschulen, organisiert von Förder- und Freundeskreisen. Gerade weil wir kein Land der großen Metropolen sind — die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung lebt in Orten unter 50.000 Einwohnern — eröffnen sich aufgrund nachbarschaftlicher Strukturen Chancen zur Anwendung des Gelernten, für sprachlich wie interkulturell-landeskundliches Lernen.

Beeindruckend ist der selbstlose Einsatz von Ehrenamtlichen. Ohne sie wäre vieles nicht möglich gewesen. Allerdings hat sich ihre Integrationshilfe inzwischen zu einer Orientierungs- und Auskunftshilfe entwickelt. Das bedeutet, eine stärkere Zusammenarbeit zwischen Gesellschaft und Staat ist unbedingt notwendig. Das Goethe-Institut hat auf diese Gruppe reagiert und für die Ehrenamtlichen ein sehr nachgefragtes Qualifizierungspaket zur effizienten Sprachvermittlung entwickelt. Dieses Engagement stellt eine wichtige Ergänzung zu den professionellen Angeboten dar. Der Ausbau von bereits existierenden Schulungsangeboten in der Reichweite und zur Stärkung der interkulturellen Kompetenz ist dringend notwendig. Die bisherigen Erfahrungen sind überzeugend, gerade auch wegen der menschlichen Nähe.



Das Goethe-Institut kennt die Situation bereits in den Herkunftsländern der Migranten und insbesondere die Flüchtlingsproblematik in den Nachbarländern Syriens und des Irak — in der Türkei, in Jordanien und im Libanon. Dort werden besonders Kinder und Jugendliche betreut. Diese Gruppe benötigt auch in Deutschland eine besondere Zuwendung. Durch eine großzügige Spende von fast einer Million Euro seitens der Japan Art Association wurde es dem Goethe-Institut ermöglicht, Kinder und Jugendliche zwischen 12 und 17 Jahren in kulturellen Integrationskursen zu betreuen. Außerdem entstanden zwei wunderbare Projekte zu einer anschaulichen Vermittlung der deutschen Sprache in ihrem kulturellen Kontext.

Zum einen ist es eine Reihe von Kinder- und Hörbüchern in Deutsch, Arabisch und Farsi unter dem Titel »Einfach Lesen« und »Einfach Hören«, die Einblicke in die Lebenswelt deutscher Kinder gibt. Mit den Büchern können die jungen Leser in ihrer Muttersprache Geschichten deutscher Autoren kennenlernen und bekommen gleichzeitig die Möglichkeit, sich mit der deutschen Sprache vertraut zu machen. 300 Bücherpakete wurden über Stadtbibliotheken verteilt, über 100.000 Kinder wurden inzwischen erreicht. Und die Eltern lesen mit! Zum anderen ist es der Filmkoffer Cinemanya mit 18 deutschen Spielfilmen mit arabischen und zum Teil persischen Untertiteln und einem Kurzfilmprogramm. Die 15 Koffer werden durch geschulte Patinnen und Paten für Begleitveranstaltungen in ganz Deutschland mit großem Erfolg eingesetzt. Obwohl untertitelt, werden die Filme komplett auf Deutsch gesehen, meist auf ausdrücklichen Wunsch der Kinder. Die Filmkofferveranstaltungen sind häufig als Begegnungsveranstaltungen angelegt, d. h. das Publikum besteht aus Kindern und Jugendlichen mit und ohne Fluchterfahrung. So werden sie Teil der lokalen Jugendkultur, es werden Barrieren abgebaut und die Motivation erhöht, sich weiter mit Sprache und Kultur zu befassen.

Wir haben gute Chancen, aus der sprachlichen und kulturellen Verarbeitung gemeinsame Erfahrungen nutzbar zu machen und zu wirklichen Begegnungsgeschichten werden zu lassen.

*Dieser Artikel erschien in Politik & Kultur 2/2017.*

# KULTUR EIGNET SICH NICHT KLAUS-DIETER LEHMANN ZUM WETTBEWERB DER SYSTEME

Heute arbeitet das Goethe-Institut in einer vielfach fragmentierten Welt, in einer Welt mit neuen Zentren und veränderten Peripherien, mit Megastädten und unproduktiven Wüsten, mit abgeschotteten Parallelwelten und radikalen Auf- und Umbrüchen, mit zunehmend schwierigen Staaten als postkolonialer Folge. Weltweit werden Migrationsströme ausgelöst, gesellschaftliche Veränderungsprozesse beschleunigt oder tabuisiert, Wirtschafts- und Finanzkrisen erlebt und erlitten.

Dafür gibt es keine Weltformel als Lösung. Dafür werden neue Allianzen und neue Instrumente benötigt, um die Expedition der Moderne zu organisieren. Auswärtiger Kultur- und Bildungsarbeit kommt dabei eine besonders wichtige Rolle zu. Kultur verbindet Eigenwilligkeit und Eigenständigkeit, durchaus auch Widerständigkeit. Die Vielfalt der Kulturen ist in einem richtig verstandenen Kulturdialog ein Reichtum von Ausdrucksformen, der durch den Austausch von Erkenntnissen und Erfahrungen gegenseitig gewinnt, der mit Differenzen und Unterschieden verantwortlich umgehen kann. Verbindlich und nicht verhandelbar ist dabei die Errungenschaft der Menschenrechtskonvention.

Eine so verstandene Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik ist weder geeignet für den Wettbewerb der Systeme noch für eine Instrumentalisierung im Dienst der Hegemonie oder der Wirtschaftsförderung. Diesen Grundpositionen fühlt sich das Goethe-Institut verpflichtet, aber nicht in Form einer Schmucktafel, die nur an Jubiläen herausgeholt wird, sondern die mit Leben immer wieder neu erfüllt werden, konkret und wirksam, mit spezifischen Antworten auf aktuelle Probleme.

Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik beginnt für das Goethe-Institut hier in Deutschland. Längst sind Innen und Außen keine getrennten Welten mehr. Die 13 Institute in Deutschland sind wichtige bildungspolitische Partner bei der Integration sowie bei der Gewinnung und Qualifizierung von ausländischen Fachkräften. Erfolgreiche Integration beginnt bereits im Herkunftsland und wird in Deutschland fortgeführt. Das Goethe-Institut kennt das kulturelle Umfeld der Herkunftsländer sowie unterschiedliche Integrationsmodelle in der Welt. Es kann aufgrund seiner Expertise ganz spezifische Bildungsangebote machen, wie jetzt aktuell für junge hoch qualifizierte Menschen, die in Südeuropa aufgrund der Jugendarbeitslosigkeit von mehr als 50 Prozent keine Perspektiven für ihre Berufs- und Lebensplanung haben. Goethe-Institute mit ihrem weltweiten Netz von 150 Instituten in 92 Ländern bereiten wiederum gezielt Studierende, Wissenschaftler und Experten auf den Standort Deutschland vor.

Eine besondere Verantwortung sieht das Goethe-Institut für Deutschland als europäisches Mittelland. Europa ist seine kreative Basis, sie darf nicht vernachlässigt werden. Es geht um eine gemeinsame Verantwortung für einen zusammengehörigen Kulturraum. Europa ist mehr als Euroland, es ist ein Kultur- und Bildungsprojekt. Es geht nicht um das Europa der Regierungen oder der Eliten, es geht um das Europa der Bürger. Hier setzt die Arbeit des Goethe-Instituts an, mit künstlerischen Positionen und Produktionen zu europäischen Themen, mit Literatur- und Übersetzungsförderung, mit Förderung der Mehrsprachigkeit, mit der Aufarbeitung von Erinnerungskultur. Gerade auch in den mittel- und südosteuropäischen Ländern sollen die zivilgesellschaftlichen und kulturellen Aktivitäten durch noch mehr Präsenz von Goethe-Instituten gestärkt werden. Wir brauchen reale Orte des freien Dialogs. Es geht um die politische Kraft der Kultur. Sie ist kein privater Spielplatz für Künstler und Intellektuelle, sie ist auch nicht der Grundstoff für die Kommerzialisierung.

Mit einer solchen Nahkompetenz gewinnt das Goethe-Netz auch die nötige Fernkompetenz für seine weltweiten Aufgaben. Die Schwellenländer bzw. die BRICS- Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika) haben eine zunehmende Bedeutung bekommen. Mit dem Auswärtigen Amt wurden dafür die Deutschlandjahre konzipiert, bei denen Kultur, Wirtschaft, Wissenschaft und Politik, in der Regel unter der Leitung des Goethe-Instituts, zu einem gemeinsamen Deutschlandbild verknüpft werden. Eine Erfolgsgeschichte ist das ebenfalls vom Auswärtigen Amt initiierte Schulprogramm »Schulen — Partner für die Zukunft« (PASCH), bei dem das Goethe-Institut gemeinsam mit der Zentralstelle für Auslandsschulwesen in einheimischen Schulen deutsche Sprachabteilungen bis zur Hochschulreife einrichtet und dafür die Lehrerfortbildung leistet. Das Goethe-Institut ist weltweit der größte Träger für Fort- und Weiterbildung von Deutsch-

lehrern. Inzwischen gibt es weltweit mehr als 1.500 Schulen. Erst jetzt hat das Goethe-Institut in Indien einen Vertrag abgeschlossen, 1.000 indische Schulen mit Deutsch als Fremdsprache zu betreuen.

Das Goethe-Institut ist sehr bewusst engagiert in den Ländern der Entwicklungszusammenarbeit, in den armen und schwierigen Ländern. Hier geht es um die Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen, um die Qualifizierung und Förderung von Künstlern und Kulturakteuren wie beispielsweise Filmemachern, Verlegern, Kulturjournalisten, um den Aufbau einer kulturellen Infrastruktur. Die Arbeitsergebnisse sind trotz der schwierigen Umfeldbedingungen ermutigend. Das Goethe-Institut hat durch seine Unabhängigkeit und Fähigkeit zum Dialog eine große Glaubwürdigkeit und kann bislang ohne Behinderung arbeiten. Durch die in den letzten Jahren erfolgreich durchgeführte Dezentralisierung und Regionalisierung der Instituts-Verantwortung hat es wieder viele Akteure sowie eine große Nähe und Kenntnis der Erwartungen vor Ort gewonnen.

Eine unterstützende Rolle hat das Goethe-Institut im Maghreb und im Nahen Osten beim Aufstand gegen die autokratischen Herrscher und korrupten Regime gespielt. Aber mit dem Umsturz ist die Zukunft noch nicht gewonnen, die Radikalisierung noch nicht gebannt. Die in der Region tätigen Institute verstärken ihre Programme, ermöglichen grenzüberschreitende Kooperationen und vermitteln den Anschluss an internationale Entwicklungen. Es ist Bildungsarbeit, die besonders jungen Menschen zugutekommt und die außer der Demokratisierung auch die Lebensverhältnisse verbessern soll. Die Transformationsgesellschaften sind für das Goethe-Institut eine wichtige Zukunftsaufgabe.

Gemeinsames Lernen und Arbeiten wird immer wichtiger in unserer globalisierten Welt. Mit dem Netz der Goethe-Institute verfügt Deutschland über ein modernes und zugleich erprobtes Kultur- und Bildungsnetzwerk, dessen Wirkung weit über die Institutsorte hinausreicht und auch eine Rückspiegelung nach Deutschland bedeutet. Nie war es wichtiger, zu einem besseren Weltverständnis mit Bildung und Kultur zu kommen.

*Dieser Artikel erschien in Politik & Kultur 3/2012.*

# WELTWEITE KRISEN- ERFAHRUNG

KLAUS-DIETER  
LEHMANN

**Herr Lehmann, Wie reagierten die Goethe-Institute weltweit auf die Ereignisse des 11. September 2001?**

---

Für die Goethe-Institute war der 11. September und seine Konsequenzen ein einschneidendes Erlebnis. Als weltweit tätiges Kulturinstitut wurden wir allerdings bereits zuvor mit einer Reihe von Konflikten in schwierigen Ländern in anderen Weltgegenden konfrontiert, sodass die Arbeit, die wir nach den Anschlägen geleistet haben, zwar intensiviert wurde, die Art und Weise aber, wie wir anschließend in und mit Zivilgesellschaften agierten, bereits erprobt war. Herausforderungen, denen Goethe-Institute im arabischen Raum, in Asien oder in Afrika begegneten, haben bereits im Vorfeld des 11. September unsere Sensibilität geschärft. Somit konnten wir Instrumente nutzen, die bereits vorhanden waren.

**Die existenten Krisenerfahrungen haben folglich dazu geführt, dass im Anschluss an den 11. September keine Sprachlosigkeit und Ohnmacht einsetzten, sondern der Dialog mit dem Islam geführt werden konnte. Wie aber kann man ein solch einschneidendes Ereignis überhaupt kulturell aufarbeiten?**

---

Es ist auffallend, dass die Muster, die durch den 11. September ausgelöst wurden, im Hinblick auf die Konfliktbewältigung stark verengt wurden. Immer, wenn eine Katastrophe, ein terroristischer Anschlag in der Welt stattfindet, dann wird fast automatisch das Konfliktmuster islamischen Fundamentalismus gegen die westliche Welt herausgestellt. Gleichzeitig ist die Wachsamkeit ebenso wie die Sensibilität gegenüber anderen Prozessen zurückgegangen. Diese Betrachtung

ist zu einfach und muss kritisch hinterfragt werden. Der 11. September wirkt wie ein Schlaglicht, das grell diesen Punkt beleuchtet und andere Problemzonen im Schatten verschwinden lässt. Dazu haben die Bilder, die um die Welt gingen, viel beigetragen. Das Goethe-Institut kam durch seine Analysen zu dem Ergebnis, dass die Welt sehr viel fragmentierter, sehr viel unterschiedlicher ist als das, was uns die Deutungen des 11. September glauben machen wollen. Folglich ist es für uns wichtiger, Prozesse anzustoßen und nicht das Blickfeld auf die reine Konfrontation zu verengen.

In den letzten Jahren haben wir deshalb viel stärker zivilgesellschaftlich gearbeitet als zuvor. Das bedeutet, dass wir in Ländern mit Konfliktpotential, denn über die reden wir ja hier, nicht primär als Kulturvermittler auftreten, sondern versuchen, eine Infrastruktur für kulturelle Ausdrucksmöglichkeiten und Austausch in dem jeweiligen Land zu schaffen. In Ländern, in denen die Menschen um das nackte Überleben kämpfen, rückt Kunst und Kultur in den Hintergrund, wird verdrängt, reduziert, zensiert oder verfemt. Andererseits kann Kultur gerade unter solchen Bedingungen Alternativen entwickeln, Sprachlosigkeit überwinden, Hoffnung geben. Unsere Ansätze sollen deshalb Potentiale identifizieren, Talente fördern, kulturelle Infrastruktur schaffen und damit den Kulturakteuren und Künstlern Instrumente für ihre Arbeit geben. Wenn wir in Afghanistan Theaterproduktionen ermöglichen, in Ägypten Filmemacher ausbilden, in Afrika Künstler aus den verschiedenen Ländern in Festivals zusammenführen, dann entsteht eine selbstbestimmte kreative Arbeit — Kern einer Zivilgesellschaft. Das können dann für uns stabile Partner werden. Und ich glaube, dass diese Art von Vorgehen sehr fruchtbar ist. Das gilt sowohl für die islamistisch-fundamentalistischen Länder, als auch für die Länder mit prekären Systemen und für jene, die sehr unterschiedliche Geschwindigkeiten in der Entwicklung haben, wie z. B. China mit einer sehr, sehr schnellen wirtschaftlichen Entwicklung, die von einer stark ausgebremsten gesellschaftlichen Entwicklung flankiert wird. Durch dieses Vorgehen werden wir wirksam, ohne dass wir von außen aufpfropfen oder Klischees benutzen.

**Ein einheitliches Vorgehen aller Goethe-Institute in Erinnerung an die Anschläge von vor zehn Jahren existiert nicht. Wichtiger als der Rückblick ist also die Stärkung der Zivilgesellschaft in bestimmten Regionen, um in Zukunft ähnliches zu vermeiden?**

---

Für die USA war der 11. September ein besonders tiefer Schock, denn Amerika wurde das erste Mal in seiner Geschichte — abgesehen von Pearl Harbor im 2. Weltkrieg — im eigenen Land angegriffen. Andere Länder kannten diese Verletz-

lichkeit ihrer eigenen Sicherheit schon früher. Diese Erfahrungen haben sich in das jeweilige kollektive Gedächtnis der Menschen eingebrannt. Im kollektiven Gedächtnis der USA existierte aber eine solche Verwundbarkeit bis dato nicht. Die USA haben auch einen hohen Blutzoll gezahlt, von der wirtschaftlichen Belastung ganz zu schweigen. Folglich wird die zehnjährige Wiederkehr des 11. September auch in den USA anders begangen werden als z. B. in europäischen Ländern. Die schrecklichen Geschehnisse waren natürlich nicht nur für die USA und damit für unsere Arbeit einschneidend. Sie waren für die ganze Welt ein unauslöschliches Fanal.

Diesem Fanal ist vieles vorausgegangen, das zu solchen apokalyptischen Bildern geführt hat. Zum einen wäre hier neben dem religiösen Fanatismus der Prozess der Entkolonisierung zu nennen mit allen Folgeerscheinungen korrupter und despotischer Nachfolge-Systeme, dann der Zusammenbruch der Sowjetunion mit neuen Friktionen, Turbulenzen und Nationalismen und letztlich, wenn Sie so wollen, auch die Entkolonisierung im Inneren von Gesellschaften, also sexuelle, soziale, religiöse und ethnische Umbrüche und die weltweite Mobilität. Das alles sind ungeheuer komplexe Vorgänge, die Konfrontationspotentiale in sich tragen, die auch zu solchen Katastrophen wie 9/11 führen können, bei denen die Feindbilder mit vernichtender Härte gezeichnet werden. Diese harte Klischeebildung mit der ausschließlichen Fixierung auf Konflikte muss durch unterschiedliche Vorgehensweisen gebrochen werden. Sie lässt keine Prozesse und keine Alternativen zu und endet in Katastrophen. So ist es auch zu verstehen, dass die Goethe-Institute keine einheitliche Vorgehensweise im Gedenken an 9/11 vorgeben, sondern sehr spezifisch entsprechend der regionalen Gegebenheiten in der Welt in angemessener Form reagieren.

In Nordafrika und dem Nahen Osten haben wir mit dem arabischen Frühling eine andere Form der Auseinandersetzung erlebt. Sie beruhte nicht auf fundamentalistischen oder ideologischen Ideen, sie war eine kulturelle und intellektuelle Bewegung, getragen von jungen Leuten, die durchaus gut ausgebildet und kulturell interessiert waren. Die Menschen dort wollten keiner verlorenen Generation angehören, sie akzeptierten nicht mehr, dass die korrupten Regime das Sagen haben. Sie wollten eine eigene Lebensplanung. Eine gestärkte Zivilgesellschaft schafft Auswege aus Zwangslagen und setzt der Angst etwas entgegen. Meiner Meinung nach kann das der Beginn eines neuen revolutionären Zeitalters sein. Und wir sind gut beraten, es zu unterstützen, denn sonst besteht die Gefahr einer erneuten Radikalisierung. Viele der Akteure waren vertraut mit den Goethe-Instituten, teilweise bei berufsbildenden Maßnahmen als Filmemacher, Videojournalisten oder Verlagsexperten, teilweise als Stipendiaten und in Austauschprogrammen.

## **Die Goethe-Institute im arabischen Raum werden von den dortigen Akteuren also als verlässlicher Partner angesehen?**

---

Absolut. Die Goethe-Institute sind für die Menschen, die im Nahen Osten Veränderungen bewirken wollen, Anlaufstellen und Freiräume, die sie für vertrauenswürdig erachten und an denen sie sich treffen und austauschen. Viele Organisationen im Nahen Osten und in Afrika haben ihre Partner verloren, weil sie in der Vergangenheit notgedrungen mit Regierungsstellen zusammenarbeiten mussten. Die Goethe-Institute haben neben den staatlichen Stellen auch immer mit Akteuren der Zivilgesellschaft, der Kunst und Kultur zusammengearbeitet, die heute eine entscheidende Rolle spielen. Das zeigt, dass es gerade in Umbruchzeiten nicht unbedingt die strukturierten Regierungsorganisationen, sondern die NGOs und die privaten Akteure sind, die dann eine Chance bieten, weiterzuarbeiten, ohne bei Null anfangen zu müssen.

## **Wie gehen die NGOs vor Ort mit dem Vorwurf der deutschen Doppelmoral um? Auf der einen Seite unterstützt Deutschland die Kultur und die Demokratisierungsprozesse im Nahen Osten, auf der anderen Seite liefert Deutschland Panzer nach Saudi-Arabien. Eine bestimmt nicht ganz einfache Situation.**

---

Es ist eine Gratwanderung! Uns kommt aber unsere Unabhängigkeit zugute. Unsere Glaubwürdigkeit wird anerkannt. Wir werden nicht als politische Einrichtung, sondern als kulturelle Organisation wahrgenommen, zu Recht.

## **Spielt der Dialog mit der islamischen Welt, der im Zuge des 11. September intensiviert wurde, in der heutigen Auswärtigen Kulturpolitik noch eine so große Rolle wie kurz nach den Anschlägen in New York?**

---

Ganz bestimmt, allerdings hat sich die Herangehensweise meiner Meinung nach in zweierlei Hinsicht geändert. Zum einen hat man erkannt, dass die Vielfältigkeit der Prozesse Beachtung finden muss und man nicht mit einem monolithischen Block arbeitet. Dazu hat die Entwicklung im Nahen Osten und Nordafrika viel beigetragen. Wir dokumentieren das ganz aktuell in dem neuen Goethe-Sonderheft von »Art & Thought«, in dem rechtzeitig zur zehnjährigen Wiederkehr von 9/11 die Reaktionen und Veränderungen von internationalen Autoren dargestellt werden. Zum anderen, so hoffe ich, wird das verfügbare Geld künftig koordinierter ausgegeben. Ansätze sind zumindest zu sehen. Jede Organisation,



jedes Ministerium verfolgt bevorzugt eine eigene Vorgehensweise. Wir könnten sehr viel erfolgreicher sein, wenn Fragen der kulturellen Vermittlungsarbeit, der Entwicklungsarbeit und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit in den besonders intensiv betroffenen Gebieten abgestimmter betrachtet werden. Hier müssen die Bereiche stärker untereinander kooperieren, ohne dass sie ihre spezifischen Profile aufgeben müssen. Voneinander abgeschottetes Denken und Handeln ist nicht unbedingt effektiv.

*Dieses Interview erschien in Politik & Kultur 5/2011.*

*Die Fragen stellte Stefanie Ernst — zu diesem Zeitpunkt*

*Chefin vom Dienst von Politik & Kultur.*

# KLASSIKER MIT NEUEN ZIELSETZUNGEN — TIEFGREIFENDE REFORMEN BEIM GOETHE-INSTITUT

KLAUS-DIETER  
LEHMANN

Die Welt ist nicht einheitlicher, sondern unübersichtlicher geworden, es haben sich neue Beziehungen zwischen innen und außen gebildet, die Randlagen und die Zentren verändern sich. Diese Dynamik macht eine stärkere Berücksichtigung der Peripherie erforderlich. Neue Bilderwelten und Erzählformen rücken so in das Bewusstsein. Gleichzeitig hat sich deutlich gezeigt, dass die einseitige Bevorzugung der Ökonomisierung zur Lösung gesellschaftlicher Probleme an ihre Grenzen gestoßen und ohne eine Stärkung von Kultur und Bildung ein Zusammenleben der Menschen nicht erfolgreich zu organisieren ist. Das Goethe-Institut mit seinen knapp 150 Instituten in 82 Ländern, mit Lesesälen, Sprachlernzentren und Kulturgesellschaften hat aus dieser Entwicklung Konsequenzen gezogen und mit einer neuen Zielsetzung und einer tief greifenden Reform reagiert.

Der erste Kernsatz der Reform lautet: Die Innovation kommt von der Peripherie. Schon immer formulierten die Auslandsinstitute ihre Programmarbeit aus der lokalen Nähe. Jetzt wird diese eigenständige Qualität von Kenntnis und Erfahrungsgewinn nicht nur in Kulturbegegnungen und partnerschaftlicher Zusammenarbeit vor Ort genutzt, sondern auch bewusst als »Stimme der Institute« im Goethe-Netz hörbar gemacht. Dieses kreative Funkenschlagen wird künftig stärker mit »best-practice«-Methoden Wirkung entfalten und die Kompetenz in Weltverständnis stärken. Dabei geht das Goethe-Institut nicht davon aus, globale

Erklärungsmodelle entwickeln zu können — das wäre ein falscher Ansatz — sondern lokal zu verknüpfen oder analog zu übersetzen. Das Goethe-Institut greift hier einen Begriff auf, den Wolf Lepenies einmal geprägt hat, weniger Wissensgesellschaft als Lerngemeinschaft zu sein.

Der zweite Kernsatz der Reform lautet: Die Interaktion der Institute in einer Region profiliert die Qualität und macht die Arbeitsergebnisse sichtbarer, nachhaltiger und für Partner attraktiver. Dazu hat das Goethe-Institut vierzehn Weltregionen definiert, die die bisher sternförmige Anbindung der Auslandsinstitute an die Zentrale in 14 Waben organisiert, die über eine Regionalleitung mit der Zentrale verbunden sind. Durch diese Wabenstruktur entsteht ein intensiver Gedankenaustausch in den Regionen, gemeinsame Projekte werden entwickelt und die interne Vernetzung der Region schafft Plattformen mit einer eigenen Qualität für Programm- und Spracharbeit. Die Goethe-Institute in einer solchen Region haben einen einzigartigen Kenntnisstand über Künstler und Kulturinstitutionen, nah genug und nicht zu fern. Dadurch entsteht eine kreative Mobilität über Grenzen hinweg mit Kulturbegegnungen, die ein vorhandenes Potenzial stimulieren und Gemeinsamkeiten befördern. Potenziale und nicht Defizite zu identifizieren ist der Ansatz der Strategie. Dafür werden dann geeignete Strukturen geschaffen. Im Übrigen erlaubt die Wabenstruktur auch die Kooperation zwischen den Regionen. Entscheidend für den Erfolg ist die Eigenverantwortung nicht nur für die Inhalte, sondern auch für die finanziellen Ressourcen. Sie wird durch Zielvereinbarungen festgelegt. Damit erreicht das Goethe-Institut eine hohe Transparenz in seiner Mittelverwendung.

Der dritte Kernsatz der Reform lautet: Die Inspiration, Steuerung und Evaluation kommt von der Zentrale. Das Konzept wäre unvollständig und der Gefahr von Zentrifugalkräften ausgesetzt, wäre da nicht ein überzeugender Service, z. B. die Personal- und Finanzverwaltung, die gesamte Entwicklung und Betreuung der Informationsinfrastruktur und Internetdienste, das Besucherprogramm, die Übersetzungsförderung, dann eine strategische Leitfunktion für Grundpositionen und Ziele und ein höchst inspirierender Faktor für das gesamte Goethe-Netz, der sich aus der genauen Kenntnis der Kunst- und Kulturszene in Deutschland ergibt. Denn nur aus beidem, der eigenen Kulturkompetenz und der Bereitschaft zur Zusammenarbeit in den Gastländern, erwächst die Chance, sich kennen zu lernen, Prozesse in Gang zu setzen, Neues zu denken.

Schon nach kurzer Zeit hat sich gezeigt, aus wenigen Akteuren werden wieder viele Gestalter, eine stärkere Offenheit und Gegenseitigkeit innerhalb der Organisation stimuliert zusätzlich. Das Parlament und die Bundesregierung haben auf diesen intensiven Prozess positiv reagiert und die finanzielle Ausstattung wesentlich verbessert, aber auch wirkungsvolle Sonderprogramme im Sprachbe-

reich und für einzelne Regionen definiert. Die unmittelbare Bedeutung der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik für die Entwicklung in Deutschland selbst ist offensichtlich erkannt worden. Nur eine offene und kenntnisreiche Gesellschaft kann die wirtschaftliche, politische und wissenschaftliche Entwicklung des Landes positiv gestalten. Abschottung oder Ignoranz sind massive Hindernisse. Mit dem neuen Konzept wurden inzwischen eindrucksvolle Projekte auf den Weg gebracht. Einige Beispiele sollen den sichtbaren Ertrag illustrieren.

Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier hat eine Sprachoffensive ins Leben gerufen »Schulen — Partner der Zukunft« (PASCH), bei der gemeinsam mit der Zentralstelle für das Auslandsschulwesen am Ende 1.300 Schulen im Ausland Deutsch bis zur Hochschulreife vermitteln. Zu den schon bestehenden Schulen hat das Goethe-Institut mit einem neuen Ansatz 500 einheimische Schulen identifiziert, Lehrer ausgebildet, den Jugend- und Lehreraustausch organisiert und Lehrmittel modernster Art zur Verfügung gestellt. Ohne die neue Struktur wäre in so kurzer Zeit ein solcher Erfolg nicht möglich gewesen. Die Regionen waren wesentlicher Organisator.

Die Goethe-Initiative Kultur und Entwicklung zielt auf die Professionalisierung von Kultureinrichtungen. Qualifiziert werden derzeit Produzenten, Kuratoren oder Mitarbeiter in Kultureinrichtungen vor allem in Afrika, Asien und Mitteleuropa. Die Programme sind modular aufgebaut und regional angepasst, in Deutschland folgen spezialisierte Intensivkurse. Auf diese Weise entstehen in den jeweiligen Ländern etablierte Strukturen, die die Rahmenbedingungen für künstlerische Produktionen verbessern und für künftige Partnerschaftsprogramme effektiv genutzt werden können.

Die Zentrale hat einen Wettbewerb ausgeschrieben »Call for Ideas«, der sich an alle Institute oder Regionen wendet. Die besten Projektideen werden über einen finanziellen Anreiz realisiert und als Exzellenzprojekte sichtbar gemacht. Spannend sind zwei inhaltliche Initiativen: die Kunstaussstellung »Die Tropen«, die erstmals rund um den Äquator eine Brücke zwischen Werken vormoderner Zeit und zeitgenössischer Positionen schlägt und »Die Amazonasoper«, die in Verbindung von Musiktheater, Technologie und Wissenschaft die vielfältigen Aspekte Amazoniens reflektiert. Erarbeitet wird sie vom Goethe-Institut in Kooperation mit der Münchener Biennale und dem ZKM Karlsruhe, unter Beteiligung europäischer und brasilianischer Künstler. Sie wird am 9. Mai 2010 in München aufgeführt und tourt anschließend durch Europa und Brasilien.

Dramatiker aus ganz Europa schreiben im Auftrag des Goethe-Instituts Stücke über die Folgen des Mauerfalls 1989, »After the Fall«, die in den jeweiligen Theatern der Länder aufgeführt werden. Keine deutsche Nabelschau, sondern ein europäisches Thema mit den heutigen Erfahrungen.

Und so geht es weiter: Aktion Afrika, Deutschland und China, Migration und Integration, Residenzprogramme, Nachbarschaft, Stadtschreiber, Sprachen ohne Grenzen, kein bunter Strauß, sondern eine gezielte Bearbeitung gesellschaftspolitischer Themen in der Welt. Die Unabhängigkeit des Goethe-Instituts sichert dabei eine hohe Glaubwürdigkeit in der Zusammenarbeit. Das ist gerade in der Kulturvermittlung ein hohes Gut.

*Dieser Artikel erschien in Politik & Kultur 5/2009.*

# STARK SEIN DURCH WELTWEITE VERNETZUNG

KLAUS-DIETER LEHMANN

**Herzlichen Glückwunsch zur Ehrung durch den Deutschen Kulturrat, zum Kultur Groschen. Nun ist dieser Preis zwar auf der einen Seite nicht sonderlich hoch dotiert, wie der Titel ja schon sagt. Auf der anderen Seite ist er aber doch eine wirklich hohe Auszeichnung. Sind Sie ein bisschen stolz?**

---

Ich bin sogar richtig glücklich darüber, weil es ein Preis ist, der von einer Organisation vergeben wird, in der alle Verbände und alle Sparten der Kultur vertreten sind. Spartenübergreifend sein, nicht isoliert denken, die Kultur in ihrer Vernetzung, das entspricht meiner Auffassung. Den Kultur Groschen selbst finde ich sehr pfiffig. Das ist eine Münze, die längst aus der Währung ist, aber jeder hat sie im Kopf. Der Groschen ist im 13. Jahrhundert entstanden und lebt heute immer noch weiter. Es ist sozusagen eine richtig durchgehende Linie und das kann man auch für die Kultur in Anspruch nehmen.

**Nun ist der Deutsche Kulturrat in der Politik ja gelegentlich nicht das allerliebste Kind. Was sagen Sie als Präsident des GoetheInstituts zur Arbeit dieser Institution, mit der Sie seit Jahren durch verschiedene Gremien verbunden sind?**

---

Was den Deutschen Kulturrat auszeichnet ist seine Unabhängigkeit. Er ist weder einem politischen Lager, noch einer kommerziellen Nutzung zuzuordnen, noch bevorzugt er die eine oder andere Kultursparte. Er ist eine Einrichtung, die sich in den letzten Jahren so profiliert hat, dass man wegen seiner Unabhängigkeit auf ihn hört. Das ist es, was man heute im politischen Geschäft Glaubwürdigkeit nennt und darin hat der Deutsche Kulturrat eine gute und erfolgreiche Wegstrecke zurückgelegt.

**Sie sind jetzt seit ungefähr hundert Tagen in Ihrem neuen Amt. Gibt es bereits Manöver des »Tankers« GoetheInstitut, auf die Sie stolz sind, oder die andeuten, wo Sie das Schiff hinsteuern?**

---

Ich bin in meinen Positionen immer wieder mit dem Begriff des »Tankers« konfrontiert worden. Ich nehme diesen Begriff nicht an. Für mich ist das ein Flottenverband, in dem es unterschiedliche Schiffe gibt. Größere, kleinere, Begleitboote, Versorgungsschiffe usw. Es kommt darauf an, dass man die jeweiligen spezifischen Stärken erkennt und die Talente fördert. Wenn das geschieht, dann kann man solche Flottenverbände ganz gut in Bewegung setzen. Für meine ersten hundert Tage waren mir vor allem zwei Dinge wichtig. Wir brauchten stabile Rahmenbedingungen, bei denen die professionellen und menschlichen Qualitäten der GoetheExperten sich voll entfalten konnten und wir wollten wieder über Inhalte reden. Diese Entwicklungen haben viel Selbstvertrauen geschaffen. Zwei große Projekte waren prägend. Zum einen das Partnerschulenprojekt. In den nächsten drei Jahren werden 500 Schulen weltweit identifiziert, bei denen exzellente Deutschabteilungen eingerichtet werden. Goethe bildet die Lehrer aus und sorgt für eine leistungsfähige Ausstattung. Es ist zurecht ein Lieblingsprojekt von FrankWalter Steinmeier. Mit den schon bestehenden 500 Deutschschulen erreichen wir damit eine kritische Masse, und starten eine wirkliche Sprachoffensive! Zum anderen wollten wir die Kulturarbeit in zwei Regionen der Welt wieder besonders aufnehmen. Im vergessenen Kontinent Afrika und in der dynamischen Region China. Das ist uns sehr gut gelungen. Ich war 14 Tage in Afrika, wo wir das große Sonderprogramm mit mehr als fünf Millionen Euro gestartet haben. Die Begeisterung und der Enthusiasmus dort, stimmen manchmal nachdenklich bezüglich unserer eigenen Abgeklärtheit. Von der spürbaren Neugier auf die Welt und der Offenheit kann man einiges lernen.

**Natürlich konzentrieren sich die Goethe-Institute stark auf den Transport, auf das Bewusstsein um die deutsche Sprache. Sie bezeichneten das einmal als Umgang mit einer Fähre, die mit einer Mannschaft über einen Fluss fährt. Das Englische hingegen sei eine Brücke, über die man gehen kann, die aber starr sei. Sehen Sie eine reelle Chance, Deutsch als dritte Sprache wieder global anzusiedeln?**

---

Ich glaube schon. Dieses Bild ist auch sehr erklärend. Die Weltsprache Englisch werden wir in keiner Weise erreichen. Das wäre auch unsinnig, denn diese Weltsprache ist bewusst ein reduziertes Englisch. Es ist eine Lingua franca, die notwendig ist, um sich in der Welt zu verständigen. Wenn man aber neben der eige-

nen Muttersprache und dem Englischen als Weltsprache eine Sprache etabliert, die letztlich andere Ingredienzien hat, dann kann man damit schon weiterkommen. Nehmen wir einmal das Beispiel des Deutschen. Wir kommen ja aus einer Zeit, in der uns das Deutsche stets, — die immer noch gezeigten alten NaziFilme zeigen dies — als gebellte Sprache vorgeführt worden ist. Aber es ist keine gebellte Sprache, es ist eine Sprache, die eine wunderbare Melodie besitzt, welche die Literatur, die Poesie, die Philosophie und die Wissenschaft generell in ihrer Differenziertheit beflügelt hat und die auch eine Wirtschaftssprache sein kann. Aber ich glaube, wir bekommen nichts geschenkt. Bei der Verbreitung dieser Sprache müssen wir uns wirklich bemühen. Wir müssen sie mit Werten, vielleicht auch mit Emotion aufladen, die für andere Menschen interessant sind. Das kann Sympathie sein, das kann auch eine Perspektive für Menschen sein, die mit der deutschen Sprache ihre eigenen beruflichen Möglichkeiten erweitern. Das sind alles Dinge, die nicht ausschließlich einen ökonomischen Effekt haben, sondern weichere Faktoren. Diese spielen bei der Globalisierung heute vielleicht eine größere Rolle, als wir uns das im Moment vorstellen. Auf diese Aspekte setze ich.

**Nun war ja gerade Bundeskanzlerin Angelika Merkel bei Ihnen in München in der Zentrale zu Besuch und hat sehr deutlich gesagt, dass der Kulturpolitik und gerade auch der Auswärtigen Kulturpolitik künftig eine noch größere, eine noch wichtigere Rolle zukommen soll. Wenn man als Kulturjournalist solche Sätze hört, dann bekommt man immer ein bisschen Angst. Man hat den Eindruck, dass sei nur ein Politikersprech, der letztlich keine großen Konsequenzen hat. Schöpfen Sie aus so einem Statement Perspektive?**

---

Politiker spüren, dass in bestimmten Situationen die Kultur mehr leisten kann als die Politik. Die Politik hat eine formalisierte Sprache, fast einen Kanon, ein Protokoll. Die Kultur hat mit ihren ganz sensiblen Möglichkeiten, über die Musik, über das Podium, über das Theater oder die Literatur so viele differenzierte Möglichkeiten, dass man eigentlich eher mit Beispielen Dinge vermitteln kann, ohne die Gesetzestafel Moses ständig vor sich her tragen zu müssen. Das hat möglicherweise die Politik erkannt und sie weiß auch, dass sie daraufsetzen muss. Wir sind jetzt Weltmeister im Export, aber wir wissen auch, dass Staaten wie China und Indien kommen. Das heißt, wir müssen uns einem immer stärkeren Wettbewerb stellen. Wenn man diesen Wettbewerb ausschließlich über ökonomische Sichten gestaltet, dann ist das möglicherweise eine sehr harte Konfrontation. Wenn aber ein Deutschlandbild mittransportiert wird, wenn man unsere Lebensformen, unsere Musik und unsere Kunst kennt, dann schwingt etwas mit,



das nicht auf der Agenda steht, aber trotzdem eine Wirkung entfaltet. Die Kultur kann dieses Mitschwingen erzeugen. Dadurch wird sie nicht instrumentalisiert, sie wird zu einem gestaltenden Anteil von Beziehungen.

**Auf der anderen Seite sind natürlich gesunde ökonomische Voraussetzungen für Ihre Arbeit unabdingbar. Wenn man bedenkt, dass das Wirtschaftsministerium für die Beschickung einer mittelgroßen chinesischen Industriemesse wahrscheinlich die gleiche Summe wie für Ihre Institution bereitstellt, dann besteht aber doch noch eine gewisse Unbalance. Was kann man hier tun?**

---

Das gebe ich zu. Wir sind noch lange nicht über den Berg. Wir erleben jetzt ein Frühlingserwachen und wir sehen, dass Aufmerksamkeit parteiübergreifend im Parlament vorhanden ist. Wir erleben auch, dass das Auswärtige Amt dies anerkennt und unterstützt, aber letztlich muss das ein Weg sein, der nicht Legislaturperioden bezogen ist. Ich habe das in Tansania erlebt. Wir haben vor zehn Jahren in Daressalaam, in Tansania, im Zusammenhang mit dieser weltweiten Schließungsaktion, schließen müssen. Nach zehn Jahren sind wir jetzt wieder da und man merkt, was passiert ist. Die persönlichen Biographien in einem der ärmsten Länder dieser Welt sind natürlich mit einer solchen Situation verbunden gewesen. Es ist alles abgebrochen, zusammengebrochen. Jetzt eröffnen wir wieder, und die Erwartungen sind hoch. Wir können es uns nicht leisten, nach einer Legislaturperiode wieder wegzugehen. Das würde den Schaden größer machen, als wenn wir überhaupt nicht da gewesen wären. Wir müssen überzeugen, dass Auswärtige Kulturpolitik nur Generationenprojekte betreiben kann und nicht Tagesprojekte. Das ist eine schwere Aufgabe, aber ich glaube, wenn man schließlich den Erfolg sieht und die öffentliche Meinung für sich hat, dann kann man gewinnen. Wir haben im Inland über ganze Dekaden hinweg nicht mehr über Kultur und Bildung geredet und plötzlich redet jeder davon. Es hat hier also einen Schwenk gegeben und diesen Schwenk werden wir nutzen.

**Verständnis für unterschiedliche Kulturen, Verständnis unterschiedlicher Kulturen untereinander, das sind Kernziele der GoetheInstitute. Ist es nicht auch nötig, diesen Dialog, dieses Kennenlernen auch in die Innenpolitik hineinzutragen?**

---

Sie sprechen hier etwas an, das mir ein sehr großes Anliegen, im eigenen Land bewusst machen, was Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik leistet. Wir sind, trotz der vielen Fernreisen, in Deutschland noch immer an der Kultur anderer Länder

nicht wirklich interessiert. Da ist viel Gleichgültigkeit im Spiel und man kann das nur dann wirklich verändern, wenn man die Prozesse zeigt. Wir können uns in der Tat etwas darauf einbilden, dass wir im Ausland anders arbeiten als andere Länder mit ihren Kulturinstituten. Nadim Gordimer hat es jetzt in Afrika wunderbar ausgedrückt. Wir seien wirklich Kulturinstitute, die mit den heimischen Instituten, Menschen, Künstlern und Kulturschaffenden Partnerschaften eingehen, und für das Land eine reale Bedeutung haben. Das muss man auch hier in Deutschland erfahren. Ein Beispiel: Wir zeigen die große Ausstellung »Die Tropen« in Deutschland. Die Menschen fragen sich, warum das Goethe-Institut mit dem ethnologischen Institut in Berlin diese Ausstellung macht. Das ist relativ leicht zu erklären. Es ist das erste Mal, dass wir den ganzen Tropengürtel aufnehmen und die Kunst der vorkolonialen, der kolonialen und der zeitgenössischen Zeit zeigen. Damit wird dieser Region eine große Aufmerksamkeit zuteil, bei der wir es aber nicht belassen. Diese große Aufmerksamkeit nutzen wir, um Lesungen, eine Filmwoche des Tropenfilms, Theater und Musik der Tropen darum zu gruppieren. Wir haben Berlin plötzlich zur Hauptstadt der Tropen gemacht und mit dieser Veranstaltungsreihe gehen wir auch in andere Länder. Damit kommen wir an Themen wie Megastädte in den Tropengürteln, deren Gewalt und Kriminalität, die Wanderbewegungen, Migration und Integration, das Abholzen der Regenwälder. Plötzlich ist es möglich, gesellschaftspolitische Themen mit einem Kunstansatz so in die Diskussion zu bringen, dass das Goethe-Institut zum Hebel wird, zum Übergang zwischen Innen und Außen. Wir wollen Innen und Außen nicht mehr getrennt, sondern gemeinsam sehen. Das ist interkulturelle Kompetenz.

### Was sehen Sie als Zwischenziel in fünf Jahren?

---

Wichtig für uns ist, dass die GoetheInstitute nicht mehr ausschließlich eine lokale Versorgung leisten, sondern dass sie sich selbst als Teil eines weltweiten Netzes sehen. Wenn dieses Netz genutzt wird, kann man die Aufmerksamkeit viel stärker bündeln und langfristige Wirkung erreichen. Die Autonomie der Regionen mit einem eigenen Budget gibt uns dafür gute Voraussetzungen. Wir haben 14 Weltregionen, in denen die 150 Institute der 80 Länder organisiert sind. Diese Vernetzung bringt uns eine neue Qualität. Ich prägte einmal einen Satz, der mehr denn je gilt: Früher waren Institute stark, wenn sie autonom waren, heute sind sie stark, wenn sie gut vernetzt sind. Ich hoffe, dass dies in fünf Jahren ganz deutlich sichtbar ist.

*Dieser Artikel erschien in Politik & Kultur 6/2008.*

*Die Fragen stellte Theo Geißler — Herausgeber von Politik & Kultur.*

# STIMMEN

DER AUSWÄRTIGEN  
KULTUR- UND  
BILDUNGSPOLITIK

# UNTERREPRÄSEN- TIERTE STIMMEN HÖR- BAR MACHEN — DIE KOLONIALISMUS- DEBATTE HAT DIE ARBEITSWEISE DES GOETHE-INSTITUTS VERÄNDERT JOHANNES EBERT

Die Pointe bringt Bénédicte Savoy ganz zum Schluss: Dakar, Senegal, im März 2019. Im Konferenzsaal des mit Geldern aus China neu erbauten »Musée des civilisations noires« berichtet Savoy von ihren jüngsten Forschungen zur Geschichte der Restitution von Kulturgütern aus deutschen Museen nach Afrika. Die damalige Staatsministerin im Auswärtigen Amt, Hildegard Hamm-Brücher, habe bereits Anfang der 1980er Jahre in der Süddeutschen Zeitung die ersten Rückgaben der Bundesrepublik angekündigt. Diese Planung sei dann mit dem Regierungswechsel 1982 auf Eis gelegt und später auch nicht weiterverfolgt worden. Den Anstoß für Bénédicte Savoy's Recherchen hatte ein Lesebrief gegeben, der sich auf Hamm-Brücher bezog: Unter der Überschrift »Kulturgüter zurück in

den Urwald?« hatte der Verfasser die Rückkehr der Kunstgegenstände deutlich abgelehnt: Begründet hatte er dies mit seiner Sorge um die Sicherheit der Objekte und dem Hinweis, dass es von den »Völkern der Dritten Welt« deutlich weniger Ausstellungsstücke in europäischen Museen gebe als aus anderen Weltregionen. Der Beruf des Lesebriefschreibers vom Anfang der 1980er Jahre: Leiter eines Goethe-Instituts in Afrika.

Seitdem ist viel passiert. Doch die intensive Auseinandersetzung um den deutschen Kolonialismus hat erst in den letzten Jahren so richtig an Fahrt aufgenommen. Sie entzündete sich in Deutschland insbesondere an der Ankündigung des französischen Präsidenten Emmanuel Macron, afrikanische Kulturgüter aus französischen Museen zurückzugeben, und an den vielfältigen Diskussionen um die zukünftige Ausrichtung des Humboldt Forums. In zahlreichen Konferenzen standen die Rolle Deutschlands als Kolonialmacht und Fragen der Restitution im Mittelpunkt. Gebeine afrikanischer Ahnen, aber auch erste Kulturgüter wurden zurückgegeben. Der Prozess der Restitution hat begonnen. Die Aufarbeitung des Kolonialismus fand gleich an drei Stellen prominent Eingang in den Koalitionsvertrag der Regierungsparteien.

Auch das Goethe-Institut hat sich in seiner programmatischen Kulturarbeit und in seinem Selbstbild in den vergangenen Jahrzehnten entwickelt und verändert. Stand in den 1950er und 1960er Jahren insbesondere die Präsentation des kulturellen Lebens der jungen demokratischen Bundesrepublik im Ausland im Mittelpunkt — auch mit dem Ziel, nach einem schrecklichen Krieg und dem Holocaust wieder in die internationale Gemeinschaft aufgenommen zu werden —, wuchs seit den 1970er Jahren zunehmend das Verständnis einer partnerschaftlichen Kultur-Kooperation. Diese konzeptionell auf Deutschland bezogene und auf bilateraler oder europäischer Zusammenarbeit beruhende Programmarbeit ist dem Dialog verpflichtet und heute stark von Begriffen wie Kooperation und Koproduktion geprägt. Gerade im letzten Jahrzehnt hat sie sich zudem um einen multiperspektivischen, multilateralen und globalen Ansatz erweitert. Im Mittelpunkt dabei immer die Frage, was den größten Nutzen für die Kulturlandschaft nicht nur vor Ort, sondern auch über Länder und Kontinente hinweg bringen und was dabei der spezifisch deutsche Beitrag sein könnte.

So entstanden grenzüberschreitende Plattformen und Netzwerke. Beispielsweise die vom Goethe-Institut und der Siemens Stiftung begründete Plattform »Music in Africa«. Sie vernetzt die Musikszene auf dem afrikanischen Kontinent und wird inzwischen von einer eigenständigen afrikanischen Stiftung betrieben. Deutschland wirkt hier lediglich als Initiator und Unterstützer. Oder — auf Europa bezogen — »Freiraum«, ein Netzwerk aus über 50 europäischen zivilgesellschaftlichen Organisationen. Angesichts wachsender national-populistischer Tendenzen

in der EU stellt es in zahlreichen Projekten den Wert der Freiheit in den Mittelpunkt. Gerade auch beim Umgang mit dem weltweit geführten Diskurs über koloniale Fragen hat sich die Arbeitsweise des Goethe-Instituts verändert. Bei den aktuellen Diskussionen in Europa haben wir es uns zur Aufgabe gemacht, aktiv die Stimmen aus den betroffenen Ländern hörbar zu machen, die zumindest am Anfang der Debatten oft unterrepräsentiert schienen. Hilfreich ist da die Nähe der Goethe-Institute vor Ort und die enge Verbundenheit mit den lokalen Partnern. Die Gäste bei der Konferenz »Vertagtes Erbe« Ende 2018 in Berlin kamen aus afrikanischen Ländern, aus Australien, China oder Samoa. Das Festival »Latitude« ist ein weiteres Beispiel für diesen Ansatz: Es verhandelte jüngst — aufgrund der Corona-Krise rein digital — die Frage, wie koloniale Strukturen bis heute weiterwirken. Gerade die Tatsache, dass dort Intellektuelle, Künstlerinnen und Künstler aus Afrika, Lateinamerika, Asien und Europa sich zu Themen wie Identität, Rassismus oder Erinnerungskultur auseinandersetzten, während in den deutschen Städten gegen Rassismus demonstriert und deutsche Medien dafür kritisiert wurden, dass dieses Thema nur von Weißen diskutiert würde, zeigt eine wichtige politische Dimension auf: Lokale und globale Diskurse über gesellschaftliche Fragen sind heute nicht mehr voneinander zu trennen. Wir müssen sie in Zukunft noch aktiver miteinander in Beziehung setzen und gemeinsam verhandeln.

In der Arbeit der Goethe-Institute vor Ort geht es darum, die Zeit der Kolonisierung und den Dekolonisierungsprozess offen zu diskutieren und damit auch die dunklen Zeiten der deutschen Kolonialzeit zum Thema zu machen. Hat man sich vor wenigen Jahren zunächst noch schwer damit getan — so eine kritische Stimme bei der Konferenz »New Ethics for Museums in Transitions« im März dieses Jahres in Dar-es-Salam — eine Theaterproduktion zum Maji-Maji-Aufstand gegen die deutsche Kolonialherrschaft in Tansania zu unterstützen, werden diese Themen heute vom Goethe-Institut explizit in Konferenzen oder Kunstprojekten behandelt. Das tut bisweilen weh wie jeder ernsthafte Prozess von Aufarbeitung. Es ist jedoch eine grundlegende menschliche Erfahrung, dass das gemeinsame Erinnern, das für beide Seiten auf unterschiedliche Weise schmerzhaft und konfliktträchtig sein kann, eine notwendige Voraussetzung ist, um gemeinsam in die Zukunft zu gehen.

Auch neue Methoden des Kulturaustausches werden erprobt: Zunehmend wird beispielsweise bei der Arbeit in Afrika — dies gilt analog auch in anderen Teilen der Welt — die konzeptionelle Ausarbeitung von Projekten vollständig in die Hände afrikanischer Kuratorinnen und Kuratoren gelegt. Das Goethe-Institut ist Ermöglicher und neutrale Plattform, tritt als Macher und Gestalter jedoch in den Hintergrund: Wie beim mehrjährigen Projekt »Museumsgespräche« auf dem afrikanischen Kontinent, bei dem Museumsfachleute aus zahlreichen afrikani-

schen Ländern die Herausforderungen und Zukunftsvisionen afrikanischer Museen diskutierten. Oder wie bei der Konferenz »Burden of Memory« in Kamerun Ende vergangenen Jahres. Dort entschieden die drei Kuratorinnen aus Kamerun, Südafrika und Kenia, dass Kulturschaffende aus den ehemaligen deutschen Kolonien ihre unterschiedlichen Erinnerungsansätze zunächst einmal nur unter sich diskutieren, bevor man sich mit den europäischen Partnern auseinandersetzt.

Nach einem ähnlichen Ansatz konzipiert ist das Folgeprojekt der Museums-gespräche »Museum Futures Africa«. Es geht darum, von der Diskussion und Analyse in konkretes Handeln zu kommen. Afrikanische Museen werden dort in einem ständigen Austausch untereinander neue Konzepte eines Museums der Zukunft entwickeln und umsetzen, die insbesondere auf den Erfahrungen vor Ort basieren sollen. Herkömmliches »Capacity Building«, wie es das Goethe-Institut mit Universitäten und anderen Bildungseinrichtungen für Bibliotheken, Museen und andere Kulturakteure mit Workshops, Praktika oder einem internationalen Kulturmanagement-Studiengang mit der Leuphana-Universität betreibt, bleibt wichtig. Doch gerade das gemeinsame und gegenseitige Lernen voneinander, wie es bei »Museum Futures Africa« geplant ist, geht in seinem stetigen Austausch und Hinterfragen von Modellen weit darüber hinaus: Es weist in die Zukunft, weil es Wissen nicht als Einbahnstraße, sondern als multiperspektivisches Lernen im Austausch aller Akteure begreift. Besonders nachhaltig sind solche neuen Konzepte dann, wenn sie nicht von außen herangetragen werden, sondern sich aus den tatsächlichen Verhältnissen im Land erschließen. Die Präsenz des Goethe-Instituts vor Ort als Begleiter von nachhaltigen Prozessen erweist sich hier als Stärke des Netzwerks der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik. Dem Gedanken des gemeinsamen Lernens verpflichtet ist auch die SAWA-Museumsakademie. Dort bilden die Museumsverwaltung Sharjah, die Staatlichen Museen Berlin, die Hochschule für Technik und Wirtschaft und das Goethe-Institut angehende Museumskräfte aus der arabischen Welt und aus Deutschland nach dem Tandem-Prinzip mit digitalen und präsentischen Angeboten dies- und jenseits des Mittelmeers fort. Der Name ist Programm: »Sawa« heißt auf Deutsch »Gemeinsam«.

Sich selbst zu hinterfragen, ist eine wichtige Grundlage, um diese Methoden im Kulturaustausch weiter zu entwickeln. So hat das Goethe-Institut Johannesburg jüngst im Rahmen des Projekts »Power Talks« seine Rolle öffentlich zur Diskussion gestellt. Dafür gab es viel Lob, aber auch fundamentale Kritik: Kulturaustausch sei eine Form, das schlechte Gewissen zu beruhigen und sich von Schuld reinzuwaschen. Kulturaustausch in unserem Sinne funktioniere nur, da wir die wirtschaftlichen Mittel besäßen, sinnvoller aber seien Entschädigung und Reparation für das in der Kolonialzeit verloren gegangene Erbe. Hier wurden Nuancen zwischen beiden Positionen deutlich und machten auch klar, dass eine

beständige Neuverhandlung nötig ist, dass die kulturelle Emanzipation in Südafrika wie in anderen Ländern der Region ein Prozess ist, der uns lange begleiten wird und für beide Seiten viel Gesprächspotenzial birgt.

Sich mit der Welt auf diese Weise zu verbinden, erfordert eine neue Lernbereitschaft und eine Eigenschaft, die man auch mit dem altmodischen Wort »Demut« bezeichnen könnte: die Fähigkeit zuzuhören, sich in die Position des anderen hineinzusetzen und sich selbst in Frage stellen zu können. »Eine neue Ethik des Zuhörens« hat auch die deutsch-indische Politikwissenschaftlerin Nikita Dhawan beim Latitude-Festival gefordert. Es erfordert gleichzeitig eine Geisteshaltung, kulturelle Differenz und Diversität als Bereicherung anzusehen, aus der sich in der Reibung und der Begegnung neue gemeinsame Perspektiven entwickeln können. All dies schafft die Grundlage, dass die eigene Position im gegenseitigen Austausch und offener Diskussion nicht nur wahrgenommen, sondern akzeptiert wird, dass gemeinsames Lernen, von dem beide Seiten profitieren, erst ermöglicht wird, und dass Vertrauen, das die Basis echter Beziehungen ist, erst entstehen und reifen kann. Dies erfordert einen Lernprozess, dem sich Institutionen wie das Goethe-Institut, die in globalen Zusammenhängen arbeiten, seit vielen Jahren aussetzen und aussetzen müssen. Diese stetige Erneuerung ist nicht frei von heiklen Momenten, Fehlgängen und unterschiedlichen Geschwindigkeiten. Schließlich greift sie nicht nur in die institutionelle Kultur ein, sondern stellt auch hohe Anforderungen an die Vertreterinnen und Vertreter dieser Form des Kulturaustausches.

Auch für die deutsche Gesellschaft, die global eingebettet und zugleich nach innen divers ist, gibt es zu einem solchen Lernprozess keine Alternative. Dies zeigt gerade die aktuelle Rassismus-Debatte: Ausgelöst durch ein Ereignis in den USA, intensiviert sie die längst überfällige gesellschaftliche Auseinandersetzung um rassistisch motivierte Gewalt gegen deutsche Mitbürgerinnen und Mitbürger wie zuletzt in Hanau und wirft die Frage von struktureller Diskriminierung der »people of colour« in unserer eigenen Gesellschaft auf. Diese Diskussion ist eminent wichtig für die Zukunft unserer Demokratie. Denn diese basiert auf einem pluralistischen Aushandlungsprozess unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen und Positionen, der nur dann funktionieren kann, wenn die Stimmen aller dieser Akteure gleichwertig sind und gehört werden. Gerade in einem Einwanderungsland wie Deutschland, das auch in Zukunft auf Zuwanderung angewiesen sein wird, um seinen wirtschaftlichen Wohlstand und seine sozialen Errungenschaften zu erhalten, müssen sich Bürgerinnen und Bürger ganz unterschiedlicher Herkunft für eine gemeinsame Zukunft zusammenfinden. Sie müssen dabei das Recht und die Möglichkeit haben, ihre Interessen und Ansprüche gleichberechtigt zu äußern und offen und empathisch gehört zu werden. Auch



dies erfordert einen Lernprozess des Zuhörens, des sich in den anderen Hineinversetzens, des Sich-selbst-in-Frage Stellens. Deshalb geht es heute auch darum, Lerngemeinschaften der Welt zu erneuern und gemeinsames kulturelles Lernen voranzubringen. Das Goethe-Institut kann mit seiner Expertise aus dem globalen Kulturaustausch und vor dem Hintergrund der eigenen historischen Lernprozesse seinen Beitrag dazu leisten.

*Dieser Artikel erschien in Politik & Kultur 9/2020.*

*Johannes Ebert ist Generalsekretär des Goethe-Instituts.*

# WARUM NICHT MICHELLE MÜNTEFERING ZWEI SCHRITTE NACH VORN? — EIN PLÄDOYER FÜR EINE EUROPÄISCHE ÖFFENTLICHKEIT

Einer gemeinsamen Weltkrise kann sich kein Land durch Absperrung entziehen. Gerade in Europa sind Wirtschaft, Politik und Kultur so eng miteinander verbunden, dass durch Isolation und Absonderung alle nur verlieren können. Europa steht vor der Wahl: entweder mehr Integration oder Rückfall in nationale Egoismen. Kommt Ihnen das bekannt vor? Wahrscheinlich schon, denn von der Weggabelung, vor der Europa heute steht, lesen und hören wir gerade viel. Es handelt sich bei den mahnenden Worten allerdings nicht um einen aktuellen Feuilletonbeitrag, sondern um die Zusammenfassung eines Vortrags von Stefan Zweig. Gehalten im Jahr 1932 in Florenz.

Zugegeben: So düster wie damals sieht es heute nicht aus. Von einem heraufziehenden Krieg in Europa wie in den 1930er Jahren sind wir glücklicherweise weit entfernt. Dennoch hat uns die Corona-Pandemie vor Augen geführt, wie verletzlich Europa ist und dass die europäische Einigung genauso wenig selbstverständlich ist wie die Demokratie. Jacques Delors hatte recht: Europa ist wie ein Fahrrad — bleibt es nicht in Bewegung, droht es umzufallen.

Das europäische Fahrrad fährt noch, aber es hat in den letzten Jahren an Geschwindigkeit verloren und ist ins Schlingern geraten. Wirtschaftskrise, Eurokrise, Flüchtlingskrise, Brexit und jetzt Corona. Daneben der Aufstieg populistischer und nationalistischer Kräfte überall auf dem Kontinent. So offen wie heu-

te war die Geschichte Europas schon lange nicht mehr. Eben darum wirken die Worte Stefan Zweigs so vertraut auf uns. Dabei wäre gerade jetzt die Geschlossenheit Europas wichtig. Die bisherigen globalen Mächtegleichgewichte verschieben sich. Die multilaterale Weltordnung ist unter Druck. Der Konflikt zwischen den USA und China wird schärfer. Der Klimawandel verlangt eine globale Anstrengung, wie wir sie bisher nicht kannten. In dieser Welt braucht es eine starke europäische Stimme für Multilateralismus, Menschenrechte und internationale Zusammenarbeit. Eine Stärkung Europas ist notwendig, wenn wir unsere Werte und Interessen im 21. Jahrhundert wahren möchten.

Wie also Europa stärken? Der aktuell diskutierte Recovery Fund kann und muss dazu beitragen, Europa mit Investitionen auch in nachhaltige Technologien und dem Ausbau der Digitalisierung fit für die Zukunft zu machen. Aber die Stärkung wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit ist nur die eine Seite. Die europäischen Zivilgesellschaften brauchen ein gemeinsames Verständnis für Europa und das Bewusstsein geteilter Verantwortung für seine Zukunft. Hierfür bedarf es einer echten europäischen Öffentlichkeit und eines europäischen Kulturraums. Corona bietet die Chance, diesen Weg nun entschlossen zu gehen.

Mein Plädoyer: Nutzen wir diese Chance. Ergänzen wir den Recovery Fund und den Green Deal durch einen Cultural Deal, um einen Raum europäischer Öffentlichkeit und Kultur zu schaffen. Reparieren wir nicht nur den Schaden, sondern schaffen wir etwas Neues. Wenn uns das gelingt, könnte Corona der entscheidende Wendepunkt in der Geschichte der europäischen Integration werden.

Klar. Rom wurde nicht an einem Tag erbaut. Es entstand auch gar nicht als politische Gemeinschaft. Die Wiege Roms lag auf sieben Hügeln verteilt und in der Mitte war eine Freifläche. Erst als sich die Bewohner der Hügel entschieden, diese Fläche zu einem Ort der gemeinsamen Öffentlichkeit zu machen, wurde Rom zur politischen Gemeinschaft. Den gemeinsamen Ort nannten die Römer Forum und machten es zum Mittelpunkt der römischen Republik.

Auch das gemeinsame Europa lässt sich nicht an einem Tag erbauen. Wir haben uns von unseren nationalen Hügeln schon ein ganzes Stück ins Tal hinabgewagt. Wir haben einen gemeinsamen Wirtschaftsraum mit gemeinsamen Regeln und ohne Grenzzäune geschaffen. Wir haben gemeinsame Institutionen, eine gemeinsame europäische Rechtsprechung und sogar eine gemeinsame Währung. Doch das schafft eben noch keine Gemeinschaft. Was fehlt, ist der gemeinsame öffentliche Raum, die europäische Öffentlichkeit: das europäische Forum.

Wie können wir nun aber ein solches europäisches Forum schaffen? Ich meine: Der entscheidende Hebel ist mehr gesellschaftlicher Austausch und kulturelle Kooperation in Europa. Und das ganz zeitgemäß: analog und digital.

Als ein wesentliches Hindernis für die Schaffung einer europäischen Öffentlichkeit galt lange die Sprachenvielfalt in Europa. Auch heute sind Sprachbarrieren noch Kommunikationsbarrieren. Die Hürden werden aber kleiner: Junge Europäerinnen und Europäer sprechen heute so viele Fremdsprachen wie keine Generation vor ihnen. Gerade Englischkenntnisse sind für junge Menschen heute in ganz Europa selbstverständlich. Moderne Übersetzungsprogramme bringen uns der Vision des Babelfisches aus Douglas Adams' »Per Anhalter durch die Galaxis« einen ganzen Schritt näher. Sprache ist keine unüberwindbare Hürde mehr. Die Voraussetzungen sind gegeben, dass wir durch einen Ausbau unserer kulturellen Kooperation in Europa einen europäischen Öffentlichkeits- und Kulturraum ermöglichen.

Daher gilt es nun, Künstlerinnen und Künstler, Kreative und Kulturschaffende vor den Folgen der Krise zu schützen. Denn sie sind von der Krise besonders stark betroffen. Theater, Galerien, Kinos und Clubs mussten bereits ganz zu Beginn der Krise schließen und können auch jetzt erst sehr langsam wieder öffnen. Für viele Künstlerinnen und Künstler ist das existenzbedrohend. Es ist daher richtig und wichtig, dass die Mitgliedstaaten, aber auch die EU-Kommission Maßnahmen und Programme aufgesetzt haben, um Kreativen und Kulturinstitutionen zu helfen.

Bei kurzfristigen Hilfen können wir es aber nicht bewenden lassen. Wir sollten nicht nur Hilfspakete schnüren, um die Folgen der Krise abzumildern, sondern Mittel bereitstellen, um etwas Neues zu schaffen, das den europäischen Gedanken, die Vision und die Erzählung eines solidarischen Europas stärkt. Wir brauchen gerade jetzt eine europäische Kulturpolitik, die in die Gesellschaften hineinwirkt; die eine Kultur fördert, die offen und einladend ist, die nicht national repräsentiert, sondern allen Menschen gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht. Und gesellschaftliche Teilhabe heißt hier: europäische Teilhabe.

Dazu ist es wichtig, den Austausch und die Netzbildung von Künstlerinnen und Künstlern, Kreativen in Europa stärker zu unterstützen. Durch gemeinsames Arbeiten entstehen gemeinsame Ideen und Projekte. Fördervoraussetzung ist dabei stets die Beteiligung aus mehreren europäischen Ländern und die Breitenwirkung in die Gesellschaft hinein. Warum sollte es neben Mobilitätsstipendien für Studierende und Auszubildende nicht auch niedrigschwellige Austauschprogramme für Schauspieler, Regisseure und Bühnentechniker geben und auch im Programm »Creative Europe« Mobilitätsmaßnahmen verstärkt werden?

Zudem ist es nötig, die kulturelle Infrastruktur Europas auszubauen, um Kunst, Kultur- und Kreativwirtschaft wie andere Wirtschaftsbranchen auch strukturell zu unterstützen. Wir brauchen mehr gemeinsame europäische Kunst- und Kulturproduktion.

Warum nicht versuchen, eine gesamteuropäische Medien- und Kommunikationsplattform aufzubauen? Ein Europa-Netflix-Sky-ARTE! Gerade auch der digitale Austausch in Europa braucht einen Schub. Corona hat viele kreative Ideen für digitale Kulturangebote freigesetzt, die auch in Zukunft das kulturelle Leben bereichern werden. Wir sollten jetzt dafür sorgen, dass sie über die Krise hinaus zu einer europäischen Öffentlichkeit beitragen können. Dies umfasst den Ausbau digitaler Bürgerdialoge und Begegnungen, aber auch die Herausbildung einer europäischen Netzkultur, in der Bürgerinnen und Bürger, Netzakteure und Kunstszene miteinander im Austausch stehen. Dazu gehört auch, die digitale Resilienz Europas zu stärken, also die Widerstandsfähigkeit unserer Gesellschaften gegenüber Desinformation.

Schließlich sollten wir den strategischen Ansatz der EU für die internationalen Kulturbeziehungen ausbauen. Unser Ziel muss es sein, auch außereuropäisch Partner zu unterstützen und das gesellschaftspolitische Bild eines gemeinsamen und solidarischen und weltoffenen Europas in der Welt zu vermitteln. Mit der im Aachener Vertrag beschlossenen Gründung integrierter deutsch-französischer Kulturinstitute gibt es bereits einen Nukleus für eine vertiefte kulturelle Zusammenarbeit innerhalb und außerhalb Europas, die wir weiter ausbauen sollten. Warum nicht mit dem ersten gemeinsamen digitalen europäischen Kulturinstitut vorangehen?

Im Zentrum des Kulturprogramms der deutschen EU-Ratspräsidentschaft steht das Kunstwerk »Earth Speak« des dänisch-isländischen Künstlers Ólafur Eliasson, das die Stimmen junger Menschen wie ein Verstärker in ganz Europa hörbar machen will. Wenn wir aufmerksam sind, erkennen wir darin einen Blick in die Zukunft Europas und etwas davon, was Kunst beitragen kann, um einen europäischen Öffentlichkeits- und Kulturraum zu schaffen.

Wir können uns jetzt von unseren 27 nationalen Hügeln hinabwagen und nach der Phase der schmerzhaften Grenzsicherungen umso entschlossener nach vorn gehen. Dann kann es uns gelingen, dass Stefan Zweigs Vortrag tatsächlich wie das wirkt, was er ist: ein Bericht aus einem anderen Jahrhundert. Warum eigentlich nicht?

*Dieser Artikel erschien in Politik & Kultur 7-8/2020.*

*Michelle Müntefering MdB ist Staatsministerin für Internationale Kulturpolitik im Auswärtigen Amt.*

# GEMEINSAM GEGEN DIE NEUE RECHTE — ZUR ZUKUNFT DER AUS- WÄRTIGEN KULTUR- UND BILDUNGSPOLITIK IN EUROPA RONALD GRÄTZ

Die liberale Demokratie und ihre Botschaft von Individualität und Freiheit stehen unter extremem Druck. In der weltweiten Neuen Rechten gilt »liberal« nicht nur als naiv gestrig und hilflos schwach, sondern das liberale Denken befindet sich abseits der eigentlichen globalen Machtstrukturen, die sich politisch nicht durch Partizipation im offenen Diskurs, sondern durch Populismus und Despotismus auszeichnen.

Der liberalen Demokratie geht es um die Menschen, die »in gleicher Freiheit und freier Gleichheit«, so Roger de Weck (2020), leben, in der freie und faire Wahlen stattfinden, in der die Menschenrechte eingehalten und die Gewaltenteilung des demokratischen Rechtsstaats garantiert werden — und in der die Freiheit von Wissenschaft, Meinung und Kunst herrschen. Diese gesellschaftliche Organisationsform garantiert auch der Opposition — Parteien, Zivilgesellschaft, Nichtregierungsorganisationen und dem Einzelnen — politische Teilhabe, d. h. Öffentlichkeit und Gehör. Aber die Neue Rechte wird stärker — schleichend und zersetzend

mit der Bauernfängerei von Menschen und der Besetzung von zunächst peripheren, dann zentralen Strukturen, mit holzschnittartig einfachen und verführerischen Identitätsversprechen und Größenwahntantzen, die Macht verheißten in einer Gefühlswelt der Ohnmacht. Ebenso beobachten wir ein Schwinden von Mut, Innovationskraft und Vision, die diesen Tendenzen entgegentreten könnten — es gibt sogar eine Kompatibilitätsdynamik nach rechts. Deshalb müssen die liberalen Kräfte Strategien entwickeln, die Demokratie zu sichern und zu bewahren. Wir müssen dies, wenn wir an die populistischen Trittbrettfahrer der Corona-Pandemie denken, die nun den eigenen Machtzuwachs durch Eingrenzung der Freiheit anderer zu mehren versuchen, offensiv angehen. »Wir sind die, auf die wir gewartet haben«, so auch de Weck (2020).

Wie soll das gehen? Wir brauchen einen neuen, nachhaltigen Fortschrittsbegriff — Lernen von den Vorstellungen eines gelingenden Lebens von der Generation Greta —, die Idee einer wirklichen europäischen Union der Identitäten und Regionen nach dem derzeitigen Verbund von interessengeleiteten Nationalstaaten — als Föderation, Republik oder wie auch immer — und ein erweitertes Verständnis von Kulturpolitik als Gesellschaftspolitik nach Willi Brandt. Kulturpolitik ist auch Friedenspolitik — und Kulturdialog ist auch Demokratiebildung. Vielleicht ist Kultur der zurzeit wichtigste Verständigungs- und Aushandlungsmodus, ein neues Europa zu denken. Eine Vertreterin dieses Ansatzes ist Ulrike Guérot. Sie tritt ein für ein Europa nicht nur gleichberechtigter Konsumenten von Produkten mit einheitlich geltenden Normierungen und verbindlichen Konsumregulierungen, sondern ein Europa gleicher Bürger in Bezug auf Wahlrecht und soziale Absicherung, ein Europa als eine Nation, d. h. eine organisierte Solidargemeinschaft — nach der Definition von Marcel Mauss — mit vielen Kulturen. Aus dem Europa der Konsumenten muss ein Europa der Bürger werden — eine wirkliche Demokratie, eine europäische Kultur im Sinne eines Europa der Kulturen. Zur Unterstützung dieser »Vision« brauchen wir eine Strategie der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik (AKBP) auch Deutschlands, die in neue Richtungen denkt:

### **1. Vision ⇒ Innen- und Außenkulturpolitik**

Die Zivilgesellschaft in Deutschland ist der Hauptakteur Auswärtiger Kulturbeziehungen. Die Mittlerorganisationen der AKBP müssen deshalb mit ihr in den innerdeutschen Kulturdiskurs eingreifen und dürfen die begriffliche Hoheit und die Verständigung um unsere gesellschaftliche Zukunft nicht der Neuen Rechten überlassen. Siegrid Weigel hat in ihrer 2019 erschienenen ifa-Studie »Transnationale Auswärtige Kulturpolitik — Jenseits der Nationalkultur« gezeigt, wie problematisch die Trennung von Innen und Außen ist.

## **2. Vision ⇒ Arbeiten in der digitalen Welt**

Arbeiten in der digitalen Welt ist ein weit komplexeres Vorhaben als die Digitalisierung von Objekten oder die Kommunikation über soziale Netzwerke. Es bedeutet vielmehr, auf Plattformen zu agieren und virtuelle Räume zu bilden und zu bespielen. Da geht zunehmend weniger in der Form singulärer Organisationen, sondern nur in Netzwerken. Wir müssen die Strukturen der AKBP flexibler gestalten, die Zusammenarbeit von Organisationen integraler organisieren und die Mittlerlandschaft als sich permanent verändernde und gegenseitig beeinflussende Gruppe sehen. Die Martin-Roth-Initiative von ifa und Goethe-Institut zeigt in diese Richtung. Temporär gemeinsame Strukturen, flexible gemeinsame Arbeitseinheiten — wünschenswert auch mit Institutionen der Innenkulturpolitik, aber auch den Kirchen, politischen Stiftungen, dem Sport und vielen anderen.

## **3. Vision ⇒ Kulturpolitik ist Demokratiepolitik**

AKBP meint nicht mehr nur Kunst und Kultur — sofern nicht alles im Prinzip Kultur ist, außer unberührter Natur —, sondern muss sich Themen wie globaler Ungerechtigkeit, Klima, Vorstellungen vom guten Leben und dem Verhältnis Mensch-Natur annehmen. Die neuen gesellschaftlichen Selbstverständigungsprozesse finden dabei nicht mehr vorrangig in traditionellen Institutionen wie Parteien, Kirchen oder Gewerkschaften statt, sondern artikulieren sich in Bewegungen, z. B. in gelben Westen protestierend, freitags für das Klima demonstrierend, Unabhängigkeit fordernd — kollektiv, kreativ und mit großer Kraft. Die Vision einer AKBP als eine solche öffentliche Bewegung wäre eine Bewegung gegen die Neue Rechte und für die liberale Demokratie — eine Bewegung für Freiheit, Verantwortung und Nachhaltigkeit. Dann ist AKBP noch wirkungsvoller und nachhaltiger Friedenspolitik. Sie wäre eine neue Art Institution, die nicht nur Instrumente und Technologien einsetzt, sondern neuen Sinn stiftet, indem sie Gegenwelten zum Populismus entwickeln hilft: Empowerment.

## **4. Vision ⇒ Europa**

Die AKBP sollte ihre Aufgabe auch in der Bildung eines Europa der Kulturen sehen, eines Europa, nach dem Nationalstaat, eines wirklich vereinten Europa mit Bürgern gleicher Rechte und Möglichkeiten, eines Europa als eine Nation und Wertegemeinschaft mit vielen verschiedenen Kulturen.

*Dieser Artikel erschien in Politik & Kultur 5/2020.*

*Ronald Grätz ist Generalsekretär des Instituts für Auslandsbeziehungen.*



# POSITIVER FRIEDEN — WAS KANN KULTUR IN KRISENZEITEN LEISTEN? ANDREAS GÖRGEN

Die Feststellung, dass wir in einem Zeitalter zunehmender Konflikte leben, mag eine Binse sein. Trotzdem sollten uns nicht nur die Zahlen, sondern auch die Komplexität und Internationalisierung von Konflikten — ein Drittel werden als internationalisierte Bürgerkriege gekennzeichnet — zu denken geben, vor allem aber die vielfältigen, zum Teil sich überlagernden Konfliktursachen und religiöse und ideologische Überformung.

Deutsche Außenpolitik ist Friedenspolitik und in ihrer Ausrichtung auf einen sogenannten »positiven Frieden«, wie es Johan Galtung, der Gründungsvater der Friedens- und Konfliktforschung, genannt hat, will sie einen Beitrag leisten für einen Zustand, der sich nicht auf die Abwesenheit organisierter kollektiver Gewaltausübung bezieht, sondern zusätzlich auf die Abwesenheit struktureller Gewalt. Angestoßen durch den sogenannten Review-Prozess, wurde hierzu im Auswärtigen Amt 2015 eine eigene Abteilung für Krisenprävention, Stabilisierung, Konfliktnachsorge und Humanitäre Hilfe gegründet, die das Krisenengagement bündelt — gerade auch mit Blick auf den zyklischen Ablauf von Konflikten, wie er von Niklas Swanström und Mikael Weissmann entwickelt wurde.

In diesem Zusammenhang hat sich auch die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik verändert. Holzschnittartig gesagt: Zur humanitären Hilfe tritt die Hilfe zur Humanität dazu. Indem die zentrale Frage des Zuganges zu Kultur und Bildung mit besonderem Blick auf Krisenzeiten und -regionen diskutiert und Lösungen gesucht werden. Hierbei bauen wir, so wie es der Tradition und Überzeugung der Auswärtigen Kulturpolitik entspricht, in allererster Linie auf die Zu-

sammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen. So haben sich viele Mittler und Partnerorganisationen des Auswärtigen Amtes in den Flüchtlingsregionen engagiert, ob unmittelbar in der Arbeit mit Geflüchteten z. B. im Libanon oder der Türkei, ob durch die Öffnung der deutsch-türkischen oder deutsch-jordanischen Universität für Geflüchtete oder im Bereich des Erhaltes und Schutzes des kulturellen Erbes — hier sei nur die verdienstvolle Arbeit des Deutschen Archäologischen Instituts (DAI) erwähnt und das von ihm aufgebaute Experten-Netzwerk »Archaeological Heritage Network«.

Denn — und das ist in dieser Zeitung des Öfteren diskutiert worden — der Erhalt dessen, was man als kulturelles Erbe bezeichnet, ermöglicht durch den Zugang zu der als »eigene« wahrgenommenen Fremdheit des Vergangenen die Möglichkeit, auch aktuell scheinbar Fremdes als Eigenes zu begreifen. Es ist ein Beitrag zu einer Ambiguitätstoleranz, die — das wissen wir seit Theodor W. Adornos Arbeiten dazu — wichtiges Element nicht-autoritärer Gesellschaften ist.

Hinzu treten Elemente der strukturellen Prävention, d. h. Beiträge, friedliche Konfliktlösungsmechanismen in den Gesellschaften etablieren zu helfen. An vielen Stellen ist hier das Goethe-Institut tätig. Prominentestes Beispiel für eine strukturelle Veränderung aber ist vielleicht das deutsch-kolumbianische Friedensinstitut, das mit großer Unterstützung des Deutschen Bundestages aufgebaut wurde und seit 2017 das im Vorjahr geschlossene Friedensabkommen unterstützt. Hier werden Friedensforschung und gesellschaftliche Praxis zusammengedacht und zusammengebracht, und es könnte als Modell für ein weiteres Engagement der Auswärtigen Bildungspolitik im Bereich der Stabilisierung und Krisenprävention dienen.

Um Zugang zu Kultur und Bildung über soziale, geografische und politische Grenzen hinweg geht es aber nicht nur im Ausland. Sondern in Zeiten, in denen sich Innen und Außen eben nicht mehr trennscharf definieren lassen, geht es auch um den Beitrag von »Außen« in unsere Gesellschaft hinein. Goethe-Institute sind eben auch Experten transnationaler Kultur. Hinzu kommt unser Beitrag für Flüchtlinge, damit sie ihr Studium in den Erstaufnahmeländern aufnehmen können. Die Deutsche Akademische Flüchtlingsinitiative Albert Einstein (DAFI), die seit über 25 Jahren mit dem Flüchtlingswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) durchgeführt wird und längst keine »deutsche« mehr ist, ermöglicht genau das knapp 7.000 Stipendiatinnen und Stipendiaten. Doch auch in unserem eigenen Land engagieren wir uns. Auch aus historischer Verantwortung. Andere Länder haben es uns vorgemacht, als sie in den 1930er Jahren Tausende von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, Künstlerinnen und Künstlern, die aus Deutschland fliehen mussten, mit speziellen Programmen unterstützt haben, auch im Exil in ihren Berufen weiter zu arbeiten. Programme wie das

Scholars at Risk Network (SAR) oder die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft im Ausland, die USA oder die Türkei seien hier nur als Beispiele genannt. Deutschland hatte solche Programme auf der Ebene der Bundesregierung nicht. Bis durch die Außenminister Frank-Walter Steinmeier und Heiko Maas 2015 die Philipp-Schwartz-Initiative (PSI) für verfolgte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler bzw. 2018 die Martin-Roth-Initiative (MRI) für gefährdete Künstlerinnen und Künstler gegründet wurden.

Die Philipp-Schwartz-Initiative hat bisher 160 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die ihre Arbeit in ihrer Heimat aufgrund von Krieg, eingeschränkter Forschungsfreiheit oder Verfolgung nicht fortsetzen konnten, geholfen, an Hochschulen in Deutschland Fuß zu fassen. Die Martin-Roth-Initiative bietet gefährdeten Kunst- und Kulturschaffenden Schutz, indem sie ihnen vorübergehende Arbeitsaufenthalte an sicheren Orten innerhalb der Herkunftsregion oder in Deutschland ermöglicht. Profitiert haben davon im ersten Jahr des Bestehens der Initiative mehr als 30 Stipendiatinnen und Stipendiaten aus unterschiedlichen Regionen, von Zentralasien über Nahost, Subsahara-Afrika und Lateinamerika bis nach Europa. Profitiert vom fortgesetzten Wirken und der Gestaltungskraft gefährdeter Wissenschaftler, Kunst- und Kulturschaffender haben auch die Herkunftsgesellschaften — und nicht zuletzt unsere eigene Gesellschaft.

Vor wenigen Wochen war der zweite Todestag von Martin Roth. Er war mir Freund und Mentor, so wie er vielen Menschen auf der Welt Freund und Mentor war. Er stand für eine engagierte, streitbare und fortschrittliche Kulturpolitik und wir hoffen, dass wir mit dem nach ihm benannten Programm, aber auch mit einer Auswärtigen Kulturpolitik, die sich der Frage »What can culture do?« stellt, seinem Erbe gerecht werden.

*Dieser Artikel erschien in Politik & Kultur 9/2019.*

*Andreas Görgen leitet die Kultur- und Kommunikations-  
abteilung des Auswärtigen Amts.*

# 24 SPRACHEN — DIE POLITIK DER MEHR- SPRACHIGKEIT DER EUROPÄISCHEN UNION RICHARD KÜHNEL

Jedes Jahr feiern wir am 26. September den Europäischen Tag der Sprachen. Dieser Aktionstag geht auf eine Initiative des von der EU unabhängigen Europarates aus dem Jahr 2001, dem Europäischen Jahr der Sprachen, zurück. Die Europäische Kommission hat sich dem Projekt von Anfang an angeschlossen. Das ist nur natürlich, wenn man bedenkt, dass die EU die internationale Organisation mit den meisten Amtssprachen weltweit ist. Zwar hat die EU »nur« 28 Mitgliedstaaten, sie verfügt aber über 24 Amtssprachen — die UNO dagegen mit ihren 193 Mitgliedstaaten hat lediglich sechs Amtssprachen — Arabisch, Chinesisch, Englisch, Französisch, Russisch und Spanisch; der Europarat trotz 47 Mitgliedstaaten sogar nur zwei — Englisch und Französisch.

Wir werden oft gefragt, warum die EU in so vielen verschiedenen Sprachen arbeitet, wenn größere Organisationen mit weniger Sprachen auskommen. Verursacht eine solche Sprachenvielfalt nicht nur unnötigen Verwaltungsaufwand und Kosten?

Die Antwort darauf ist ein klares Nein. Die Notwendigkeit der Mehrsprachigkeit in den EU-Organen ergibt sich einerseits aus der besonderen Natur dieses Staatenbundes: Die Organe der Europäischen Union erlassen — im Gegensatz zu den Organen anderer internationaler Organisationen — Rechtsvorschriften, die für die einzelnen Bürgerinnen und Bürger der EU-Mitgliedstaaten unmittelbar

gelten, d. h. Gesetze, aus denen jedem einzelnen von uns Rechte und Pflichten erwachsen. Daher muss jeder in der Lage sein, die Vorschriften lesen und verstehen zu können. Man kann von niemandem verlangen, dass er sich an Regeln hält, die er nicht versteht — andererseits sind Rechte wirkungslos, wenn den Menschen nicht mitgeteilt wird, welche Rechte dies sind und wie sie diese durchsetzen können. Außerdem verlangt es unser Demokratieverständnis, dass sich jede Bürgerin und jeder Bürger in seiner oder ihrer eigenen Sprache an die EU-Organe wenden und sich damit in das Projekt EU einbringen kann. Würden wir nur in einer, drei oder sechs Sprachen arbeiten, wie manchmal vorgeschlagen wird, würde ein großer Teil der EU-Bevölkerung effektiv von der Kommunikation mit den EU-Institutionen ausgeschlossen, und zwar oft die wirtschaftlich und sozial schwächeren Bevölkerungsschichten, die im Allgemeinen auch über die geringsten Fremdsprachenkenntnisse verfügen. Nur mehrsprachig ist die EU für alle ihre Bürgerinnen und Bürger zugänglich und transparent.

Andererseits ist für die Europäische Kommission die Mehrsprachigkeit auch eine Angelegenheit europäischer Identität. Dass in der EU alle Sprachen gleichberechtigt sind, ist auch ein Ausdruck der Gleichberechtigung und Achtung der verschiedenen Mitgliedstaaten, ihrer Bürgerinnen und Bürger und ihrer Kultur, unabhängig von Größe oder Wirtschaftsleistung.

Schon die Gründer der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, der Vorläuferin der Europäischen Union, waren sich einig, dass die Sprache ein wichtiges Element der nationalen Kultur und Identität ist. Deswegen war es undenkbar, dass einige Staaten zugunsten einer anderen Sprache auf ihre eigene Sprache verzichten sollten. Die erste Verordnung, die erlassen wurde, war dementsprechend auch die Verordnung 1/58 zur Regelung der Sprachenfrage. Darin wird verfügt, dass »Verordnungen und andere Schriftstücke von allgemeiner Geltung ... in den (also allen; Anm. d. V.) Amtssprachen abgefasst« werden. Diese Sprachen sind in Artikel 1 namentlich aufgeführt. Der betreffende Artikel wurde im Zuge des Beitritts neuer Länder immer wieder geändert und um neue Amtssprachen ergänzt.

In diesem Artikel findet sich im Übrigen auch die Antwort auf die vielfach gestellte Frage nach dem Los des Englischen bei einem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU: Solange das Englische in der Verordnung 1/58 verankert ist, bleibt es Amtssprache. Um das Englische zu streichen, müsste die Verordnung geändert werden. Dafür wäre aber Einstimmigkeit der Mitgliedstaaten erforderlich, was angesichts der Tatsache, dass das Englische weiterhin Amtssprache in zwei Mitgliedstaaten (Irland und Malta) ist, undenkbar erscheint. Es wäre zudem absurd, uns einer Weltsprache zu begeben, die nicht nur bei internationalen Verhandlungen der EU eine wichtige Rolle spielt, sondern auch zwischen Europäerinnen und Europäern gesprochen wird.

Um diesen Ansprüchen gerecht zu werden, beschäftigt die Europäische Kommission den größten Übersetzungs- und Dolmetschdienst der Welt. Auch viele andere EU-Organe — beispielsweise das Europäische Parlament, der Rat, die Europäische Zentralbank, der Ausschuss der Regionen, der Wirtschafts- und Sozialausschuss, die Europäische Investitionsbank, der Europäische Gerichtshof oder der Europäische Rechnungshof — verfügen über eigene Sprachendienste. Insgesamt arbeiten rund 4.200 Übersetzerinnen und Übersetzer sowie ungefähr 1.000 Dolmetscherinnen und Dolmetscher bei der EU.

Wir werden oft gefragt, ob diese Mehrsprachigkeit nicht »unnötig teuer« sei. Der (ideelle) Wert von Transparenz, Zugänglichkeit und Kommunikation lässt sich nicht quantifizieren; die Kosten dagegen natürlich schon: Diese belaufen sich für die Übersetzung und Verdolmetschung in allen EU-Einrichtungen zusammen auf ca. eine Milliarde Euro im Jahr. Das mag sich viel anhören, entspricht aber weniger als einem Prozent des EU-Haushalts und 0,009 Prozent des EU-Bruttoinlandsproduktes. Das bedeutet, dass die Mehrsprachigkeit jeden EU-Bürger und jede EU-Bürgerin weniger als zwei Euro pro Jahr kostet.

Die EU lebt die Mehrsprachigkeit aber nicht nur in ihren Organen, sie möchte diese auch in der EU-Bevölkerung fördern. Erklärtes Ziel ist es, dass alle EU-Bürgerinnen und -Bürger zusätzlich zu ihrer Muttersprache zwei Fremdsprachen sprechen. Dieses Postulat wurde von den Europäischen Staats- und Regierungschefs 2008 in ihrer »Europäischen Strategie für Mehrsprachigkeit« festgelegt und erst im November 2017 auf dem Sozialgipfel von Göteborg erneut bestätigt.

Hintergrund ist dabei zunächst die ganz praktische Überlegung, dass die EU-Bürgerinnen und -Bürger einen der größten Vorteile des gemeinsamen Binnenmarktes — die Arbeitnehmerfreizügigkeit bzw. die Niederlassungsfreiheit — nur dann wirklich voll ausnutzen können, wenn sie über entsprechende Fremdsprachenkenntnisse verfügen. Ein Studium, ein Praktikum oder eine Berufstätigkeit im Ausland ist meist nur dann möglich, wenn man die Landessprache zumindest teilweise beherrscht, auch die Integration im neuen Wohnland wird dadurch erleichtert.

Die Mobilität der Arbeitnehmer hat sowohl individuelle als auch volkswirtschaftliche Vorteile: Der Einzelne kann von mehr Angeboten und Chancen profitieren, als wenn er auf den heimischen — mehr oder weniger großen — Arbeitsmarkt beschränkt wäre; auf volkswirtschaftlicher Ebene ermöglicht sie eine bessere Abstimmung von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt und trägt damit zur allgemeinen Wirtschaftsleistung bei.

Aber auch auf dem nationalen Arbeitsmarkt sind Fremdsprachenkenntnisse in Zeiten zunehmender internationaler Vernetzung ein großes Plus: Studien legen nahe, dass gute Kenntnisse einer Fremdsprache — insbesondere des

Englischen, aber nicht nur — erhebliche Gehaltsvorteile mit sich bringen. Das Erlernen von Fremdsprachen darf aber nicht rein utilitär gesehen werden; jede Fremdsprache eröffnet eine neue Kultur, eine neue Literatur, eine neue Geschichte, neue Freundschaften, neue Erkenntnisse — kurz, sie erweitert den Horizont. Man lernt andere Menschen besser verstehen, was Toleranz und Empathie fördert; Eigenschaften, die für ein fruchtbares Miteinander im heutigen Europa unerlässlich sind.

*Dieser Artikel erschien in Politik & Kultur 5/2018.*

*Richard Kühnel war zu diesem Zeitpunkt Vertreter der Europäischen Kommission in Deutschland.*

# FÜR EINEN OLAF ZIMMERMANN GERECHTEN WELT- HANDEL UND FÜR MEHR BETEILIGUNG DER ZIVILGESELLSCHAFT

Die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik (AKBP) soll neben den politischen und wirtschaftlichen Beziehungen die »dritte Säule« der deutschen Außenpolitik sein. Und ohne Zweifel ist die AKBP ein Pfund, mit dem Deutschland im Ausland eine gute Figur macht. Die Ziele der AKBP sind hochgesteckt: Schaffung eines stabilen Fundaments für die internationalen Beziehungen durch die Koproduktion von Wissen und Kultur und den Dialog zwischen den Menschen, Förderung der deutschen Sprache in Europa und in der Welt, Beitrag zur weltweiten Krisen- und Konfliktprävention, Förderung der europäischen Integration, Erhalt der kulturellen Vielfalt auf der Welt, Präsentation Deutschlands als modernen, attraktiven Standort für Bildung, Wissenschaft, Forschung und berufliche Entwicklung, Präsentation Deutschlands als Land mit einer weltbekannten, kreativen und vielfältigen Kulturszene und die Vermittlung eines wirklichkeitstreuen und lebendigen Deutschlandbilds.

Die AKBP ist eine wichtige Nahtstelle zwischen In- und Ausland und verlangt dabei besondere Sensibilität. Denn es geht auf der einen Seite darum, Deutschland, die deutsche Sprache und Kunst im Ausland zu präsentieren. Also eine Art Schaufenster für Deutschland zu sein und mit den Mitteln der Künste, die Diskussionen in Deutschland sichtbar zu machen und Interesse am Lernen der deutschen Sprache zu wecken. Dazu gehört auch, Kunst aus Deutschland im



Ausland zu zeigen und gegebenenfalls Kunst zu exportieren. Das ist die Blickrichtung von Deutschland nach außen. Zugleich bietet die AKBP die Chance des Blicks von außen auf Deutschland. Hier geht es darum, mit Fingerspitzengefühl und Gespür für die Kunstszene vor Ort zu erfassen, welche künstlerischen Impulse es gibt und welcher kulturpolitische Diskurs geführt wird.

Besonders positiv an der AKBP in dieser Legislaturperiode ist, dass sie nicht mehr für die Anbahnung von Kontakten für die deutsche Wirtschaft missbraucht werden soll. Auch ist die Finanzierung der AKBP in dieser Legislaturperiode in ruhige Fahrwasser gekommen. Die Mittlerorganisationen werden nicht mehr kaputtgespart, sondern im Gegenteil weitgehend auskömmlich finanziert. Der Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier macht als Kulturpolitiker einen guten Job. Und trotz dieser positiven Zwischenbilanz der AKBP in dieser Legislaturperiode bleiben Fragen.

Die wichtigsten Partner des Auswärtigen Amtes bei der Umsetzung der AKBP sind nach seinen eigenen Angaben die sogenannten Mittlerorganisationen wie das Goethe-Institut, der Deutsche Akademische Austauschdienst, die Alexander von Humboldt-Stiftung, das Institut für Auslandsbeziehungen, die Deutsche UNESCO-Kommission, das Deutsche Archäologische Institut und andere. In der AKBP sind aber eine Vielzahl weiterer Akteure aktiv. Neben den Mittlerorganisationen sind es Künstlerverbände, Verbände der kulturellen Jugendbildung, kulturwirtschaftliche Organisationen und nicht zuletzt die Kirchen. Aus dieser Vielzahl resultiert auch eine Heterogenität der Zielsetzungen. Sehen die einen den Export von Kulturgütern und -dienstleistungen aus Deutschland als besonders wichtig an, stehen für andere der Künftlerausaustausch und die Präsentation von Kunst im Aus- und Inland im Vordergrund. Setzen einige den Akzent auf die Vermittlung deutscher Sprache, stellen andere den Know-how-Transfer in den Mittelpunkt. Die nächsten erwarten neue künstlerische Ausdrucksformen, die aus der Begegnung entstehen. Aus gutem Grund wird die AKBP von einer Vielzahl zivilgesellschaftlicher Akteure realisiert. Diese zivilgesellschaftlichen Akteure haben andere Möglichkeiten der Kooperation und des Austausches als staatliche Institutionen. Dies gilt vor allem im Hinblick auf den Kulturdiskurs, die Zusammenarbeit mit Künstlern in der Opposition und anderem mehr. Die deutschen zivilgesellschaftlichen Akteure der AKBP sind in der Kulturszene in Deutschland verwurzelt und mit den Kulturszenen im Ausland vertraut. Sie können eigene Akzente setzen, um partnerschaftlich mit ausländischen Akteuren die AKBP mit Leben zu füllen. In dieser Legislaturperiode hat die Konzentration des Auswärtigen Amtes auf die Arbeit der Mittlerorganisationen noch einmal zugenommen, ist das wirklich der richtige Weg? Und müsste sich die AKBP, ganz im Sinne der UNESCO-Konvention über den Schutz und die Förderung der Vielfalt kulturel-

ler Ausdrucksformen, nicht auch deutlich sichtbarer als heute für einen gerechten Welthandel einsetzen. Dazu gehört auch, den Kulturimport aus den Ländern des Südens zu stärken und sich für gerechte Handelsbeziehungen zwischen Nord und Süd starkzumachen. AKBP wäre so ein Anwalt für eine gerechtere Globalisierung. Müsste der Bundesaußenminister in diesem Sinne nicht einer der stärksten Gegner von TTIP, CETA und den anderen sogenannten Freihandelsabkommen sein, die ja gerade den freien Handel auf Kosten der Länder des Südens perpetuieren möchten?

Die AKBP muss in der globalisierten Welt neue Antworten geben. Deutschland ist als Mitglied der Europäischen Union eingebunden in globale Diskussions- und Entscheidungsprozesse. Die Gewichte in der Welt verschieben sich, neue aufstrebende Nationen gewinnen politisch und wirtschaftlich an Stellenwert. Zugleich hat der alte Ost-West-Konflikt wieder an Bedeutung gewonnen. Deutschland als bedeutende Industrie- und Kulturnation kommt in der sich verändernden Welt eine wichtige Rolle zu. Vor diesem Hintergrund muss es darum gehen, eine Neupositionierung der AKBP vorzunehmen, die sich als Teil des Nord-Süd-Dialogs versteht und sich für einen gerechten Welthandel einsetzt und mit der Kultur- und Bildungspolitik des Inlands eng verbunden ist. Und es muss darum gehen, die gesamte Breite der Zivilgesellschaft in die AKBP einzubinden.

In weniger als einem Jahr wird der Deutsche Bundestag neu gewählt. Sicherlich wird im Vorfeld wieder darüber debattiert werden, ob wir nicht endlich in Deutschland ein Bundeskulturministerium, wie in so gut wie jedem anderen Land der Welt üblich, brauchen. Dabei wird sich auch wieder die Frage stellen, ob die AKBP nicht Teil dieses Ministeriums sein sollte? Gerade weil die Kulturpolitik im Inland und die AKBP enger verknüpft werden müssen, sollten allen Optionen jetzt vorurteilsfrei geprüft werden. Die Einrichtung eines Bundeskulturministeriums ist kein Angriff auf die AKBP, sondern eigentlich eine politische Selbstverständlichkeit. Nur wir Deutschen leisten uns den »Luxus«, in Europa ohne ein nationales Kulturministerium auszukommen.

*Dieser Artikel erschien in Politik & Kultur 6/2016.*

*Olaf Zimmermann ist Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates.*

# AUSWÄRTIGE KULTURPOLITIK IN ZEITEN DER GUIDO WESTERWELLE GLOBALISIERUNG

Frieden und Sicherheit im 21. Jahrhundert ist mehr als nur die Abwesenheit von Krieg. In einer zunehmend vernetzten und interdependenten Welt, deren Bevölkerung auf mehr als sieben Milliarden Menschen angewachsen ist, ist der Frieden durch vielerlei Gefahren bedroht, die vom Bevölkerungswachstum übersteigende Nahrungsmittelpreise bis zu Wasserknappheit und Veränderungen der Umwelt reichen. Es wäre daher ein fatales Missverständnis, Sicherheit nur militärisch zu definieren. Frieden und Sicherheit wird es nicht ohne die Beachtung fundamentaler Werte geben: Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Unfreiheit und Repression münden letztlich in inneren und äußeren Konflikten. Wir müssen daher unsere Zivilgesellschaften und Volkswirtschaften noch mehr füreinander öffnen und sie miteinander verflechten.

Europa ist durch die Schuldenkrise in die tiefste Vertrauenskrise seit Gründung der Europäischen Union gestürzt. Wir erleben, dass vergessene geglaubte nationale Stereotypen wiederbelebt werden. Manche überziehen die europäische Idee heute leichtfertig mit Kritik. Manche nehmen die überaus positiven Errungenschaften, Freiheiten und Möglichkeiten, die den europäischen Bürgerinnen und Bürgern seit den Anfängen der EU zuteilwurden, allzu leicht als Selbstverständlichkeit. Richtig ist: Die europäische Einigung ist die Grundlage des friedlichen Zusammenlebens der europäischen Völker seit mehr als sechs Jahrzehnten. Für Deutschland gibt es keine gute Zukunft ohne ein vereintes Europa. Europa ist unsere Schicksalsgemeinschaft. Wir brauchen ein wirtschaftlich starkes und ein politisch geeintes Europa. Wir brauchen mehr Europa und nicht weniger Europa.

Unsere Partnerschaften in Europa und über den Atlantik sind das Fundament unserer Außenpolitik. Wir dürfen aber nicht die Augen vor dem Offenkundigen verschließen: Die Welt befindet sich in einem tief greifenden Wandel. Das Internet überwindet nationale Grenzen und kann gesellschaftliche und politische Meinungsbildungsprozesse in einer bisher so nicht denkbaren Intensität beeinflussen. Wirtschaftliche Kraftzentren entstehen neu, in Asien, in Lateinamerika und anderswo. Vieles beschleunigt sich, Gewichte verschieben sich weltweit – wirtschaftlich, politisch, demographisch. Globalisierung bedeutet mehr Wettbewerb.

Wir sehen in den wirtschaftlich aufstrebenden Ländern mehr als »Schwellenländer«. Sie sind neue Gestaltungsmächte. Viele von ihnen sind längst auch politisch und kulturell zu neuen Kraftzentren geworden. Sie übernehmen Verantwortung und erheben einen stärkeren Gestaltungsanspruch in der internationalen Politik. Mit ihnen wollen wir neue Partnerschaften eingehen. Denn wer Globalisierung gestalten will, braucht starke Partner. Um den weltweiten Wandlungsprozess sichtbar zu machen und die Folgerungen zu definieren, die sich daraus für einen wichtigen Bereich der Außenpolitik ergeben, habe ich im vergangenen September die Konzeption »Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik in Zeiten der Globalisierung – Partner gewinnen, Werte vermitteln, Interessen vertreten« der Öffentlichkeit vorgestellt. Damit kann sich die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik (AKBP) nach mehr als zehn Jahren wieder auf eine aktuelle außenpolitische Richtungsbestimmung stützen.

Die Bundesregierung hat den Stellenwert der AKBP im Koalitionsvertrag besonders betont und sie als eine »tragende Säule der deutschen Außenpolitik« gewürdigt. Den Anspruch, sie »finanziell bestmöglich« auszustatten, nehmen wir ernst. Im aktuellen Haushaltsjahr ist es uns gelungen, den Etat der AKBP mit 785 Millionen Euro auf eine historische Rekordmarke zu heben. Das ist sehr gut angelegtes Geld, eine Zukunftsinvestition für unser Land. Mit der AKBP wirken wir in die Mitte der Gesellschaften und wir schaffen Netzwerke für eine langfristige Zusammenarbeit. Über die drei großen Bereiche der AKBP, den inzwischen 1.500 Schulen im Partnerschulnetzwerk, den 150 Goethe-Instituten und den jährlich über 40.000 geförderten ausländischen Studierenden und Akademikern erreichen wir hunderttausende überwiegend junge Menschen in der ganzen Welt. Projekte aus dem Bereich des Sports spielen dabei eine ebenso wichtige Rolle wie der Einsatz neuer Kommunikationsformen im Internet (soziale Medien, Web 2.0). Wir vermitteln ein modernes und wirklichkeitsgetreues Bild von Deutschland im Ausland: Eine wertebasierte deutsche Gesellschaft, die für Offenheit und Toleranz, für Freiheit, Leistungsbereitschaft und Innovation steht. Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik schafft Vertrauen.

Damit leistet sie einen wichtigen Beitrag, um unsere außenpolitischen Ziele zu verwirklichen. Als integraler Bestandteil der deutschen Außenpolitik ist die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik mehr als eine bloße Visitenkarte, mit der Deutschland sich einem kulturell beflissenen Publikum im Ausland empfiehlt. Die neue Konzeption erschöpft sich nicht in dem Anspruch, die Rahmenbedingungen für die AKBP aufzuzeigen. Sie bildet die Grundlage eines Prozesses, durch den wir gemeinsam mit unseren Partnern im In- und Ausland die Strukturen und Instrumente der AKBP an die Realitäten des 21. Jahrhunderts anpassen wollen. Unsere kulturelle Präsenz im Ausland muss den Zielen der Außenpolitik folgen. Für die Länder in Mittel- und Osteuropa gibt es hier ebenso Handlungsbedarf wie etwa in der arabischen Welt.

Unsere Außenpolitik wird von Werten und von Interessen bestimmt. Freiheit und Toleranz, Demokratie und Rechtsstaat, Achtung der Menschenrechte, Herrschaft des Rechts, Meinungsfreiheit — das sind Werte, für die Deutschland und unsere Außenpolitik stehen. Für diese Werte wollen wir aktiv werben und sie verbreiten. Sie bilden das Fundament, auf dem Gesellschaften sich friedlich entwickeln und der Einzelne sich frei entfalten kann.

Auch der Dialog über den Begriff der Freiheit gehört zu unserem Kulturdialog im Ausland. Bei der Eröffnung der Ausstellung zur »Kunst der Aufklärung« in Peking habe ich dies sehr deutlich gemacht: »Die Freiheit des Einzelnen ist die Grundlage für bessere Ergebnisse für alle.« Mit Veranstaltungen wie diesen wollen wir auch künftig den offenen Austausch mit anderen Gesellschaften anregen und beständig darauf hinwirken, dass nicht eine Ideologie, sondern der Mensch selbst in den Mittelpunkt der Politik gerückt wird. Wir brauchen die geistige Offenheit des internationalen Austauschs.

Der Aufbruch in Teilen der arabischen Welt ist eine große Chance. Offene Gesellschaften und freiheitliche Demokratien entstehen nicht über Nacht. Wir unterstützen den Neuanfang nach Kräften und wollen, dass er auch im Kultur-austausch spürbar wird. Die »Tahrir-Lounge« des Goethe-Instituts im Herzen Kairos ist ein hervorragendes Beispiel für die Forderung eines zivilgesellschaftlichen Dialogs. Wir haben ferner »Transformationspartnerschaften« gegründet, die den Ländern in Nordafrika und Nahost zugutekommen. In diesem und im kommenden Jahr stehen daraus je 20 Millionen Euro für die AKBP zur Verfügung. Zu einem großen Teil werden sie zur Förderung von Bildungsprojekten verwendet werden.

Bildung befähigt Menschen überall dazu, ihr individuelles Potenzial zu entwickeln und auszubauen. Bildung wird künftig immer stärker über Erfolg oder Misserfolg entscheiden. Sie wird zu einer Schlüsselressource im 21. Jahrhundert. In Bildung und Wissen zu investieren heißt, Chancen zu eröffnen und Zukunft

zu sichern. Das gilt für den Einzelnen ebenso wie für ganze Gesellschaften, für die Nord- ebenso wie für die Südhalbkugel, für Industrienationen und für Entwicklungsländer gleichermaßen.

Deutschland steht aufgrund seiner demographischen Entwicklung vor besonderen Herausforderungen. Angesichts einer schrumpfenden Bevölkerungszahl ist die Frage nicht mehr ob, sondern in welchem Maße wir auf Zuwanderung angewiesen sind, damit wir den Wohlstand und die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes halten können. Indem sie Studierende, Forscher und Wissenschaftler aus dem Ausland fördert, leistet die AKBP mehr als nur einen Beitrag zur Internationalisierung der deutschen Forschung.

In diesem Zusammenhang hat das Erlernen der deutschen Sprache eine besondere Bedeutung. Wer Deutsch lernt, erwirbt den wichtigsten Schlüssel zu unserer Kultur. Wir wollen junge Menschen für die deutsche Sprache begeistern und ihnen so Türen zur Wissenschaft, Wirtschaft und Kultur öffnen. Fast 15 Millionen Menschen lernen gegenwärtig weltweit Deutsch als Fremdsprache. Aber diese Zahl geht deutlich zurück. Die Förderung der deutschen Sprache ist daher ein Schwerpunkt und eine Querschnittsaufgabe der AKBP. Wir müssen zugleich dafür sorgen, dass das durch Sprachkurse geweckte Interesse an Deutschland später durch entsprechende Aufenthalts- und Arbeitsmöglichkeiten befriedigt werden kann.

Die Herausforderungen im 21. Jahrhundert können wir nur dann erfolgreich bestehen, wenn wir die drei Säulen der Außenpolitik Diplomatie, Wirtschaft und Kultur zusammen nutzen. Damit sichern wir die Zukunft Deutschlands in Europa und im globalen Wettbewerb. Wir brauchen eine neue Verflechtung im Auftritt nach außen. Dies erreichen wir mit innovativen Formaten, etwa im Rahmen der Deutschlandjahre, die wir in China, Indien, Russland und Brasilien durchführen.

Die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik wird damit auch in Zukunft ihre wichtige Rolle bei der Umsetzung der Ziele der deutschen Außenpolitik wirkungsvoll, sichtbar und im Interesse unseres Landes wie dem unserer Partner ausfüllen.

*Dieser Artikel erschien in Politik & Kultur 3/2012.*

*Guido Westerwelle war zu diesem Zeitpunkt Bundesminister des Auswärtigen.*

# SELBSTBEZÜGLICH UND EINGEIGELT? — AUSWÄRTIGE KULTUR- UND BILDUNGS- POLITIK UND DIE ROLLE DER ZIVIL- GESELLSCHAFT OLAF ZIMMERMANN UND GABRIELE SCHULZ

Als der Deutsche Kulturrat 2006 seine Stellungnahme zur Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik veröffentlichte, war ein Raunen zu vernehmen. Ein Raunen, warum sich der Deutsche Kulturrat, der sich vornehmlich mit der Kultur und Kulturpolitik im Inland befasst, auf einmal zur Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik äußert. Die Sorge bei einigen Mittlerorganisationen der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik, ob sich da vielleicht ein neuer Mitspieler positioniert, war deutlich zu spüren. Erfreulicherweise entstand nach Veröffentlichung der Stellungnahme eine erste Diskussion, was alles unter Auswärtiger Kultur- und Bildungspolitik verstanden werden sollte. Gerade vom letzteren Aspekte erhoffte sich der Deutsche Kulturrat die nachhaltigste Wirkung.

Fast schon eine Plattitüde ist es, wenn davon gesprochen wird, dass Kulturinnen- und Kulturaußenpolitik eng miteinander verbunden sind. Welche Kunst sollte denn sonst im Ausland gezeigt werden, als die im Inland entstan-

dene, erdachte, entwickelte, und zwar Kunst von Menschen, die in Deutschland leben, weshalb zu Recht von Kunst und Kultur aus Deutschland und nicht von deutscher Kultur die Rede ist. Insofern haben kulturpolitische Entscheidungen im Inland durchaus Auswirkungen auf die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik. Zu denken ist etwa an die Förderung der großen Sinfonieorchester, die in der ganzen Welt spielen und damit auch von der Leistungsfähigkeit deutscher Kunsthochschulen Zeugnis ablegen. Denn viele der jungen japanischen oder koreanischen Orchestermitglieder haben in Deutschland, dem Musikausbildungs- und Musikproduktionsland, ihre Ausbildung absolviert. Einen wichtigen Beitrag leisten hier auch die aus Gebühren finanzierten Rundfunkorchester, die nicht nur die Rundfunkhörer im Sendegebiet mit ihrer Kunst erfreuen, sondern ebenso in Japan, in Korea, in Südamerika und wer weiß wo auf der Welt begeisterte Anhänger haben. Und wenn wir bei der Musik bleiben, so gehört das vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend geförderte Bundesjugendorchester ebenso zu jenen Botschaftern, die die Leistungsfähigkeit der Musikförderung in Deutschland unter Beweis stellen und junge Menschen ermutigen, nach Deutschland zu kommen, um hier Musik zu studieren.

Deutschland ist bei ausländischen Studierenden künstlerischer Fächer ein sehr beliebtes Studienland, weil die Ausbildung an deutschen Musikhochschulen aufgrund ihrer hohen Qualität sehr geschätzt wird und es zugleich viele Möglichkeiten gibt, in Orchestern oder Kammermusikensembles das Gelernte zu erproben. Das, was im Inland teilweise als Last erscheint, die Vielzahl an Kulturinstitutionen, hier speziell der Orchester, wird im Ausland als besondere Stärke Deutschlands geschätzt. Ähnliches ließe sich von der deutschen Theaterlandschaft sagen. Indem Kunst aus Deutschland im Ausland gezeigt wird, wird die Exzellenz Deutschlands in der Kultur deutlich. Denn nicht nur deutsche Autos, Kühlschränke oder Herde erfahren eine Anerkennung im Ausland, auch Kunst aus Deutschland. Und genauso wie deutsche Autos, Kühlschränke oder Herde von Menschen ganz unterschiedlicher Herkunft montiert werden, schaffen Menschen mit verschiedenen Wurzeln Kunst aus Deutschland.

Kunst und Kultur aus Deutschland, das sind aber eben nicht nur Großausstellungen in Schwellenländern, mit denen die wirtschaftlichen Beziehungen intensiviert werden sollen. Kunst und Kultur im Ausland zu präsentieren, heißt die Pflege von Städtepartnerschaften, heißt internationaler Jugendaustausch, heißt Seniorenbegegnungen, heißt kirchliche Auslandsarbeit, heißt Kulturaustausch im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit. Viele Institutionen, Verbände und Organisationen, viele verschiedene Ministerien, unterschiedliche Stiftungen und die sogenannten Mittlerorganisationen sind in diesem Feld aktiv. Weder ist die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik ein alleiniges Thema des Auswärtigen



tigen Amts noch der Mittlerorganisationen. Wenn Deutschland sich als weltoffenes Land versteht, muss viel offensiver und über die begrenzten Möglichkeiten des Auswärtigen Amtes hinaus der Austausch mit und über Kunst gesucht werden. Zivilgesellschaftliche Organisationen, Verbände, Vereine, Zusammenschlüsse können dabei eine Schlüsselstellung einnehmen. Sie stehen eben nicht für das staatliche, sondern für das bürgerschaftliche Engagement. Sie ermöglichen Begegnungen von Menschen und können begeistern für Kunst und Kultur aus Deutschland. Internationale Künstlerverbände schaffen darüber hinaus ganz eigene Begegnungs- und Austauschmöglichkeiten.

Der Deutsche Kulturrat hatte dieses zivilgesellschaftliche Engagement in den Mittelpunkt seiner Stellungnahme zur geplanten Neuausrichtung der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik im Oktober 2006 gerückt. Er hat auf die Vielfalt der Akteure hingewiesen und einige beispielhaft genannt. Ein besonderes Augenmerk hat der Deutsche Kulturrat auf die Autonomie der Träger gelegt und unterstrichen, dass die Träger der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik im Ausland ideologiefreie Orte anbieten, in denen die Meinungs- und Informationsfreiheit geachtet wird und in denen ein ungehinderter Zugang zu Kunst und Kultur möglich ist. Dieses ist ein hohes Gut und vermittelt indirekt Werte wie Meinungsfreiheit, Informationsfreiheit, Kunstfreiheit, Menschenrechte.

Ebenso ist der Deutsche Kulturrat in der genannten Stellungnahme auf den Eigenwert von Kunst und anderer Kulturleistungen eingegangen. Sie haben als ästhetische Werke einen Eigensinn und individuelle ästhetische »Handschriften«. Dieser Eigenwert der Künste darf nicht zu Gunsten der Vermittlung von Werten, wie Menschenrechte oder Demokratie, in den Hintergrund treten.

Zu beachten ist, dass sich die Kulturpolitik im Ausland an unterschiedliche Zielgruppen richtet. Nämlich zum einen an jene, deren Interesse an Deutschland geweckt und denen ein positives Deutschlandbild vermittelt werden soll. Zum anderen an solche, die sich für Deutschland bereits interessieren, sei es, dass sie in Deutschland gelebt haben oder über die deutsche Sprache eng mit dem Land verbunden sind. Die dritte Zielgruppe besteht aus jenen Deutschen, die im Ausland leben. Die einzelnen Zielgruppen müssen spezifisch angesprochen und ihnen müssen auf sie zugeschnittene Angebote unterbreitet werden.

Hinzu kommen in wachsendem Umfang europäische Initiativen, die verstärkt einer deutschen Beteiligung und Unterstützung bedürfen. Die Verständigung in Europa mit Hilfe der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik darf nicht vernachlässigt werden. Der europäische Einigungsprozess ist gesellschaftlich und kulturell noch nicht so gesichert, als dass Europa als Zielregion für die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik vernachlässigt werden dürfte. Gerade hier in Europa besteht die Erwartung, deutsche Kunst- und Kulturangebote wahrnehmen,

die deutsche Sprache erlernen und Partner für gemeinsame Initiativen finden zu können. Unumgänglich ist die Etablierung einer eigenständigen europäischen Kulturpolitik, die nicht auf die Förderung der Kreativwirtschaft reduziert wird. Der Deutsche Kulturrat hat in seiner Stellungnahme eine integrierte Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik eingefordert, die abseits des Ressorts- und Zuständigkeitsdenkens das Politikfeld als solches in den Blick nimmt. Die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik ist heute, trotz der voranschreitenden Globalisierung und dem drängender werdenden Erfordernis einer integrierten Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik, weiter als zuvor davon entfernt. Die neuen Leitlinien zur Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik wurden zwar einem Kreis zivilgesellschaftlicher Akteure, darunter auch dem Deutschen Kulturrat, vorgestellt, eine Diskussion oder gar Einflussnahme war nicht erwünscht. So entsteht der Eindruck einer selbstbezüglichen, eingegelten Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik des Auswärtigen Amtes, die die Diskurse in anderen gesellschaftlichen Feldern kaum wahrnimmt. Schade, eigentlich gerade für ein weltoffenes Deutschland.

*Dieser Artikel erschien in Politik & Kultur 3/2012.*

*Olaf Zimmermann ist Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates.*

*Gabriele Schulz ist Stellvertretende Geschäftsführerin des*

*Deutschen Kulturrates.*

# KÜNSTLER ALS SCHRITTMACHER MODERNER MONIKA GRÜTTERS GESELLSCHAFTEN — DIE AUSWÄRTIGE KULTUR- UND BILDUNGSPOLITIK

Der niederländische Schriftsteller Cees Nooteboom stellte einmal die Frage, ob nicht die Lektüre der Bibel auch für diejenigen obligatorisch sein sollte, die nie mehr eine Kirche von innen sehen werden. Müssen wir akzeptieren, dass es bei uns ein immer kleiner werdender Kreis ist, der überhaupt noch eine Ahnung davon hat, was in der Bibel geschrieben steht und was somit auch den Kern unserer abendländischen Tradition und Kultur ausmacht?

Die notwendige Einheit einer Gesellschaft und Nation setzt eine Selbstvergewisserung durch die eigene Kultur und Identität voraus. Nur wer seine eigene Kultur kennt und schätzt, kann mit Menschen anderer kultureller Prägungen in einen fruchtbaren Dialog treten. Deutschland hat in den vergangenen Jahrhunderten nicht zuletzt durch Zuwanderung und Integration seine Prägung als europäische Kulturnation erfahren. Unsere Kultur ist in ihrer stilistischen Vielfalt und der Fülle ihrer Ausdrucksformen auch das Resultat zahlreicher Einflüsse anderer Kulturen. Doch wie sind die Beziehungen zwischen den christlichen Wurzeln unserer Kultur und den Veränderungen in unserer gegenwärtigen Lebenswelt? Immer wieder wollen und müssen wir die kulturbildenden Potenziale in

der Überlieferung des Christentums auf ihre Leistungsfähigkeit und Inspirationskraft heute befragen. Wenn eine Kultur sich zunehmend von ihren Wurzeln entfernt, erweitert, aber verändert sie sich auch. Kulturell pluralistische Gesellschaften sind nicht frei von Konflikten. Aber haben nicht gerade Kunst und Kultur das Potential, unterschiedliche Kulturen, Künste, Sprachen, Gebräuche und Wertevorstellungen zusammenzubringen und vielleicht gar zu einer Sprache werden zu lassen?

Kunst und Kultur sind immer auch Ausdruck von Humanität. Mehr als andere Politikfelder sucht die Kulturpolitik daher nach Antworten auf die Fragen nach den Kräften und Werten, die unsere Gesellschaft zusammenhalten — ähnlich, wie es die Religionen und ihre Gläubigen tun. Religion, Kirche und Kultur sind keineswegs deckungsgleich, sondern stehen oft in einem spannungsvollen Verhältnis zueinander. Gemeinsam ist ihnen, dass sie neue Perspektiven eröffnen, den Blick über Vordergründiges hinaus lenken, das Leben deuten wollen. Gerade die Kunst in allen ihren Sparten, die Künstler selbst sind es, die auch immer Grenzen ausloten.

Auch in der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik (AKBP) geht es uns um die Vermittlung von Werten — um Freiheit, Demokratie und Menschenrechte. Mit einem weitverzweigten Netzwerk an Mittlerorganisationen sind wir weltweit aktiv. ein Ziel unserer Bemühungen ist es, Begegnungen und Austauschprozesse zwischen den kulturellen Milieus im In- und Ausland zu intensivieren. Je mehr Künstler die Möglichkeit erhalten, für einen längeren Zeitraum Gast in einem anderen Land zu sein, desto stärker werden ihre Eindrücke der fremden Kultur, desto mehr Zeit gibt es für den intensiven Austausch und desto stärker wird andererseits der Eindruck, den sie hinterlassen und wieder mit »nach Hause« bringen.

Diese kulturelle Programmarbeit übernehmen in erster Linie unsere Mittlerorganisationen: das Goethe-Institut mit seinem dichten Netz von Kulturinstituten, das Institut für Auslandsbeziehungen (ifa) und der DAAD mit seinem weltweiten Lektorennetz und in Deutschland dem Berliner Künstlerprogramm (BKP). Sie alle fördern die Vernetzung von Künstlern untereinander; sie vermitteln ein Bild von der hohen Qualität und großen Vielfalt des künstlerischen Schaffens in Deutschland und tragen zu einem modernen Deutschlandbild bei, denn sie alle leben von der Wirkung der universalen Sprache der Musik, des Tanzes, der Bildenden Künste und Kultur.

Dabei ist das bedeutendste Merkmal deutscher Kulturpolitik die im Grundgesetz verbriefte Freiheit der Kunst. Sie ist der Grund für die auskömmliche Finanzierung der Kultur durch den Staat. So sollen nicht nur das kulturelle Erbe geschützt, sondern vor allem auch eine künstlerische Avantgarde möglich gemacht werden. Das hier nötige experimentieren schließt immer das Risiko des

Scheiterns mit ein — aber nur so wird Fortschritt möglich. Dieser geht der gesellschaftlichen Wirklichkeit, auch der Wirtschaft, voraus. Und die großen Freiheiten, die Kultur und Wissenschaft in Deutschland genießen, schließen in jedem Fall religiöse Aspekte und Freiheiten mit ein. Viele heutige Konflikte sind kulturell grundiert, deshalb bekommen diese Fragen eine immer größere Bedeutung. Und wer könnte sensibler, empathischer, phantasievoller, also besser damit umgehen als Künstler und Intellektuelle? Auch deshalb spielen artist-in-residence-Programme eine bedeutende Rolle in einer nachhaltigen (auswärtigen) Kulturpolitik. Oper ist in Vietnam geradezu unbekannt; trotzdem ermöglichte das Goethe-Institut zum Abschluss des Deutschlandjahrs in Vietnam ein außergewöhnliches, interdisziplinäres Musiktheaterprojekt, das am 14. Januar 2011 in Hanoi Premiere feierte: mehr als 100 Künstler, Sänger, Tänzer und Musiker aus Europa und Vietnam haben Wochen lang gemeinsam geprobt, um den Parzival-Stoff nach einem Libretto von Tankred Dorst in Hanoi neu auf die Bühne zu bringen — und es wurde ein interkulturelles Fest mit großer Integrationskraft.

Um unsere engen und vielschichtigen Beziehungen zur Türkei zu stärken, planen wir, nach dem Vorbild der Villa Massimo in Rom und ähnlicher Stipendienprogramme der Goethe-Institute auch in dem Istanbul Stadtteil Tarabya auf dem Gelände der historischen Botschaftsresidenz eine Künstlerakademie: Künstlerinnen und Künstler sollen auch hier die Möglichkeit erhalten, für einen längeren Zeitraum an einem ihnen fremden Ort zu leben, zu arbeiten und sich auszutauschen. Wir brauchen diese nachhaltigen Verbindungen, diese Netzwerke in den meinungsbildenden Milieus beider Gesellschaften, diese Vernetzung deutscher und internationaler Künstler zur Stärkung des interkulturellen Dialogs — denn Kunst und Kultur sind die entscheidenden Schrittmacher moderner Gesellschaften.

*Dieser Artikel erschien in Politik & Kultur 3/2011.*

*Monika Grütters war zu diesem Zeitpunkt Vorsitzende des*

*Ausschusses für Kultur und Medien im Deutschen*

*Bundestag. Heute ist sie Staatsministerin für Kultur und*

*Medien im Bundeskanzleramt.*

# BRÜCKEN ZWISCHEN DEN MENSCHEN — ZUR FUNKTION MONIKA GRÜTTERS VON KUNST UND KULTUR

Die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik (AKBP) ist fester Bestandteil und Kernelement der deutschen Außenpolitik; neben den politischen und wirtschaftlichen Beziehungen ist es das wesentliche Instrument zur Förderung eines positiven Deutschlandbilds im Ausland. Wir alle wissen, dass es oft Kunst und Kultur sind, die die Brücken bauen — Brücken zwischen den Menschen, Brücken zwischen den Kulturen, Brücken aber auch zwischen Religionen und Nationen. Viele Konflikte sind heutzutage kulturell grundiert; auch vor diesem Hintergrund gewinnt die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik an Bedeutung. Deutschland begreift heute seine Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik als starken, eigenständigen Politikfaktor, daneben aber auch als einen Beitrag zu Krisenprävention, Menschenrechtsschutz und Demokratieförderung.

Überall dort, wo wir den Künftlerausaustausch systematisch praktizieren, hat das nachhaltige, positive Auswirkungen auf das jeweilige bilaterale Verhältnis. So haben wir beispielsweise in den vergangenen Jahren eine institutionelle und personelle Neuorganisation des Goethe-Institutes auf den Weg gebracht. Mit der sehr erfolgreichen Partnerschulinitiative (PASCH) haben wir ein florierendes Netzwerk an Auslandsschulen aufbauen können, an denen Deutsch unterrichtet wird. Seit 2009 können junge Menschen mit dem Projekt »kulturweit« einen Freiwilligendienst in der Auswärtigen Kulturpolitik leisten. Weltweit fördern wir verstärkt die deutsche Sprache. In der 17. Legislaturperiode werden wir weiter auf die Nachhaltigkeit eines lebendigen Dialogs in der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik setzen. »Dem Dialog mit dem Islam messen wir besondere Bedeutung zu. Wir

achten und schätzen die reiche kulturelle Tradition der islamischen Welt und setzen uns für ein friedliches Miteinander der westlichen Demokratien mit den islamisch geprägten Staaten ein«, so ist es in dem Koalitionsvertrag von CDU, CSU und FDP formuliert.

Auch aus diesem Grund halten wir weiterhin an der geplanten Künstlerakademie Tarabya im türkischen Istanbul fest: kein Nebeneinander wechselnder austauschbarer Veranstaltungen, sondern nur ein lebendiger Kulturaustausch und Dialog mit Vertretern beider Länder gerade in meinungsbildenden Milieus, zwischen Künstlern und Wissenschaftlern, schafft nachhaltige Verbindungen, ein Netzwerk zwischen beiden Gesellschaften.

Der lebendige Dialog stärkt und vertieft die Beziehungen zu anderen Gesellschaften, Staaten und Menschen; hier erweitern wir unseren Horizont, hier wird wechselseitiges Verstehen möglich. Mit einem dynamischen Kulturaustausch stellen wir nicht nur unser Land einem anderen vor, sondern im Gegenüber mit dem Anderen setzen wir uns auch immer wieder aufs Neue mit unserer eigenen Identität auseinander. Die Akzente unserer Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik werden so auch zu einem wichtigen Bestandteil heimischer Integrationspolitik, die ja nicht zuletzt auch von Intellektuellen, von Künstlern und Schriftstellern geleistet wird.

*Dieser Artikel erschien in Politik & Kultur 6/2010.*

*Monika Grütters war zu diesem Zeitpunkt Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Medien im Deutschen Bundestag. Heute ist sie Staatsministerin für Kultur und Medien im Bundeskanzleramt.*

# PLATTFORM FÜR VIELE PARTNER SCHAFFEN — ZUM STELLENWERT VON KULTUR- UND BILDUNGS- POLITIK FRANK-WALTER STEINMEIER

Dass in der deutschen Außenpolitik die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik das gleiche Gewicht und den gleichen Stellenwert hat wie die klassische Diplomatie und die Außenwirtschaftspolitik, verdankt sie der Ära Willy Brandt. Und selten war sie notwendiger als heute.

Wir brauchen den Gedankenaustausch, die kritische Begleitung und ständige Mahnung der Kultur. Sie kann uns auf die blinden Flecken unserer Wahrnehmung hinweisen, neue Wege vorzeichnen, Rat geben; kurz: helfen zu begreifen, was uns ergreift. Damit ist nicht gemeint, dass wir den Abstand zwischen Politik und Kultur aufheben sollten. Im Gegenteil: Der unverwandte, der neue und kritische Blick auf gesellschaftliche Verhältnisse benötigt Abstand. Das muss aber weder politische Enthaltsamkeit noch Gegnerschaft bedeuten. Denn die Tragödie des vergangenen Jahrhunderts begann, wie das Imre Kertesz kürzlich auf einer gemeinsamen Veranstaltung der Akademie der Künste und des Auswärtigen Amtes formuliert hat, als Politik und Kultur einander zu Feinden wurden. Im 21. Jahrhundert, dem Zeitalter der Globalisierung gilt das nicht nur für unsere eigene Gesellschaft, sondern im weltweiten Zusammenhang. Die Freiheit von Kunst und Kultur zu schützen und den Dialog mit Kunst und Kultur zu suchen ist eine der vornehmsten Aufgaben von Politik. Ganz konkret bedeutet das, zumal in der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik, Räume zur Verfügung zu stellen, in de-



nen sich unser Land mit den Mitteln der Kunst und der Kultur erklärt, in denen es sich in der ganzen Bandbreite der künstlerischen Ausdrucksformen, in der sprachlichen Vermittlung und seiner europäischen Dimension im besten Sinne des Wortes in der Welt »verständlich« macht und unsere Partner in der Welt zu verstehen sucht. Dabei stand zu Beginn meiner Amtszeit zunächst die Sicherung und Reform des Goethe-Institutes, des Flaggschiffes der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik im Vordergrund. Die knapp 130 Goethe-Institute im Ausland sind gemeinsam mit unseren Auslandsvertretungen, den Büros der wissenschaftlichen Austauschorganisationen, und nicht zuletzt der zivilgesellschaftlichen Arbeit der Stiftungen im Ausland die kulturelle Infrastruktur Deutschlands im Ausland. Diese kulturelle Infrastruktur muss weiter modernisiert, reformiert und erweitert werden. Wir stehen hier sicher noch am Anfang eines Weges, aber die ersten entscheidenden Schritte sind getan. Sie waren möglich dank der Unterstützung der Kulturschaffenden und besonders der Abgeordneten des Deutschen Bundestages. Gemeinsam mit ihnen haben wir nach dem schmerzhaften Rückgang der Finanzmittel seit dem Fall der Mauer auch finanziell eine Trendwende eingeleitet, und damit diese anhält, brauchen wir auch weiterhin die Fürsprache aus der Kultur für die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik.

Ab dem kommenden Jahr soll ein weiterer Schwerpunkt hinzukommen: die Bildung. Wir können die globalen Probleme nur dann bewältigen, wenn wir uns stärker als bisher auch als interkulturelle und internationale Lerngemeinschaft begreifen. Je früher wir dabei ansetzen, desto nachhaltiger werden die Ergebnisse sein. Hierin liegt das besondere Verdienst unseres weltweiten Auslandsschulnetzes und all' der Schulen, in denen junge Menschen aus aller Welt erste Kontakte mit unserer Sprache, unseren Bildungsinhalten und -angeboten knüpfen können. Sie sind Orte des praktischen Kulturdialogs und leisten einen wichtigen Beitrag zur kulturellen, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung im jeweiligen Land — und in Deutschland. Deutschland braucht gut ausgebildete, interkulturell erfahrene Menschen aus und in anderen Ländern dieser Welt. Wir wollen mit unseren innovativen Ansätzen künftig mehr beitragen für den Ausbau von Bildungsangeboten, besonders in Asien und Afrika. Für 2008 möchte ich daher gemeinsam mit der deutschen Wirtschaft, dem Weltverband der Auslandsschulen, dem Goethe-Institut und unseren anderen Partnern, besonders den Bundesländern, eine Schulinitiative unter dem Stichwort »Partner der Zukunft« ins Leben rufen. Einher mit Sicherung und Ausbau der kulturellen Strukturen geht eine inhaltliche Reform der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik. Diesen Prozess haben wir im vergangenen Jahr mit einem großen Kongress eingeleitet und werden ihn über die nächsten Jahre fortsetzen. Ich will hier nur einige Leitgedanken schildern:

Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik findet in einem größeren Netzwerk statt, als wir das bislang gewohnt waren. Museen, Stiftungen, Organisationen der Zivilgesellschaft wie der Deutsche Kulturrat, Unternehmen des kulturellen Sektors, andere Behörden und nicht zuletzt die Kulturstiftung des Bundes — die ja selbst auch ein sozialdemokratisch initiiertes Erneuerungsprozess ist — sind Teil dieses Netzwerkes. Hieran müssen wir die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik auch in der internen Organisation so anpassen, dass sie für möglichst viele Partner eine Plattform wird, an die anzudocken sich lohnt.

Zweitens wollen wir mehr Offenheit für neue Kultursparten und kulturelle Erscheinungsformen: Deutschland ist nicht nur ein führender Standort klassischer Kulturtradition und Künste. Die internationalen Erfolge deutscher Modeschöpfer, Designer, Filmschaffender und anderer Bereiche der so genannten »creative industries« belegen das. Eine nachhaltige Kulturpolitik muss dem Rechnung tragen, sich stärker als bisher diesen Bereichen öffnen und die wirtschaftlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen auch international im Blick halten.

Drittens: wir Europäer, und vielleicht der ganze so genannte Westen, haben uns zu sehr daran gewöhnt, dass unsere Gewohnheiten und Denkweisen allorts für richtig und vernünftig befunden werden. Wir müssen uns wieder angewöhnen zu überzeugen. Geduldiger, nachhaltiger, vor allem widerspruchsfreier, als wir es bislang manchmal tun. Unsere im letzten Jahrhundert dominierende ökonomische Rolle mit dem ihr innewohnenden Drang nach gleichzeitiger kultureller Dominanz hat das etwas in Vergessenheit geraten lassen. Der Wille, anderen Kulturen mit der notwendigen Empathie zu begegnen, ist weniger verbreitet als das Gegenteil. Obwohl auch die kulturelle Offenheit, die Neugier auf andere Lebensweisen in der europäischen und der deutschen Kultur eine lange Tradition haben. An diese Traditionen wollen wir verstärkt anknüpfen und in den Weltregionen, in denen wir bislang nicht hinreichend präsent, aber umso mehr gefordert sind, auch kulturell mehr Angebote unterbreiten: in den Wachstumsregionen Asiens, aber auch in Mittel und Osteuropa oder in der Golfregion. Die Vermittlung der deutschen Sprache und Kultur und der kulturelle Austausch sind wichtige Beiträge für einen interkulturellen Dialog. Sie erleichtern zugleich die Verständigung auch über soziale und ökologische Rahmenbedingungen im internationalen Rahmen. Ich unterliege nicht der Illusion, dass die Auswärtige Kultur- und Bildungsarbeit Werkzeugcharakter hätte für die politischen Ziele von Frieden, Gerechtigkeit, Sicherheit und Stabilität. Aber ich mache als Außenpolitiker nahezu tagtäglich die Erfahrung, dass Sprachlosigkeit oder gar die Verweigerung von Dialog Konflikte vertieft. Und aus meinen weltweiten Kontakten ziehe ich den Schluss, dass wir ein neues Bewusstsein brauchen von der Kreativität der Verschiedenheit — und ein solches Bewusstsein sicher nicht allein durch po-

litische Gespräche herstellen können. Unterschiedliche Sichtweisen sollten wir dabei nicht als Unglück begreifen, sondern als eine Chance für die Suche nach gemeinsamen Lösungen. Wir müssen nicht alles gutheißen, was andere sagen, aber wir sollten zu verstehen versuchen. Denn jedes Land, jede Kultur erlebt das gemeinsame Schicksal aufgrund ihrer jeweiligen Erfahrungen anders, und ohne Verständnis für diese tieferen Bewusstseinschichten können wir auch die politischen Diskussionen nicht verantwortungsvoll führen. Ich habe dabei die Erfahrung gemacht, dass ein Verständnis der kulturellen Zusammenhänge auch die politischen Aufgabenstellungen besser begreifen hilft. Deswegen suche ich auch ganz persönlich den Rat der Kulturschaffenden: in Begegnungen vor Ort, im Gespräch mit den deutschen Vertretern aus Kunst und Kultur, die mich auf meinen Auslandsreisen begleiten, oder bei gemeinsamen Veranstaltungen wie kürzlich in der Akademie der Künste. Immer wieder wird dabei klar, dass nichts so sehr vonnöten ist in unserer Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik wie kulturelle Offenheit. Wer sich jemals ein unmittelbares Bild z. B. von der reichen Kultur Irans, von der Schönheit der arabischen Poesie oder den grandiosen Kulturdenkmälern Zentralasiens machen konnte oder kann, der wird weniger häufig in der Nabelschau auf die eigene Kultur deren Überlegenheit oder Vorbildcharakter behaupten, der wird mit mehr Respekt und Bescheidenheit anderen Kulturen und anderen Menschen gegenüber treten und der wird vor allem viel besser begreifen, wie sehr die eigene Kultur immer schon aus der Begegnung mit anderen Kulturen entstanden ist und weiter entsteht.

Europäische Kultur ist seit Jahrhunderten gewachsen im Austausch mit anderen. Sie hat integriert, was versinkende Mächte hinterlassen haben. Im Bewusstsein und Selbstbewusstsein dieser Stärke aus Offenheit kann die Vorstellung von Leitkultur immer nur untaugliches Bollwerk gegen Einflüsse, nie aber Schutz vor unerwünschter Verunsicherung sein. Ein solches Konzept »sperrt uns in ein kulturelles Gefängnis«, wie das Carlos Fuentes vor einigen Wochen in einer deutschen Tageszeitung geschrieben hat, und wir sollten uns gar nicht erst auf diesen Weg begeben! Nicht kulturelle Sicherheit, wie das manche fordern, brauchen wir, sondern kulturelle Offenheit!

*Dieser Artikel erschien in Politik & Kultur 4/2007.*

*Frank-Walter Steinmeier war zu diesem Zeitpunkt*

*Bundesminister des Auswärtigen.*

# DAS SCHLIMMSTE ABGEWENDET, GEFAHR NOCH NICHT GEBANNT — ZUR FINANZIERUNG OLAF ZIMMERMANN DER AUSWÄRTIGEN KULTURPOLITIK

Nicht mit einem Paukenschlag, sondern ganz langsam wurde am 3. März dieses Jahres deutlich, dass die Finanzierung der Auswärtigen Kulturpolitik in diesem Jahr akut bedroht war. Rhetorisch äußerst geschickt teilte Bundesaußenminister Fischer, MdB in einer öffentlichen Anhörung zur Konzeption 2000 der Auswärtigen Kulturpolitik im Ausschuss für Kultur und Medien des Deutschen Bundestags mit, dass schmerzhafte Einschnitte in den Etats der Mittlerorganisationen erforderlich seien, die auch zu Schließungen vom Goethe-Instituten führen können, um dann sogleich auf die Ländern einzuschlagen, die durch das Pochen auf ihre Kulturhoheit die Auswärtige Kulturpolitik behindern würden.

Im ersten Moment erschien den auf der Bundesebene aktiven Kulturpolitikern aus dem Parlament und den Verbänden diese Polemik sogar eingängig. Wird einem doch der ewige Streit, ob der Bund Kultur überhaupt fördern dürfe, sofort gegenwärtig. Nach dieser ersten spontanen Zustimmung stellte sich

aber Nachdenken ein. Denn die Länder behindern im Kulturbereich sicherlich so manches, die Abstimmungsprozesse sind alles andere als zügig und nachvollziehbar, doch mit der Auswärtigen Kulturpolitik haben die Länder in der Regel nichts, aber auch gar nichts zu tun. Sie hier als Sündenböcke abzustempeln, mag rhetorisch ein kluger Schachzug sein, hat mit der Realität aber wenig zu tun. Der Deutsche Kulturrat informierte noch am 3. März die Öffentlichkeit über die Vorhaben des Auswärtigen Amtes. Tatsächlich ist es nämlich so, dass die Auswärtige Kulturpolitik im Etats des Auswärtigen Amtes seit Jahren überproportional zur Kasse gebeten wird. So sank der Anteil am Etats des Auswärtigen Amtes in den vergangenen Jahren von 32,8 Prozent auf 25 Prozent ab. Hieran wird deutlich, dass offensichtlich andere Akzente innerhalb des Auswärtigen Amtes gesetzt werden. In krassem Gegensatz zu den sinkenden Etats stehen die wachsenden Aufgaben in der Auswärtigen Kulturpolitik. Längst geht es schon nicht mehr nur darum Kultur aus Deutschland im Ausland zu präsentieren. Auswärtige Kulturpolitik wird vielmehr als Zweibahnstraße verstanden, d. h. Kultur aus dem Ausland soll auch nach Deutschland wirken. Nicht zuletzt seit den Ereignissen des 11. September 2001 soll Auswärtige Kulturpolitik darüber hinaus den Dialog der Kulturen besorgen.

Diese Diskrepanz von Anspruch an die Auswärtige Kulturpolitik und ihrer finanziellen Ausstattung war Gegenstand der Reden der Oppositionspolitiker bei der Debatte zur Auswärtigen Kulturpolitik am 12. März 2004 im Deutschen Bundestag. Beschworen wurde von den Regierungsfractionen und der Opposition der parteiübergreifende Konsens zur Bedeutung der Auswärtigen Kulturpolitik, Konzepte zur Sicherung der Finanzierung wurden nicht deutlich. Einzig die Staatsministerin im Auswärtigen Amt Kerstin Müller deutete einen Lichtblick an, in dem sie in Aussicht stellte, dass das Koch-Steinbrück-Papier in diesem Jahr in der Auswärtigen Kulturpolitik keine Anwendung finden sollte.

Mit dem Koch-Steinbrück-Papier war auch zugleich der Schuldige gemacht. Die gemeinsamen Vorschläge des hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch und seines Amtskollegen aus Nordrhein-Westfalen Peer Steinbrück führen unter den zu kürzenden Finanzhilfen die Auswärtige Kulturpolitik an und geben einen Einsparbetrag von 5.929 Millionen Euro vor. Von der Öffentlichkeit kaum bemerkt, wurde das Koch-Steinbrück-Papier in den nächtlichen Verhandlungen im Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat im Dezember 2003 angenommen und hat damit Gesetzeskraft erlangt. Die beiden Ministerpräsidenten haben den Schlamassel angerichtet, Vertreter der Regierungsfractionen und der Opposition haben brav zugestimmt und der Bundesaußenminister hat kein Veto eingelegt. Das Bundesfinanzministerium hat die Kürzungsliste mit einem Rundschreiben Anfang dieses Jahres bestätigt und das Außenministerium aufgefordert,

die entsprechende Einsparungen zu erbringen. Dass solche wichtigen Entscheidungen nicht im Deutschen Bundestag, sondern im Vermittlungsausschuss unter Ausschluss der Öffentlichkeit gefällt werden, ist der wirkliche Skandal.

Das Auswärtige Amt hat die Vorgaben des Vermittlungsausschusses umgesetzt und wollte den ohnehin schon angeschlagenen Etats in der Auswärtigen Kulturpolitik weiter schmälern. Dank des vereinten Engagements der Mittlerorganisationen und des Deutschen Kulturrates wurden die Kürzungsabsichten publik gemacht. Nicht zuletzt die Bundestagsdebatte am 12. März 2004 trug dazu bei, das Auswärtige Amt dazu zu bewegen, seine Kürzungen aus anderen Etatposten als dem der Auswärtigen Kulturpolitik zu erbringen.

Dass auch die Mittlerorganisationen in der Bringschuld stehen, wurde in der öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Kultur und Medien am 31. März 2004 deutlich. Die Wertschätzung, die den Mittlerorganisationen wie Goethe-Institut, Alexander-von-Humboldt-Stiftung, Deutscher Akademischer Austauschdienst und Institut für Auslandsbeziehungen im Ausland entgegengebracht wird, entlässt sie nicht aus der Pflicht, im Inland ihre Arbeit vermehrt zu präsentieren. In deutlichen Worten haben die Abgeordneten des Deutschen Bundestags die Mittler aufgefordert, ihre Leistungen in Deutschland besser zu vermitteln und letztlich so die in der Konzeption 2000 zur Auswärtigen Kulturpolitik formulierte Zweibahnstraße zu realisieren.

Vom Gelingen dieser Anforderung wird es auch abhängen, ob die für das nächste Jahr im Koch-Steinbrück-Papier vorgesehenen Kürzungen dann doch die Auswärtige Kulturpolitik treffen werden oder ob es gelingt, die Auswärtige Kulturpolitik als Investition und nicht als Subvention oder Finanzhilfen zu verbuchen und damit aus den Kürzungsplänen des Koch-Steinbrück-Papiers auszunehmen. Damit dieses gelingt werden alle gefordert sein, die Mittler, das Auswärtige Amt und nicht zuletzt die Abgeordneten des Deutschen Bundestags.

Nicht unerwähnt bleiben sollte, dass Kulturstaatsministerin Christina Weiss es im Gegensatz zu ihrem mächtigen Amtskollegen Außenminister Joschka Fischer geschafft hat, ihren Etat rechtzeitig in Sicherheit zu bringen. Kulturausgaben im Inland werden als Investitionen, nicht als Subventionen behandelt, das ist der einzige wirkliche Lichtblick bei dieser unerfreulichen Debatte.

*Dieser Artikel erschien in Politik & Kultur 3/2004.*

*Olaf Zimmermann ist Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates.*

# GOETHES WELT

AUSGEWÄHLTE BEITRÄGE  
AUS POLITIK & KULTUR

# AUF DEM SPRUNG — DIGITALISIERUNG UND FILM IN RUANDA

SUSANNE  
MARIA  
KRAUSS

Der kleine Raum im Haus an der Ecke ist bis zum Rand gefüllt. Die Luft stickig. Aus großen, schwarzen Lautsprechern dröhnen Gewehrsalven. Das Publikum schreit auf und zahlreiche Köpfe recken sich, um die nächste Szene des Actionfilms auf dem mittelgroßen Fernseher nicht zu verpassen. Mittendrin der 11-jährige Philbert. Von den schnellen englischen Dialogen versteht er kaum etwas. Doch das ist egal — er ist im Kino. Etwas Besseres hätte er sich für diesen Samstagnachmittag nicht vorstellen können.

Dieses Erlebnis liegt fast 20 Jahre zurück. Heute ist Philbert Mbabazi einer der erfolgreichsten Filmemacher in Ruanda. Mit einem Lachen erinnert er sich an seine ersten Kinobesuche: »50 Ruandische Francs mussten wir bezahlen, um einen Film zu sehen. Das war damals für einen Jungen viel Geld.« Es entspricht umgerechnet 5 Cent. Philbert wächst in der Hauptstadt Kigali auf, geht zur Schule und beginnt anschließend, Informationstechnik zu studieren. »Aber ich saß oft in den Vorlesungen in der letzten Reihe und habe heimlich Filme geschaut«, gesteht er. Filme aus Hollywood und Europa. Und er fragt sich: Was, wenn ich solche Filme machen könnte?

Ähnlich ging es Samuel Ishimwe, der nur ein Jahr jünger als Philbert Mbabazi ist. Die beiden sind Kinder der Generation, die nach dem Genozid gegen die Tutsi von 1994 aufgewachsen ist. In einem Ruanda, das enormen Fortschritt erlebt und die Digitalisierung zu einer Priorität auf dem Weg in eine bessere Zukunft gemacht hat. Nun sind Samuel Ishimwe und Philbert Mbabazi für ein paar Tage zurück in ihrer Heimat. Sie sitzen auf der Veranda einer Bar in Kigali, während die späte Nachmittagssonne viele Hügel in ein warmes Licht hüllt. Philbert Mbabazi arbeitet derzeit an einem Spielfilm in Genf, der die Geschichte eines Studenten erzählt, der in politische Unruhen der kamerunischen Diaspora hinein-



gezogen wird. Samuel Ishimwe schreibt in Paris an einem neuen Drehbuch über zwei besondere Lebensgeschichten in Ruanda, die sich parallel entwickeln. Bevor es nach Genf respektive Paris zurückgeht, fliegen die beiden Filmemacher noch zur Berlinale nach Deutschland. Sie sind für die »Berlinale Talents« ausgewählt. Samuel hatte bereits 2018 mit seinem Kurzfilm »Imfura« in Berlin einen silbernen Bären gewonnen.

Berlinale. Oberhausen. Rotterdam. Ruandas junger Filmbranche wurde in den vergangenen Jahren verstärkt internationale Aufmerksamkeit zuteil. »Im Vergleich zu Europa oder auch Westafrika ist Film in Ruanda noch eine relativ neue Kunstform«, sagt Philbert Mbabazi. »Das kreative Potenzial ist da. Aber von unseren technischen und finanziellen Möglichkeiten her haben wir noch einen weiten Weg vor uns.« Doch die Selfmade-Filmemacher sehen, welche Chancen und Möglichkeiten ihnen die Digitalisierung eröffnet.

Es besteht kein Zweifel mehr daran, dass die Welt der Bits und Bytes, das Zeitalter der Digitalisierung, weitreichenden Einfluss auf die Filmwirtschaft nimmt. In Afrika ist die Transformation aber um ein Vielfaches revolutionärer. Sie ermöglicht es Filmemachern des Kontinents aufzuschließen. »Die Digitalisierung hat für mich und meine Generation vor allem eins ermöglicht: Wer neugierig ist, kann durchstarten«, erklärt Samuel Ishimwe und macht das an einem Beispiel deutlich: »Für meinen zweiten Kurzfilm wollte ich selbst die Kamera in die Hand nehmen. Ich hatte mir eine digitale Kamera ausgeliehen, aber keine Ahnung, wie sie funktioniert. Also bin ich ins Internet, habe ein YouTube-Video nach dem anderen geschaut und so die technische Handhabung gelernt.« 80 Prozent seines Wissens über Filmproduktion habe er sich über das Internet angeeignet, schätzt der 28-Jährige. »Die Digitalisierung hat einen Demokratisierungsprozess eingeleitet. Heute ist überall auf der Welt derselbe Zugang zu Informationen möglich.« Sein Freund und Kollege Philbert Mbabazi geht sogar noch einen Schritt weiter. Der Nachteil, dass sein Heimatland bisher kaum Institutionen und Strukturen der Filmwirtschaft hatte, wende sich jetzt zum Vorteil: »Wir sind in der Vergangenheit nicht von einer bestimmten Filmschule, wie etwa der französischen, geprägt worden. Uns steht heute die Welt offen. Beispielsweise überholt gerade das koreanische Kino Frankreich und Deutschland und wir können uns von dort inspirieren lassen.« »Nurturing« nennt der 29-Jährige diese Chance, unbefangenes Wissen aufzunehmen, Neuheiten zu entdecken und von anderen zu lernen.

»Es ist wirklich beeindruckend zu sehen, welche Entwicklung die junge ruandische Filmszene in den letzten Jahren erlebt hat«, sagt Katharina Hey, Institutsleiterin des Goethe-Instituts Kigali. »Ohne lokale Möglichkeiten, eine professionelle Ausbildung im Filmbereich zu erhalten, haben sich viele Filmemacher mit digitalen Möglichkeiten selbst weitergebildet. Während punktuelle interna-

tionale Workshops Techniken und Netzwerke weiter stärken, konnten ruandische Filmemacher dank der Digitalisierung eine ganz eigene Filmsprache entwickeln.« Anfang 2020 hat das Goethe-Institut Samuel Ishimwe und Philbert Mbabazi als Mentoren eingeladen, um acht junge ruandische Nachwuchsfilmemacher für zwei Wochen zu begleiten. Wenig Zeit, kaum Vorkenntnisse, kleines Equipment — was nach Hindernissen klingt, hat das Team stattdessen kreativ werden lassen. Zwei spannende, authentische und hochaktuelle Kurzfilme sind entstanden. Auch Katharina Hey betonte: »Der Ansatz des Workshops, mit lokal begrenzten Mitteln zu arbeiten, zeigt die digitalen Möglichkeiten. Eine tolle Strategie des Self-Empowerments der jungen Generation, die sich nicht mehr bevormunden lässt.«

Neben dem kreativen Schaffensprozess sind aber auch Vernetzung und Vermarktung relevant. »Dank der digitalen Möglichkeiten können junge Filmemacher heute ihre Stimmen und Standpunkte hör- und sichtbar machen, ohne auf die traditionellen ›Gatekeeper‹ — etablierte Produzenten, Produktionsfirmen oder unerreichbare Festivaljurys — angewiesen zu sein«, erklärt Institutsleiterin Hey. Viele internationale Festivals haben den Puls der Zeit erkannt und legen einen dezidierten Fokus auf die Werke zeitgenössischer afrikanischer Filmemacher. Gleichzeitig baut die Digitalisierung Zugangshürden ab. »Wir können heute unsere Filme über das Internet bei Festivals einreichen. Wir schreiben eine E-Mail, senden unseren Film als Softcopy und das war's. Man braucht keine große Filmagentur mehr. Alles ist da draußen«, sagt Philbert Mbabazi und meint damit die weite, digitale Welt.

Dieses Potenzial hat das rund 13 Millionen Einwohner große Ruanda für sich entdeckt. Das ostafrikanische Land will über den Ausbau der ICT-Infrastruktur — Information and Communication Technology — den Wandel vom Entwicklungsland in ein modernes Dienstleistungsland bewältigen. 7.000 Kilometer Glasfaserkabel durchziehen nun das Land und an Schulen werden Laptops ausgeteilt. Geburtsurkunden und Ausweise werden online beantragt. Sind sie zum Abholen auf dem Amt bereit, erhält die Bürgerin oder der Bürger eine SMS. Ein Großteil administrativer Vorgänge, wie Gewerbebeanmeldung und Steuerzahlung, ist bereits digitalisiert. Das Land wandelt sich rasend schnell. Doch dieser Wandel ist nicht flächendeckend. Nur etwa 15 Prozent der gesamten ruandischen Bevölkerung besitzen z. B. ein Smartphone. Auf dem Land bestimmt den Alltag vieler Familien noch immer die Sorge um das Schulgeld und Essen für morgen.

»Wir sehen, dass es noch große Unterschiede zwischen der durchdigitalisierten Hauptstadt und dem Rest des Landes gibt«, sagt auch Katharina Hey. Die Partnerlandschaft des Goethe-Instituts, die Künstler und Kulturmanager in ganz verschiedenen Bereichen unterstützt, sei in Ruanda nach wie vor besonders in

Kigali angesiedelt. Hier boomt die Digitalisierung, auch als gestalterisches Mittel. Live-Schaltungen per Video bei Tanzperformances und gemeinsames digitales Arbeiten über Ländergrenzen hinweg sind hier die neue Normalität. Auf den tausend Hügeln außerhalb der Metropole sieht das anders aus. Hier findet Kunst als digitales Angebot kaum ein Publikum. Die Infrastruktur gibt es schlicht nicht her. »Eine Online-Sprachkurs beispielsweise ist für viele Ruander auf dem Land aktuell noch keine Option«, gibt Katharina Hey zu bedenken. »Es wird spannend zu sehen, wie eine fortschreitende Digitalisierung hoffentlich bald allen Ruandern ermöglicht, daran teilzuhaben, und welches neue Publikum wir dadurch für kulturelle Angebote erschließen können.«

Philbert Mbabazi sieht bei den Filmemachern eine große Verantwortung, solche gesellschaftlichen Probleme zu thematisieren, die in der öffentlichen Diskussion häufig ausgeklammert bleiben. »Film ist ein Medium, das immer auch die Gesellschaft reflektiert«, sagt er. »Doch dazu muss Film in Ruanda auch die notwendige Unterstützung bekommen.« Samuel Ishimwe pflichtet ihm bei: »Zurzeit finanzieren wir unsere Filme mit Budgets, die aus dem Ausland kommen. Aber das bringt Einschränkungen mit sich. Ich würde gerne erleben, dass die öffentliche Hand hier in Ruanda eine Filmlandschaft aufbaut, die nicht nur die Finanzierung von Filmen ermöglicht, sondern Film an sich mehr Bedeutung einräumt.«

Die Abendsonne ist inzwischen hinter der Skyline Kigalis verschwunden und die modernen Gebäude der Innenstadt schicken weiße und bunte Lichter in den Nachthimmel. Irgendwo dazwischen steht Kigalis einziges Kino. »Leider laufen unsere Filme häufiger in europäischen Städten als hier«, bedauert Philbert Mbabazi. »In Kigali gibt es vielleicht ein, zwei Vorführungen. Das war's. Doch wenn Film auf eine Gesellschaft Einfluss haben soll, dann müssen Menschen Zugang dazu haben. Dann könnte Film tatsächlich vieles bewegen.«

*Dieser Artikel erschien in Politik & Kultur 7-8/2020.*

*Susanne Maria Krauss ist Journalistin und Filmemacherin und lebt seit 2016 Ruanda.*

# FREIRAUM FÜR KULTUR — DIE VILA SUL IN BRASILIEN MANFRED STOFFL

Im November 2016 hat das Residenzhaus »Vila Sul« des Goethe-Instituts im brasilianischen Salvador seine Türen für Wissenschaftlerinnen und Künstler aus Deutschland sowie dem globalen Süden geöffnet. Insgesamt 16 Residentinnen und Residenten — vier für je zwei Monate — arbeiten pro Jahr am Nord-Süd- bzw. Süd-Süd-Dialog. Manfred Stoffl leitet seit Beginn das Programm. Theresa Brühem spricht mit ihm über die Besonderheiten der Residenz, die Geschichte Salvadors und die Situation der Kultur unter Präsident Jair Bolsonaro.

**Herr Stoffl, die Vila Sul ist das jüngste Residenzhaus des Goethe-Instituts. Was unterscheidet es weiterhin von den anderen Residenzprogrammen des Goethe-Instituts wie Tarabya in der Türkei oder der Villa Kamogawa in Japan?**

---

Der größte Unterschied ist, dass wir seit Beginn der Residenzarbeit einen eindeutigen thematischen Fokus haben. Die Künstlerinnen und Wissenschaftler, die zu uns kommen, sollen sich mit Fragen des globalen Südens beschäftigen. In der Vila Sul geht es um den Süd-Süd- und auch um den Süd-Nord-Austausch. Ein Novum ist, dass von den 16 Gästen, die wir pro Jahr empfangen, nur die Hälfte in Deutschland lebt. Sie brauchen keinen deutschen Pass, aber sie sollen in Deutschland leben. Die andere Hälfte der Gäste kommt verstärkt aus dem globalen Süden. In der Regel kommen von den acht nicht in Deutschland lebenden Gästen vier aus afrikanischen Ländern, zwei aus südamerikanischen Ländern und zwei aus Nordamerika — vornehmlich aus Kanada. Das ist wirklich ein Alleinstellungsmerkmal.

**Auf welcher Idee beruht dieser für die Kulturakademien des Goethe-Instituts neuartige Ansatz, nicht nur deutschen Kulturschaffenden eine Residenz zu bieten, sondern auch Wissenschaftlerinnen und Künstlern aus dem globalen Süden?**

---

Wir leben in einer Welt, die sich ständig verändert. Der klassische Ansatz der »Zweibahnstraße«, das heißt der bilaterale Austausch zwischen Deutschland und Brasilien, ist für die heutigen Herausforderungen nicht mehr das probate Mittel. Wir müssen die Fragen des globalen Südens ernst nehmen, die entsprechenden Akteure zur Diskussion einladen und im globalen Süden zusammenbringen.

**Mit der Vila Sul wurde eben dieser physische Raum für den Nord-Süd- bzw. Süd-Süd-Dialog geschaffen. Was kennzeichnet diesen Dialog?**

---

Erst mal ist die Vila Sul ein sehr offener Raum. Wir haben hier schon allein physisch tolle Möglichkeiten: Es gibt vier Appartements für unsere Gäste mit einem Gemeinschaftsraum. Sie können sich getrennt aufhalten, aber es gibt auch einen Ort, um sich zu treffen. Darüber haben wir ein großes Theater mit 120 Plätzen, zwei Galerien, einen Innenhof mit einer Bühne und eine Bibliothek mit einer weiteren Bühne. Es gibt hier sehr viel Gestaltungsraum.

Bis vor Kurzem hatten wir Gäste aus Deutschland und Südafrika. Leider mussten sie aufgrund der Corona-Pandemie frühzeitig abreisen. Die nächste Gruppe sollte aus Angola, Burkina Faso, Kanada und Deutschland kommen, konnte aber in der aktuellen Situation nicht anreisen. Da ist bedauerlich, aber wir machen nun mit allen digitale Residenzen und Veranstaltungen. Genau eine solche internationale Mischung an Residentinnen und Residenten ist unser Ziel. Wir versuchen darüber hinaus sehr stark, die Einbindung in die lokale Szene vorzunehmen. Das heißt, dass unsere internationalen Gäste sich mit brasilianischen Kulturschaffenden austauschen und in der Regel auch Projekte gemeinsam realisieren können.

**Wie erreichen Sie die Kulturschaffenden in Salvador im Normalbetrieb? Wie findet der Austausch in der Praxis statt?**

---

Das ist sehr individuell. Bevor Gäste zu uns kommen, haben sie uns einen Vorschlag für ihre Arbeit hier geschickt. Nach Ankunft folgt das Erstgespräch. Dabei prüfen wir, ob das Thema noch aktuell ist oder ob andere Themen ins Spiel gebracht werden sollten. Wenn z. B. eine bildende Künstlerin hier ist, schlagen

wir vor, bestimmte Orte in der Stadt zu besuchen oder diese Künstlerin bzw. jenen Künstler zu treffen. Aus diesen Erstkontakten, die wir herstellen, ergeben sich meistens weiterführende Ideen und gemeinsame Projekte. Das müssen wir so angehen, denn natürlich ist die Sprachbarriere da. Die Menschen, auch die Künstlerinnen und Künstler, in Salvador sprechen wenig Englisch. Deswegen sind wir sehr stark gefordert, den Dialog praktisch anzuleiten und zu übersetzen.

### **Welche Themen werden momentan an der Vila Sul verhandelt bzw. bearbeitet?**

---

Das sind immer noch ganz stark die Themen, mit denen wir angetreten sind: Kolonialismus und Dekolonisierung. Hier ist die Aufarbeitung der Sklavengeschichte sehr dominant und wichtig. Salvador ist eine Stadt, über die viele Sklaven nach Amerika eingeführt wurden. Damit verbunden ist die Problematik des Rassismus. Der herrscht immer noch vor. Wiederum verknüpft sind Themen wie Feminismus und Gleichberechtigung. Wir merken, dass diese Themen für die Menschen hier virulent sind, und auch für die Gäste — egal, woher sie kommen, und auch wenn die Perspektive auf diese Fragen eine andere ist.

### **Salvador wird immer wieder als Knotenpunkt des Süd-Süd-Dialogs bezeichnet. Inwieweit liegt das in der erwähnten Stadtgeschichte begründet?**

---

Die Stadt mit ihrer Geschichte ist wahnsinnig wichtig für Menschen, die sich mit Kolonialismus und Kolonisierung beschäftigen, da sehr viele Sklaven aus afrikanischen Ländern über Salvador eingeschifft wurden. Auch heute noch ist Salvador, wie man sagt, die schwärzeste Stadt außerhalb Afrikas. Mindestens 80 Prozent — manche sprechen von fast 90 Prozent — der Bevölkerung bezeichnen sich hier als schwarz bzw. als nicht weiße Menschen, denn in Brasilien werden Hautfarben viel differenzierter bezeichnet als in Deutschland. Und natürlich sind hier Themen wie Ungleichheit, Benachteiligung und Rassismus immer noch sehr virulent. Auf diese Welt trifft stark eine zweite: Es gibt immer noch eine koloniale Gesellschaft, eine weiße Elite, die Einfluss hat und teilweise in kolonialen Strukturen lebt. Dadurch verstärken sich die Spannungen.

### **Eine weitere Besonderheit der Vila Sul ist, dass man sich für das Stipendium nicht bewerben kann. Man muss nominiert werden. Welche Vorteile bringt dieses Nominierungsverfahren mit sich?**

Das ist unter anderem praktischen Tatsachen geschuldet. Wir möchten internationale Gäste haben, dafür müssten wir einen weltweiten Call machen. Daraus würde eine sehr große Flut an Bewerbungen folgen. Hinzu kommt die thematische Spezifizierung vor Ort. Durch das Nominierungsverfahren ist die Qualität der Bewerbungen, das künstlerische Niveau und die thematische Passgenauigkeit von vornherein sehr hoch. Wir haben nie das Gefühl, dass die Menschen, die nominiert werden, sich nicht vorher genau Gedanken gemacht haben, warum sie gerade nach Salvador kommen wollen. Die Vila Sul ist nicht der richtige Ort für einen Autor, der seinen Roman über Norwegen fertig schreiben möchte. Das ist nicht unser Ziel.

Die Endauswahl wird von einer Jury getroffen. Ganz wichtig ist, dass in der Jury auch lokale Persönlichkeiten aus Bahia beteiligt sind, die natürlich einen ganz anderen Blick auf die Bewerbungen haben als die Jury aus Deutschland oder die Kolleginnen und Kollegen aus dem Goethe-Institut.

### **Nominieren dürfen die Goethe-Institute und ihre Partner. Inwieweit bewegt man sich so im immer gleichen Zirkel?**

---

Jedes System hat seine Vor- und Nachteile. Die Villa Kamogawa, das Residenzprogramm des Goethe-Instituts in Japan, z. B. macht einen öffentlichen Call und hat somit eine sehr große Flut an Bewerbungen. Jede Künstlerin, jeder Künstler hat seine Berechtigung, aber die Qualität der Bewerbungen ist bei dem öffentlichen Call sehr breitgefächert. Das wollten wir gern vermeiden. Natürlich erreichen uns auch Stimmen, die es bedauern, dass es kein öffentliches Verfahren gibt. Aber bisher fahren wir damit ganz gut. Die Vorteile des Systems wiegen für uns die Nachteile auf.

### **Im Februar fand der weltberühmte brasilianische Karneval statt, der in diesem Jahr einer riesigen Demonstration gegen den Präsidenten Jair Bolsonaro glich. Auch seine aktuelle Politik in der Corona-Krise erntet in der Bevölkerung viel Kritik. Inwieweit hat sein Amtsantritt 2019 Einfluss auf die Arbeit an der Vila Sul?**

---

Noch vor den Wahlen wurden Kultur bzw. Künstlerinnen und Künstler als Spielball benutzt, um polemische Agitation zu erreichen. Es gab ganz gezielte Angriffe gegen Künstlerinnen und Künstler; in dem Zuge auch Angriffe gegen das Goethe-Institut in Salvador. Wir hatten Performances und Veranstaltungen, wo Nacktheit auf der Bühne zu sehen war oder eine transsexuelle Schauspielerin

mitwirkte. Es gab eine Ausstellung zu Gewalt gegen queere Personen. Da wurden wir heftig angegriffen — im Internet und direkt vor dem Gebäude. Auch bei dem Ministério Público, das ist eine Art Staatsanwaltschaft, gab es eine Beschwerde gegen uns.

Die Kultur war schon unter Dilma Rousseff in der Krise, weil es kaum noch Gelder für sie gab. Wir haben finanzielle Mittel, daher konnte sehr viel hier im Goethe-Institut und in der Vila Sul stattfinden. Deswegen standen wir im Fokus als der Raum, der die Kunstfreiheit garantieren konnte.

Mittlerweile werden wir wieder in Ruhe gelassen. Der Grund ist, dass die jetzige Regierung es nicht mehr nötig hat, Veranstaltungen anzugreifen. Sie drehen einfach den Geldhahn weiter zu. Beispielsweise bekommt das brasilianische Kino-Board Ancine weniger Geld und wird stärker kontrolliert. Es wurden Programme gekürzt und die Förderungen umgeleitet, sodass kritische Künstlerinnen und Künstler nicht mehr zum Zuge kommen. Das heißt, es ist schwerer geworden, hier als Künstlerin oder Künstler zu arbeiten. Dagegen gibt es Widerstand, aber nicht so vehement, wie das wahrscheinlich in Deutschland der Fall wäre. Wir als Goethe-Institut können zurzeit wieder freier arbeiten als vor den Wahlen, weil wir unsere Mittel aus Deutschland beziehen. Somit sind wir immer noch ein Ort, an dem viele Künstlerinnen und Künstler gern arbeiten und ihre Projekte realisieren. Unser Problem ist eher, dass wir der Nachfrage nicht mehr Herr werden können. Aber wir können z. B. unsere Räumlichkeiten kostenlos zur Verfügung stellen. Wir können versuchen, Kooperationen mit den Kulturschaffenden in Residenz zu ermöglichen. Aber wir können das kaum alles auffangen. Sie müssen auch sehen, dass der Bundesstaat Bahia von der Partido dos Trabalhadores (PT), der Arbeiterpartei, geführt wird. Die föderale Regierung mischt sich bei uns in Bahia nicht so stark ein. In Rio de Janeiro, wo Bürgermeister und Gouverneur sehr, sehr konservativ sind, ist es wesentlich härter. Das Bundesland Bahia sieht sich auch als Widerstand gegen Bolsonaro.

### **Das heißt, besonders unter Bolsonaro halten Sie im Goethe-Institut und der Vila Sul die Brückenfunktion der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik Deutschlands aufrecht?**

---

Der Außenminister Heiko Maas war im April 2019 in Brasilien, auch in Salvador am Goethe-Institut. Er hat hier das Frauennetzwerk »Unidas« zwischen Deutschland, Lateinamerika und der Karibik gegründet. Die Schauspielerinnen Sibel Kekilli, die hier vor Kurzem eine Residenz hatte und leider aufgrund der Corona-Krise frühzeitig abreisen musste, ist Botschafterin. Bestreben des Netzwerkes ist es, Gewalt gegen Frauen einzudämmen und zu verhindern.



Wir werden als Schutz- und Freiraum gebraucht. Zurzeit sind wir eine der letzten Institutionen in Salvador, die internationale Gäste einladen kann. Das heißt, internationale Diskurse werden von uns in die Stadt und Gesellschaft hineingetragen. Was wirklich unheimlich viel Freude macht, ist, dass wir Gäste auch aus afrikanischen Ländern einladen dürfen. Das ist ein Alleinstellungsmerkmal. Und gerade diese Gäste werden von den Aktivistinnen und Aktivisten mit Neugier und Begeisterung aufgenommen. Wir sind hier ein Ort, der Kunstfreiheit und Austausch ermöglicht.

Unsere Arbeit bringt auch nachhaltige Erfolge für die lokale Szene — z. B. ist eine Tanz-Choreografie-Kooperation entstanden. Der Choreograf Ben J. Riepe aus Düsseldorf war zuerst Resident, dann haben wir eine Koproduktionsmittel-Beartragung bewilligt bekommen. Dafür wurden vier Tänzerinnen und Tänzer aus der Peripherie engagiert. Jetzt sind zwei von ihnen an der Folkwang Universität der Künste in Essen und machen dort ihre Tanzausbildung. Das ist wirklich ein ganz toller nachhaltiger Effekt unserer Residenzarbeit.

*Dieser Artikel erschien in Politik & Kultur 5/2020.*

*Manfred Stoffl leitet das Goethe-Institut Salvador-Bahia*

*und die Vila Sul. Die Fragen stelle Theresa Brüheim —*

*Chefin vom Dienst von Politik & Kultur.*

# DEUTSCHLAND UND JAPAN HABEN ÄHNLICHE MANTRAS DES FLEISSES — DIE DEUTSCH-JAPANISCHEN BEZIEHUNGEN AN ENZIO WETZEL DER VILLA KAMOGAWA

Direkt am Fluss Kamo in der früheren japanischen Hauptstadt Kyoto auf der Insel Honshū befindet sich die Villa Kamogawa. Diese Einrichtung des Goethe-Instituts bietet Künstlern und Kulturschaffenden mit Wohnsitz in Deutschland eine dreimonatige Residenz in »Far East« und damit verbunden einen Perspektivwechsel auf heimische europäische Debatten. Seit einem knappen halben Jahr leitet Enzio Wetzel die Villa Kamogawa. Theresa Brüheim spricht mit ihm über die Bedeutung des Residenzprogrammes für die deutsch-japanischen Beziehungen.

**2011 wurde die Villa Kamogawa anlässlich des 150. Jubiläums der deutsch-japanischen Beziehungen eröffnet. Was macht diese aus?**

---

Es gibt eine gewisse Ähnlichkeit, die man Japanern und Deutschen nachsagt: Sie sind sehr eifrig bei der Arbeit, kennen sich technisch gut aus, erfinden viel

und gern. Auch wenn wir Deutschen mittlerweile auf verlorenem Posten stehen, was Erfindungen anbelangt. Nichtsdestotrotz wird diese konstruierte Ähnlichkeit von beiden Seiten weiterhin gepflegt. Man hat sozusagen ähnliche Mantras des Fleißes und der Arbeitsorientierung. Es gibt darüber hinaus viele Prozesse, die die postindustriellen Gesellschaften in Westeuropa und Japan gleichermaßen durchlaufen und denen sie begegnen müssen – wie z. B. der Überfluss, eine starke Zunahme von Nationalismus, die alternde Gesellschaft. Das Mantra der Überalterung ist in Japan noch viel stärker präsent als in Europa. Wer zahlt in die Rentenkasse? Wohin mit den ganzen alten Leuten? Sterben Japanerinnen und Japaner irgendwann aus? Allerdings gibt es hier viel weniger Menschen mit Migrationshintergrund. Man versucht, die Herausforderungen technisch anzugehen und zu lösen, z. B. Roboter für die Pflege einzusetzen. Historisch reicht die deutsch-japanische Verbindung weit zurück. Die erste moderne Verfassung Japans hat die preußische Verfassung zum Vorbild. Zur Zeit des Dritten Reiches pflegte man eine Art Waffenbrüderschaft. Aus politischen und strategischen Gründen wollte man Verstärkung im Fernen Osten haben, um die »Feinde« in der Mitte in die Zange zu nehmen. Beide verbindet auch die totale Niederlage, und beiden Ländern gelang ein rascher Wiederaufbau nach dem Krieg, gefolgt von einer rasanten wirtschaftlichen Entwicklung. Jetzt finden sich beide wieder in einem Tal der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ermüdung.

### **Welchen konkreten Beitrag leistet die Villa Kamogawa für die deutsch-japanischen Beziehungen?**

---

Die Villa Kamogawa ist eine Art Sprungbrett oder erst einmal eine Plattform für Künstlerinnen und Künstler mit Wohnsitz in Deutschland, die Japan tiefer kennenlernen wollen, als es möglich wäre, wenn sie z. B. zu einem Festival eingeladen wären oder eine Koproduktion mit einem japanischen Partner realisieren würden. Man kann völlig andere Perspektiven erfahren und für drei Monate ein ziemlich anderes Setting erleben. Wir bieten Künstlerinnen, Kulturtheoretikern, Philosophinnen, Ethnologen und anderen aus Deutschland ein tiefes Atemholen ohne Produktionsdruck. Dadurch dass sich diese Plattform in Japan, in Kyoto befindet, sind Irritationen, Überraschungen, Herausforderungen zu erwarten – für beide Seiten. Die Villa lädt die – japanischen – Nachbarn, Cafébesucherinnen, Studierenden und Kulturschaffenden ein, aus dem japanisch-traditionellen Kyoto mit seinen über tausend Tempeln und Weltkulturerbestätten an den Hängen der Berge herauszukommen und zeitgenössische Kunst, Gedanken und Verhaltensweisen aus Deutschland und Europa zu erleben – und zwar nicht in Form einer Ausstellung, sondern weil sie live auf die Stipendiatinnen und Stipendiaten

treffen. Die Villa Kamogawa ist ein Kulminationspunkt, an dem sich Europa und Japan begegnen, wo aber ebenso auch alltägliche Unterschiede sichtbar werden. Unter der Oberfläche des künstlerischen wie auch des wissenschaftlichen Austauschs, der jeder für sich gewissen internationalen Regeln oder Usancen folgt, liegen erhebliche Unterschiede in der Arbeitsweise und dem Umgang miteinander. So ist es immer auch eine Art Selbstvergewisserung und Selbstinfragestellung des europäischen Blicks. Beispielsweise untersucht gerade Luise Donschen botanische Gärten in Kyoto. Sie schaut, wie japanische Gärtner einen »europäischen Garten« auffassen. Sie trifft sozusagen auf das Europabild in Japan. Der berühmte Murin-an in Kyoto — »a Japanese garden masterpiece« — wurde von einem japanischen Politiker angelegt, nachdem er in Berlin und London europäische Gärten zu schätzen gelernt hatte.

### **Die Villa Kamogawa fördert jedes Jahr bis zu zwölf Stipendiatinnen und Stipendiaten.**

#### **Wie viele Bewerbungen gehen pro Runde ein?**

---

Es gehen pro Runde ca. 400 Bewerbungen ein. Wir haben drei Zeiträume, die jeweils drei Monate umfassen. Dazwischen liegen eine längere Sommerpause und eine kürzere Winterpause. In der Villa Kamogawa verfügen wir über vier Apartments für Künstlerinnen und Künstler. Im kommenden Jahr wollen wir bis zu neun Stipendien vergeben und ein Apartment für Kooperationen — in den Künsten und den Wissenschaften — freihalten, für längerfristige Vorhaben oder auch für Besuche an der Villa, die im Zusammenhang mit unseren Projekten stehen. Auch Partnerbewerbungen sind möglich, wenn zwei gemeinsam an einem Projekt arbeiten. Wir sind noch nicht recht darauf vorbereitet, aber wir wollen, dass in Zukunft auch eine Künstlerin oder ein Künstler mit einem kleinen Kind das Stipendium wahrnehmen kann.

### **Bewerben kann man sich in den Rubriken Architektur, Bildende Kunst, Darstellende Kunst, Design, Musik, Literatur, Film und Kulturtheorie/Kulturkritik. Gibt es eine Rubrik, die besonders stark nachgefragt wird?**

---

Ungefähr die Hälfte aller Bewerberinnen und Bewerber kommt aus der Bildenden Kunst. Kyoto hat da auch überwältigend viel zu bieten: Handwerksbetriebe in der 14. Generation, besondere Materialien und Arbeitsweisen und eine andere Auffassung vom öffentlichen Raum, vom Wohnen und Zusammenleben. Im nächsten Jahr wollen wir Kulturtheorie stärker in den Vordergrund rücken, weil auch

die Hochschulen an einer internationalen Öffnung interessiert sind. Überhaupt wollen wir japanische Stimmen in die Jury holen, damit die Künstlerinnen oder Kulturtheoretiker nicht ganz »vom Himmel herab« in Japan landen, sondern mit ihren Ideen und Vorhaben schon auf engagierte, erwartungsvolle Partner treffen.

---

**Zur Eröffnung der Villa Kamogawa betonte der Präsident des Goethe-Instituts, Klaus-Dieter Lehmann, den Förderschwerpunkt Tanz und Choreografie im Rahmen der Darstellenden Künste. Ist das heute noch so?**

Auf jeden Fall. Unter den Stipendiatinnen und Stipendiaten sind fast immer auch Tänzer und Choreografinnen. Wobei sich auch hier die Interessen erweitern. Mitte dieses Jahres wird die Tänzerin und Choreografin Lisa Gómez hier zum Verhältnis von Körper und Luft arbeiten, sie will dabei auch eine ganz spezifische Art der zeitgenössischen japanischen Bewegungserziehung einbeziehen, das Seitai-ho.

---

**Wie wählen Sie die Stipendiatinnen und die Stipendiaten aus, die zu Ihnen kommen?**

Nach der Bewerbungsrunde tritt eine fünf- bis siebenköpfige Jury zusammen. Eine Stimme hat das Goethe-Institut, ansonsten sind es Vertreter aus allen Genres. Im nächsten Jahr wollen wir das System justieren und verstärkt mit Partnerinstitutionen und Kuratoren arbeiten. Künstlerinnen und Künstler sollen auch gezielt eingeladen werden, von denen wir glauben, dass ein Besuch oder eine Residenz von besonderem Interesse für japanspezifische Themen oder hiesige Festivals sein könnten.

---

**Es klingt bereits an, der Austausch mit der japanischen Kulturszene besteht. Wie intensiv ist dieser?**

Die Villa Kamogawa ist gut erreichbar, zugleich etwas abgelegen, zwei Kilometer vom Zentrum, von den großen Shopping Malls. Das ist eine gute Ausgangslage zum ruhigen Arbeiten und zugleich zum lebendigen Austausch. In unmittelbarer Nachbarschaft, auch entlang des Kamogawa-Flusses, liegen ein Baumarkt, der kaiserliche Garten, eine Hochzeitskirche japanischen Stils und eben unsere Villa mit dem Charme eines deutschen Cafés mit Dallmayr und einem — wieder — japanischen Garten. Eine sehr lebendige urbane Kulturszene fängt südlich vom Bahnhof an, sich zu entfalten, vier Kilometer von hier. Früher, bis vor ca. 30 Jah-

ren, war das eine zwielichtige Gegend, in der man sich abends vergnügte. Wenn wir es schaffen, dass Leute von dort auch mal flussaufwärts bis in die Villa kommen, um auf die Stipendiaten zu treffen, im Café Müller, am Fluss, im Baumarkt oder bei einem gemeinsamen »Open Studio«, dann haben wir viel erreicht.

### Was planen Sie für die Villa Kamogawa?

---

Wir überlegen gerade, wie wir Themen wie Umweltverschmutzung oder Dekolonialisierung, Postindustrialisierungsgesellschaften und Zukunft von Arbeit und Freizeit nicht nur im bilateralen deutsch-japanischen Kontext verhandeln können. Unser Ziel ist, an der Diskussion zwischen globalem Süden und Norden auch von Japan aus teilzunehmen. Japan hat z. B. ein starkes Interesse in Südostasien und leistet dort Entwicklungshilfe. Solches Engagement gibt es — anders gelagert — in Deutschland auch. Was bedeutet Entwicklungszusammenarbeit heute? Ist das nicht wieder die Kolonialisierung, nur in einem neuen Gewand? Das wäre eine globale Fragestellung. Wir werden Bewohner von Residenzen im globalen Süden kontaktieren und zu Treffen, Veranstaltungen — offline und online — einladen. Außerdem beschäftigt uns die Frage, wie man Leute, die, wie aktuell die Passagiere der Diamond Princess im Hafen von Yokohama, in einer Art von erzwungener Residenz leben, kontaktieren und etwas mit ihnen unternehmen kann.

*Dieser Artikel erschien in Politik & Kultur 3/2020.*

*Enzio Wetzel ist Leiter des Goethe-Instituts Osaka Kyoto und der Villa Kamogawa.*

*Die Fragen stelle Theresa Brüheim — Chefin vom Dienst von Politik & Kultur.*

# BRÜCKENBAUER

AM PIA ENTENMANN UND MEIK CLEMENS LAUFER

# BOSPORUS — DEUTSCH- TÜRKISCHER KULTURAUSS- TAUSCH IM JAHR 2020

Als Gemeinschaftsprojekt des Auswärtigen Amts, mittels der Deutschen Botschaft Ankara, und des Goethe-Instituts Istanbul ist die Kulturakademie Tarabya ein Residenzprogramm für Künstlerinnen und Künstler verschiedener Sparten in Istanbul. Ziel ist es, den kulturellen Austausch zwischen der Türkei und Deutschland voranzutreiben — auch in Zeiten wachsender politischer Differenzen. Theresa Brüheim spricht mit den beiden Verantwortlichen Meik Clemens Laufer und Pia Entenmann unter anderem darüber, wie heute kultureller Brückenbau zwischen beiden Ländern funktionieren kann.

**Theresa Brüheim: Herr Laufer, Sie leiten als Referent des Kulturreferates der Deutschen Botschaft Ankara die Kulturakademie. Worin bestehen Ihre Aufgaben?**

---

**Laufer:** Wir unterscheiden gegenüber den Stipendiatinnen und Stipendiaten der Kulturakademie Tarabya immer gern in Hard- und Software. Wir arbeiten mit dem Goethe-Institut Hand in Hand, um diesen — durch den Deutschen Bundestag ermöglichten — fantastischen Kultur-Raum Tarabya zu nutzen. Das Auswärtige Amt ist zuständig für die Sicherung der Rahmenbedingungen, auch des politischen Rückhaltes, und die »Hardware« der Kulturakademie. Das Goethe-Institut

kümmert sich um die »Software«. Als Auswärtiges Amt kümmern wir uns in diesem Gemeinschaftsprojekt um die Zahlung der Stipendien an die bei uns residierenden Künstlerinnen und Künstler. Wir sorgen für die Instandhaltung und Verbesserung der Apartments und Ateliers. Wir helfen den Stipendiatinnen und Stipendiaten bei sämtlichen notwendigen Behördengängen in Istanbul — z. B. wenn es um Aufenthaltstitel in der Türkei geht. Als Leiter der Kulturakademie bin ich beisitzend in Beirat und Jury vertreten. Im Alltag impliziert die Rolle, dass ich die Stipendiatinnen und Stipendiaten regelmäßig treffe und — teils als Gastgeber — an Veranstaltungen der Kulturakademie teilnehme.

### **Frau Entenmann, Sie übernehmen vonseiten des Goethe-Instituts die kuratorische Verantwortung.**

#### **Wie sieht diese aus?**

---

**Entenmann:** Die kuratorische Verantwortung umfasst insbesondere die künstlerische Betreuung der Stipendiatinnen und Stipendiaten, die Pflege und den Ausbau der Kontakte zur Kunst- und Kulturszene Istanbuls und der Türkei sowie die Planung und Durchführung eines eigenständigen Programms. Das Goethe-Institut kooperiert dabei mit türkischen Kulturstiftungen wie der Istanbuler Kunst- und Kulturstiftung IKSU, Universitäten wie der Mimar Sinan Universität, Museen wie dem Pera Museum oder ARTER, Galerien, Theatern sowie weiteren wichtigen Akteuren der Kulturszene und Zivilgesellschaft in der Türkei wie Anadolu Kültür oder SALT. Die kuratorische Verantwortung umfasst auch die Steuerung des Auswahlverfahrens für Stipendiatinnen und Stipendiaten — von der Ausschreibung bis zur Sitzung der unabhängigen Jury. Wie Herr Laufer nehme auch ich als Gast an den Sitzungen des Akademiebeirats teil.

### **Ziel der Kulturakademie Tarabya ist es, einen Beitrag zum deutsch-türkischen Kulturaustausch zu leisten.**

#### **Wie ist es in Zeiten angespannter bilateraler Beziehungen um den Kulturaustausch bestellt?**

---

**Laufer:** Als Kulturakademie Tarabya haben wir bislang 90 Kunst- und Kulturschaffenden je mindestens drei Monate lang die Gelegenheit geboten, in Tarabya bzw. in Istanbul zu leben, zu arbeiten und sich zu vernetzen. Die Kulturakademie Tarabya hat sich zum Ziel gesetzt, auf diese Weise kulturelle Brückenbauerinnen und Brückenbauer zu fördern, die gerade in politisch spannenden und nicht immer spannungsfreien Zeiten einen wichtigen Beitrag für die deutsch-türkischen Beziehungen leisten. Tarabya schafft einen geschützten Raum für kulturelle Ar-



beit und Dialog. Denn klar ist auch: Die Kunst- und Kulturszene wie auch die Zivilgesellschaft in der Türkei fühlen sich unter Druck. Viele Akteure haben in den letzten Jahren das Land verlassen. Internationale Künstlerinnen und Künstler haben es teilweise sogar gemieden. Mit der Kulturakademie Tarabya konnten wir einen Beitrag leisten, den Austausch und die Kommunikationskanäle zwischen Deutschland und der Türkei, auch über den Bereich Kunst und Kultur hinaus, zu fördern — und das war ja auch die Idee des Deutschen Bundestages, als dieses Projekt initiiert wurde.

**Entenmann:** Gerade aufgrund der Situation vor Ort sind die Erwartungen seitens der türkischen Zivilgesellschaft und insbesondere der Kulturszene an uns hoch. Auch deshalb ist in diesen Zeiten ein Residenzprogramm besonders wertvoll, weil die Stipendiatinnen und Stipendiaten über einen längeren Zeitraum ein Vertrauensverhältnis zu türkischen Kunstschaaffenden aufbauen können. So entstehen weit über die Stipendiendauer hinaus nachhaltige Beziehungen. Von institutioneller Seite unterstützen wir die Verbindung zur türkischen Zivilgesellschaft mit zahlreichen Projekten jährlich 40 Veranstaltungen mit Partnern vor Ort und Networking-Formaten: Mit den wöchentlich stattfinden »Tarabya Tuesdays« haben wir eine Plattform geschaffen, zu der wir Vertreterinnen und Vertreter der lokalen Szene nach Tarabya einladen. Außerdem haben wir im November 2019 erstmals ein Netzwerktreffen der anderen Art — ein kulturelles Speed-Dating auf einem Bosphorus-Schiff — organisiert. So konnten die Stipendiatinnen und Stipendiaten sich mit wichtigen Akteuren aus der hiesigen Kunst- und Kulturwelt vernetzen. An der großen Anzahl und Diversität der Teilnehmenden sieht man, dass auch von türkischer Seite das Interesse an einem Austausch ungebrochen hoch ist.

**Zahllose deutsche und türkische Medien- und Kulturschaaffende sind in der Türkei nicht nur unter Druck, sondern auch willkürlich inhaftiert worden. Wie beeinflusst diese Situation die Arbeit der Kulturakademie?**

---

**Laufer:** Die Situation für Zivilgesellschaft, Medien- und Kulturschaaffende in der Türkei ist schwierig. Natürlich hat das Image der Türkei in Deutschland in den letzten Jahren darunter gelitten. Neuanreisende Stipendiatinnen und Stipendiaten hatten uns besonders in den Jahren 2016 und 2017 noch vor Antritt des Stipendiums oft telefonisch konsultiert und um eine Lageeinschätzung gebeten. Dennoch haben bislang nur ganz Wenige ihr Stipendium aus Sorge vor der politischen Lage nicht angetreten. Diese Fälle ereigneten sich allesamt in den Jahren

2016 und 2017 — einer besonders turbulenten Phase. Unsere Aufgabe ist es, uns auf die Lage im Land einzustellen und damit umzugehen. Weder wir noch die bei uns residierenden Künstlerinnen und Künstler leben im luftleeren Raum, sondern wir befassen uns persönlich und in unserer Arbeit oft mit politischen Themen. Das lässt sich nicht ausblenden.

**Entenmann:** Als kuratorisch verantwortliche Instanz beschäftigen uns natürlich oft Fragen der künstlerischen Freiheit, für die wir als Goethe-Institut stehen, und andererseits die Fürsorgepflicht für unsere Stipendiatinnen und Stipendiaten sowie deren lokale Partner. Einmal jährlich organisieren wir ein großes Festival auf dem Gelände der Sommerresidenz des Deutschen Botschafters, dort zeigen wir auch die entstandenen Werke: So zeigte eine Stipendiatin ihren Dokumentarfilm, der eine Umweltgruppe begleitet, die sich gegen den Neubau des Istanbul Flughafens eingesetzt hatte. Auch andere künstlerische Positionen — z. B. eine Video-Arbeit zum Atatürk-Kulturzentrum — zeigen, wie stark die Stipendiatinnen und Stipendiaten mit der türkischen Zivilgesellschaft interagieren. Die Kulturakademie Tarabya steht für künstlerische Freiheit, das zeigt sich in unterschiedlichen Werken immer wieder.

**Verzeichnen Sie dennoch in den Jahren seit dem Putsch 2016 zurückgehende Bewerberzahlen? Oder sind diese gleichgeblieben?**

---

**Entenmann:** Wir haben das Verfahren für die Vergabe von Stipendien im Jahr 2017 umgestellt — von Nominierung auf Bewerbung. Die Umstellung war von Akademiegründung an geplant — fiel dann aber auf ein Jahr, in dem die politische Situation in der Türkei wie auch die bilateralen Beziehungen besonders angespannt waren. Wir hatten uns in diesem Moment ernsthafte Gedanken gemacht, ob wir ausreichend qualifizierte Bewerbungen bekommen würden. Dennoch hat ein mögliches Stipendium an der Kulturakademie Tarabya seinerzeit insgesamt rund 300 Künstlerinnen und Künstler motiviert, ihre Bewerbung einzureichen — und das bei nur etwa 20 Plätzen, die wir jährlich vergeben. Auch 2018 und 2019 hatten wir ähnlich viele Bewerbungen, die sich übrigens mit denen von etablierten Residenzprogrammen wie der Villa Kamogawa in Japan vergleichen lassen.

**Jährlich ermöglichen Sie rund 20 Stipendiatinnen und Stipendiaten einen Aufenthalt in der Kulturakademie Tarabya. Wie sieht dieser aus?**

**Laufert:** Seitdem wir 2017 auf ein Bewerbungsverfahren umgestellt haben, bleiben die Stipendiatinnen und Stipendiaten in der Regel vier oder acht Monate in Tarabya. Eine Verlängerung — zu einem späteren Zeitpunkt — ist laut Statut der Kulturakademie auf bis zu zehn Monaten insgesamt möglich. Die Stipendiatinnen und Stipendiaten wohnen in der Zeit auf dem Gelände der historischen Sommerresidenz des Deutschen Botschafters in Tarabya. Ein malerisches, 20 Hektar großes Anwesen mit mehreren weißen Holzvillen — eine davon die Kulturakademie — und einem großen Park. Ein Ort der Ruhe und Abgeschiedenheit in der Millionenmetropole Istanbul. Sie erhalten ein monatliches Stipendium in Höhe von 2.500 Euro und werden von unserem Team der Kulturakademie im Alltag vor Ort in Tarabya unterstützt. Abhängig von Art der Arbeit und Arbeitsstil verbringen die unterschiedlichen Künstlerinnen und Künstler mehr oder weniger Zeit auf dem Gelände — und entsprechend mehr oder weniger Zeit in der Stadt oder im Land selbst. Es besteht keine Produktionspflicht. Die Stipendiatinnen und Stipendiaten müssen lediglich sicherstellen, dass sie etwa 90 Prozent der Stipendierendauer vor Ort sind, also nicht außerhalb der Türkei, denn sie sollen dieses außergewöhnliche Land ja auf eine besondere Art kennenlernen.

### Wie werden die Stipendiatinnen und Stipendiaten ausgewählt? Was sind die Kriterien?

---

**Entenmann:** Die Auswahl erfolgt in einem fünfstufigen Verfahren: Zuerst sichtet das Goethe-Institut Istanbul die Bewerbungen nach formalen Kriterien. So dürfen sich z. B. ausschließlich in Deutschland lebende Künstlerinnen und Künstler auf das Stipendium bewerben. Anschließend bewerten deutsche und türkische Fachberaterinnen und -berater in allen Sparten die Bewerbungen in ihrer jeweiligen Disziplin und vergeben Punkte. Kriterien sind die künstlerische Qualität und Ästhetik des vorliegenden Portfolios, die Relevanz und der Innovationscharakter in der zeitgenössischen Kulturszene Deutschlands, aber auch das interkulturelle Potenzial des Werks bezogen auf die Türkei und die Motivation der Künstlerin oder des Künstlers, nach Istanbul zu kommen. Das Urteil der Expertinnen und Experten ist für die fünfköpfige Jury — neben dem Beirat der Kulturakademie unser wichtigstes Entscheidungsgremium — nicht bindend, dient dieser aber als Orientierung und Hilfestellung bei der Sichtung der vielen Bewerbungen. Die Jury empfiehlt ihre Auswahl an Stipendiatinnen und Stipendiaten schließlich dem Stipendienausschuss, bestehend aus der Juryvorsitzenden Feo Aladag, der Beiratsvorsitzenden Staatsministerin Michelle Müntefering und uns als Leitung der Kulturakademie Tarabya.

## Was planen Sie in Zukunft für die Kulturakademie Tarabya?

---

**Entenmann:** Für die Zukunft liegt ein Fokus auf Alumni-Arbeit. Neben in den letzten Jahren eingeführten Formaten wie einem Alumni-Newsletter, Alumni-Treffen und der Einbeziehung von Alumni in Veranstaltungen haben wir gerade erstmals ein Fonds für ehemalige Stipendiatinnen und Stipendiaten der Kulturakademie Tarabya eingerichtet. Ziel des Fonds ist die Förderung nachhaltiger Beziehungen zur Türkei sowie neuer kollaborativer Arbeitsprozesse und innovativer Produktionen im deutsch-türkischen Kulturaustausch. Der Fonds bietet den inzwischen über 90 Alumni die Möglichkeit, sich zweimal jährlich auf maßgenaue Förderlinien zu bewerben: auf Recherchereisen, Übersetzungsförderung und (Ko-)Produktionsförderung. Vor einem Jahr haben wir zudem eine Auswahl von in Tarabya entstandenen künstlerischen Positionen erstmals auch in Berlin bei einer großen Werkschau im Hamburger Bahnhof – Museum für Gegenwart – präsentiert und planen auch künftig immer wieder Formate in Deutschland.

**Laufer:** Wichtig ist uns, dass wir die Kulturakademie Tarabya immer mehr als eigene Institution und Marke aufbauen. Wir haben das in den letzten Jahren – vor allem in der Öffentlichkeitsarbeit – angestoßen und müssen das stetig weiter vorantreiben. Ziel ist und bleibt es – so wie es der Deutsche Bundestag seinerzeit vorgesehen hatte –, kulturelle Brücken zu bauen, die die deutsch-türkischen Beziehungen im Bereich Zivilgesellschaft, Kunst und Kultur weiter mit Leben füllen und somit stärker und robuster machen. Wenn es uns gelingt, die Güte und Menge der jährlichen Bewerbungen auf aktuellem Niveau zu verstetigen, sehe ich uns auf einem guten Weg.

*Dieser Artikel erschien in Politik & Kultur 2/2020.*

*Pia Entenmann trägt die Kuratorische Verantwortung für die Kulturakademie Tarabya.*

*Meik Clemens Laufer ist Leiter der Kulturakademie Tarabya.*

*Die Fragen stellte Theresa Brüheim – Chefin vom Dienst von Politik & Kultur.*

# HOHER JOHANNES EBERT ZUKUNFTSWILLE — DIE ARBEIT DES GOETHE- INSTITUTS IN AFRIKA

Weltweit fehlt es an neuen Inhalten. Wir sind davon überzeugt, dass Afrika genau diese Inhalte liefern kann«, gibt sich Dagmawi Bedilu auf der gamescom selbstbewusst. Der Software-Entwickler aus Äthiopien ist einer der Vordenker von »Enter Africa«, einer länderübergreifenden afrikanischen Gaming-Initiative, die sich im August auf der Kölner Spielemesse vorgestellt hat. Spieleentwickler, Künstlerinnen, Stadtplaner, Architektinnen und Ingenieure aus 15 afrikanischen Ländern sind 2017 dem Aufruf des Goethe-Instituts Addis Abeba gefolgt, gemeinsam digitale Spiele zu entwickeln, die das Bewusstsein für die Herausforderungen der Megastädte auf ihrem Kontinent spielerisch stärken sollen. So kämpft ein digitaler Held gegen ein Müllmonster auf der weltgrößten Elektroschrotthalde Agbogoshie in Ghana, die »Maske des Lichts« rettet die Trinkwasserversorgung in Dakar.

»Enter Africa« ist ein Beispiel für die Arbeit der Goethe-Institute im Bereich Kultur- und Kreativwirtschaft in Afrika. Die Gaming-Initiative weist in die Zukunft und verdeutlicht die hohe Kreativität und den Erneuerungswillen junger Afrikanerinnen und Afrikaner. Die Spielideen greifen gesellschaftliche Fragen auf; gleichzeitig ist die Gaming-Industrie auch in Afrika ein wachsender Sektor der Kreativwirtschaft. Diese Schnittstelle zwischen Kulturpolitik und Entwicklungszusammenarbeit ist ein wichtiger Aspekt der Arbeit der 15 afrikanischen Goethe-Institute, davon zwei Verbindungsbüros. Den Austausch im Bereich zeitgenössischer Kultur zu befördern, Freiräume zu schaffen für zivilgesellschaftliche Akteure, die Auseinandersetzung mit dem Kolonialismus, Bildungsprogramme insbesondere für junge Frauen und natürlich das Erlernen der deutschen

Sprache als möglicher Zugang zu Studium und Beruf — das sind weitere wichtige Arbeitsfelder unseres weitverzweigten Netzwerks, das auch Goethe-Zentren, Sprachlernzentren und unzählige Partnerinstitutionen aus Kultur und Bildung vor Ort einschließt.

Der afrikanische Kontinent umfasst 55 Länder und hat 1,3 Milliarden Einwohner. Das Durchschnittsalter der Bevölkerung liegt bei 18 Jahren. Der Kontinent ist jung, dynamisch und vielfältig. Die Bevölkerungszahl Afrikas soll sich bis Mitte des 21. Jahrhunderts mindestens verdoppeln. Dabei ist die heranwachsende Jugend zunehmend kritisch und sucht sich ihre Vorbilder fernab der politischen Eliten. Gerade in den Bereichen Kultur, Bildung und Gesellschaft formulieren die jungen Akteure stringent ihre eigenen Interessen gegenüber der Politik und internationalen Gebern. Strukturellen Defiziten begegnen viele mit innovativer Selbstorganisation. Trotz gesellschaftlicher Herausforderungen wie Analphabetismus, ungleicher Verteilung von Reichtum und zahlreichen Krisen ist der Zukunftswille in Afrika hoch. Deutlich zeigt sich dies im Bereich Kultur- und Kreativwirtschaft. Die Start-up-Szene in Afrika wächst kontinuierlich und ist durch eine junge, aufstrebende Gründerszene gekennzeichnet. Besonders im Bereich Digitalisierung entstehen in Afrika zukunftsfähige Ideen, die den Alltag und auch die Mobilität in afrikanischen Städten erleichtern wollen.

Dabei verblasst Europa zunehmend als Referenzsystem. Pan-afrikanische Dialoge und der sogenannte Süd-Süd-Dialog gewinnen an Bedeutung, um die eigene Geschichte und Vergangenheit zu bewältigen und klare afrikanische Positionen zu entwickeln. Auf diesem Weg ist die Auseinandersetzung mit postkolonialen Fragestellungen und den Machtverhältnissen zwischen Norden und Süden von großer Bedeutung.

Dies zeigt sich derzeit wohl am stärksten in den — vorwiegend aus europäischer Perspektive — geführten Diskussionen zur Restitution von Kulturgütern und zur kolonialen Vergangenheit. Eine zentrale Aufgabe sieht das Goethe-Institut darin, Stimmen aus afrikanischen und anderen ehemaligen Kolonialländern in diesen Diskurs einzubringen und Plattformen zu schaffen, in deren Rahmen eigene afrikanische Zukunftskonzepte entwickelt werden können. Ein Beispiel sind die »Museumsgespräche«, bei denen das Goethe-Institut Verantwortliche des gesamten Kontinents versammelt, um über die Zukunft afrikanischer Museen zu diskutieren. Die Ergebnisse wurden gerade in Namibia auf einer Abschlusskonferenz zusammengeführt: ein wichtiger Ausgangspunkt für die Entwicklung neuer Museumsprojekte der Goethe-Institute und ihrer afrikanischen Partner.

Projekte wie die »Museumsgespräche« und »Enter Africa« verdeutlichen einen anderen Aspekt der kolonialen Vergangenheit: Die nationalstaatliche Gliederung Afrikas erschwert die Mobilität und die Begegnung über Grenzen hin-

weg, die angesichts eines globaler werdenden Kultur- und Bildungsbetriebs und des Entstehens neuer afrikanischer Netzwerke immer wichtiger werden. Mobilitätsprogramme wie »Moving Africa«, das seit Beginn der vom damaligen Außenminister Frank-Walter Steinmeier ausgerufenen Afrika-Initiative Vernetzungsreisen afrikanischer Kulturschaffender fördert, sind eine Möglichkeit, hier zu unterstützen. Immer wichtiger sind hier auch Plattformen des kulturellen Austausches: Bei »Music in Africa« — einer von Siemens-Stiftung und Goethe-Institut initiierten Musikplattform — liegen die inhaltliche Gestaltung und unternehmerischen Entscheidungen bei der gleichnamigen afrikanischen Stiftung; die deutschen Partner bringen die Akteure zusammen, bieten Räume, Logistik und Beratung an. »Music in Africa« ist ein besonders erfolgreiches Beispiel dieses Formats. Die Plattform vernetzt Musiker, Expertinnen und Veranstalter in 38 Ländern des afrikanischen Kontinents, ermöglicht Konzerte oder veranstaltet Workshops. Sie verbindet die Musikszene Afrikas über den ganzen Kontinent hinweg.

»Music in Africa« oder die Filmplattform »ciniDB.africa«, die im November mit wichtigen Impulsen der vom Auswärtigen Amt geförderten Studie »Framing the Shot — Key Trends in African Film« gelauncht wird — das sind Projekte, die sowohl außenkulturpolitische Aspekte von Begegnung, Verständigung und inhaltlicher Auseinandersetzung als auch Gesichtspunkte von nachhaltiger Entwicklungszusammenarbeit in sich vereinen — ganz im Sinne der vom Europäischen Parlament verwendeten Definition: »Kultur- und Kreativindustrien basieren auf kulturellen Werten, kultureller Diversität, individueller und/oder kollektiver Kreativität, Fertigkeiten und Talenten mit dem Potenzial, Innovation, Wohlstand und Arbeitsplätze zu schaffen, indem sie sozialen und ökonomischen Wert generieren.«

In diesem Sinne sind auch die Projekte zu sehen, die das Goethe-Institut im Bereich der Kreativwirtschaft aufgelegt hat. Der Grundgedanke unserer Arbeit: Jungen Kreativunternehmerinnen und -unternehmern die Möglichkeit zu geben, vielversprechende Ideen so weit zu entwickeln, dass sie künstlerisch-kreativ wertvoll sind und sich gleichzeitig nachhaltig auf dem Markt behaupten können. Dabei richten sich unsere Aktivitäten an schöpferische und innovative Kultur- und Kreativschaffende aus den Bereichen Musik, Literatur, bildende und darstellende Kunst, Film, Architektur, (Mode-)Design und der Games-Industrie. Das Ayada Lab — in Kooperation mit dem Institut français und gefördert vom Auswärtigen Amt — bringt z. B. junge Unternehmerinnen und Unternehmer aus der Elfenbeinküste, Kamerun, Ghana, Nigeria und dem Senegal zusammen, um — unterstützt von erfahrenen Kulturunternehmerinnen und Mentoren — ihre Projekte zu verwirklichen. Wichtig ist dabei auch das »Capacity Building«.

Seit 2018 arbeitet das Goethe-Institut im Feld der Kreativindustrien auch mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) zusammen. Im Rahmen des Globalvorhabens »Kultur und Kreativwirtschaft« initiiert das Goethe-Institut in Kooperation mit der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) Qualifizierungs- und Vernetzungsprogramme für Akteure der lokalen Kreativwirtschaftsszenen — in Südafrika, Kenia, Senegal, Jordanien, dem Libanon und dem Irak. In Südafrika beispielsweise bietet das Goethe-Institut gemeinsam mit der afrikanischen Stiftung Triggerfish Academy eine digitale Lernplattform für angehende Animationskünstlerinnen und -künstler an, im Senegal entwickelt es eine Fortbildungsakademie, um Musikakteure und Soundtechniker zu professionalisieren, und in Kenia kooperiert es mit verschiedenen lokalen Partnern, um insbesondere junge, von Frauen geführte Kreativunternehmen in ihrer Weiterentwicklung zu unterstützen.

Darüber hinaus hat das Goethe-Institut Johannesburg vor zwei Jahren seine eigenen Türen für Kreativunternehmer geöffnet und gibt ihnen mit dem Hub@goethe die Möglichkeit, an innovativen Projekten zu arbeiten. Ziel ist eine stärkere Vernetzung der lokalen, aber auch internationalen Kreativszenen und eine gesteigerte Sichtbarkeit der jungen Kreativschaffenden bei politischen Entscheidungsträgerinnen und -trägern.

Zurück zur gamescom in Köln: Inmitten des Trubels um »Enter Africa« haben Kirubel Habtu aus Addis Abbeba und Adfoyeke Ajayo aus Lagos das Spiel »Busara« aufgebaut. Holzfelder, Karten und Spielanweisungen in afrikanischem Design. »Busara« ist Swahili für Weisheit, Urteilsfähigkeit und Menschenverstand. Das Spiel — irgendwo angesiedelt zwischen Monopoly und Siedler — bildet die Herausforderungen und Chancen, den Reichtum und die Hoffnung ab, die die Spieleentwickler aus ihren Ländern mitbringen, um eine lebenswerte Gesellschaft zu erschaffen. Vielleicht sollte man »Busara« spielen, um einen tieferen Einblick in die aktuellen Fragestellungen des afrikanischen Kontinents zu erhalten.

*Dieser Artikel erschien in Politik & Kultur 10/2019.*

*Johannes Ebert ist Generalsekretär des Goethe-Instituts.*



# IM STÄNDIGEN BETH ACHITSA AUFWIND — DIE MUSIKBRANCHE IN KENIA

Die Musikbranche in Kenia befindet sich in ständigem Aufwind. Branchen-Insider sind der Meinung, dass die kenianische Musikindustrie aufgrund von verbesserten rechtlichen Rahmenbedingungen für geistiges Eigentum und Urheberrecht jetzt an einem kritischen Punkt angelangt ist. Die Branche ist dennoch mit unendlich vielen Herausforderungen konfrontiert, denen sie sich stellen muss, um die Musikindustrie in Kenia auf eine solide Grundlage zu stellen und damit gleichzeitig das Wachstum der Branche in Ostafrika weiter zu fördern.

In den letzten fünf Jahren wurde heftig über die Unterstützung der lokalen Musikbranche durch die Medien diskutiert. Anfang 2019 erreichte diese Diskussion ihren vorläufigen Höhepunkt, als Spitzenmusiker die Medien des Landes aufforderten, statt der auf kenianischen Radiosendern dominierenden Musik aus Nigeria und Tansania mehr kenianische Musik aufzulegen. Unter dem Hashtag #playkemusic äußerten sich sowohl Künstler als auch Medienvertreter und ließen ihrer Frustration freien Lauf. Als Antwort auf die Diskussion und auf das Bedürfnis nach mehr lokalen Inhalten machten die kenianischen Medienvertreter deutlich, dass die Künstler sich zunächst einmal mit den qualitativen Aspekten ihrer Musik beschäftigen müssen.

2013 hat die kenianische Regierung eine Richtlinie erlassen, die die Medien dazu anhält, mindestens 60 Prozent ihrer Inhalte lokalen Themen zu widmen. Laut Statistiken beschäftigte sich bisher lediglich etwa 30 Prozent der Sendungen mit örtlichen Themen. Nun haben einige Produzenten als Antwort auf die nicht enden wollende Diskussion über Musikqualität und den kenianischen Sound be-

schlossen, im Rahmen der kenianischen Musik neue Wege zu gehen. Fredrick Wang'ombe, auch unter dem Namen »Dillie« bekannt, ist ein solcher Produzent. Er macht sich traditionelle Klänge zunutze und bemüht sich um einen Dialog zwischen den Generationen, bei dem ältere Künstler mit vielversprechenden jüngeren Musikern zusammenarbeiten. Die Single »How we Do« ist ein Beispiel für seine Arbeit. Sie ist ein Gemeinschaftswerk des Benga-Musikveteranen Mike Rua und der jungen Band 125 und kombiniert den modernen Hip-Hop-Sound mit der traditionellen Musik des Volks der Kikuyu. Der Song kam im Mai 2019 heraus und fand großen Anklang. »Bei meiner Arbeit bringe ich unterschiedliche Klänge aus verschiedenen Teilen Kenias zum Ausdruck, um den von mir produzierten Klängen eine Identität zu verleihen. Zusätzlich versuche ich bei einigen Produktionen, junge Musiker mit älteren Musikern zusammenzubringen, damit sie voneinander lernen und zusammenarbeiten können«, sagt Dillie.

Tabu Osusa, ein Musikproduzent, der eines der ältesten Tonstudios zur Förderung kenianischer Musik leitet, erklärt, dass man endlich mit der Zeit gehen und dabei aber der traditionellen Musik treu bleiben müsse: »Junge Künstler müssen sich weiterhin am für Kenia charakteristischen Benga-Sound orientieren und ihn mit elektronischen, Techno- oder Pop-Elementen mischen.«

Das Ketebul-Team ist bekannt für das Archivieren und Dokumentieren von musikalischen Nischenounds, die auf dem besten Wege sind, in Vergessenheit zu geraten. 2016 veröffentlichten sie »Shades of Benga«, ein Buch, das sich mit den unterschiedlichen Stilrichtungen der kenianischen Benga-Musik beschäftigt. Es entstanden weitere Initiativen wie beispielsweise die Gruppe Bengatronics, die Musik nicht nur produzieren, sondern auch Tourneen in der Region organisieren möchte. Unter der Leitung von DJ Gregg Tendwa brachte Bengatronics im Juli 2019 ein Album heraus und ging anschließend auf Ostafrika-Tournee, um ihre Musik aus Kenia einem größeren Publikum zu präsentieren.

Da kenianische Musik international nicht sehr bekannt ist, bemühen sich Initiativen wie ONGEA!, das jedes Jahr im Februar in Nairobi stattfindende Musik-Gipfeltreffen, den Export kenianischer Musik zu fördern. Das jährliche Treffen, das 2004 als »Kenyan Music Week« gegründet wurde, hat sich mittlerweile zu einem Event entwickelt, das die gesamte Region Ostafrika zusammenführt. Es konzentriert sich im Wesentlichen auf drei Aspekte — Handel, Präsentation und Wissensaustausch.

Der Gipfel, der vom australischen Unternehmer Michael Strano ins Leben gerufen wurde, hat schon mit der Musikbranche in anderen afrikanischen und europäischen Ländern zusammengearbeitet. 2018 präsentierte ONGEA! in Zusammenarbeit mit Hamburgs führendem Reeperbahn-Festival und der damit verbundenen Konferenz eine Delegation von Managern aus der Musikbranche,

die sich mit ihren Kollegen über eine potenzielle Zusammenarbeit zwischen dem afrikanischen und europäischen Markt austauschten. Auf dem viertägigen ONGEA!-Gipfel, der über 10.000 Besucher aus Kenia und dem Rest der Welt anzieht, beschäftigt man sich mit den Herausforderungen der Musikbranche und versucht, angemessene Lösungen zu entwickeln. Da Künstler sich unter anderem mit Live-Auftritten ihren Lebensunterhalt verdienen, ist ONGEA! bestrebt, für die Branche innerhalb Ostafrikas einen tragfähigen Plan zur Förderung des Musikexports zu entwickeln.

Nairobi gilt zweifellos als die Entertainment-Hauptstadt Ostafrikas und hat sehr viel Live-Musik zu bieten. Mit zehn Prozent hat die Livemusik-Szene von den drei Musiksektoren jedoch den kleinsten Anteil an der Musikszene. Ein Mangel an angemessenen Räumlichkeiten und adäquaten Plattformen ist einer der Gründe für die Schwierigkeiten, mit denen die Branche zu kämpfen hat.

Rashid Abdi, der führende Musik-Promoter in Kenia, erklärte die Situation in einem Gespräch mit der Online-Plattform »Music in Africa« folgendermaßen: »Die größte Herausforderung ist der Mangel an ausreichenden Plattformen und Slots für die wachsende Anzahl von Live-Musikern. Wenn ich jede Woche fünf verschiedene Aufführungsräume in Nairobi buchen könnte, hätte ich kein Problem, diese Slots zu füllen, da die Nachfrage nach solchen Räumlichkeiten seitens der Musiker sehr groß ist.«

Andere Herausforderungen für die Musikbranche in Kenia sind z. B. der sehr schwache »Artists & Repertoire«-Sektor und der Mangel an Managern, die sich im Musikgeschäft auskennen. Es gibt nur eine Handvoll Plattenlabels in Kenia. Da es sich letztlich um eine Branche handelt, die vorwiegend auf »Do-it-yourself« setzt, haben die wenigsten Akteure die notwendigen Business-Skills.

*Dieser Artikel erschien in Politik & Kultur 10/2019.*

*Beth Achitsa ist unabhängige Musikberaterin.*

*Sie hat u. a. für die Online-Musik-Plattform »Music In Africa« und »ONGEA!« gearbeitet.*

# LABORATORIUM DER SOZIALEN TRANS- FORMATION — MUSEEN IN SÜDAFRIKA CIRAJ RASSOOL

Seit Beginn der Demokratie in Südafrika Mitte der 1990er Jahre wurde der Museumssektor zu einem Laboratorium der sozialen Transformation — alte Museen und Sammlungen sollten umstrukturiert werden, neue Museen wurden als wichtiger Bestandteil zur Gründung einer neuen Nation mit neuen Konzepten der Staatsbürgerschaft betrachtet. In den 1990er Jahren hat die damalige Regierung ein »White Paper« über Kunst und Kultur veröffentlicht und eine Arbeitsgruppe, die sogenannte Arts and Culture Task Group (ACTAG), eingerichtet, um der Transformation des Kunst-, Museums- und Kultursektor einen rechtlichen Rahmen zu geben. Außerhalb des staatlichen Einflussbereiches entstanden neue unabhängige Museen, die die Geschichte von Apartheid und Demokratie auf lokaler Ebene erzählen wollten. Im Allgemeinen mussten sich Museen davon lösen, ein Teil der Regulierungs- und Regierungsstrukturen einer »Rassenordnung« zu sein und sich stattdessen in ein Forum verwandeln, in dem der Aufbau von demokratischen Gesellschaften möglich wurde.

Zunächst versuchten sich die Stadt- und Provinzmuseen zu verändern, indem sie bereits bestehende Museumsausstellungen um die »Schwarze Geschichte« ergänzten. Einige Museen suchten auch nach einer Veränderung, indem sie eine längere Geschichte über die menschliche Herkunft und die einheimischen Migrationsstrukturen erzählten. Dadurch wurde versucht, ein Gefühl der Abstammung aus einer Vergangenheit zu vermitteln, die bis heute von einer menschlichen Präsenz geprägt ist, in der das eigene Land nie leer gewesen zu sein scheint. Gleichzeitig wurden alte Nationalmuseen zu Schauplätzen von

Debatten und Auseinandersetzungen, in denen neue Ausstellungen Fragen zur Klassifizierung von Museen aufwarfen und versuchten, indigene Geschichten wiederherzustellen. In der South African National Gallery (SANG) wurden Artefakte und Kunstwerke indigener Kulturen, wie Perlenarbeiten und goldene Skulpturen, als Demonstrationen ästhetischer und sozialer Genialität präsentiert, die statische ethnografische Rahmen herausforderten.

Mitte der 1990er Jahre war die SANG ebenfalls Schauplatz einer wegweisenden Ausstellung mit dem Titel »Miscast: Negotiating the Presence of the Bushmen«. Die Ausstellung war ein Versuch, der ethnischen Gruppe der San/Bushmen eine authentische Stimme zurückzugeben, und stellte diese der Gewalt der Waffe und des Museums gegenüber. Diese authentische Stimme wurde in der Folklore gesehen, die Lucy Lloyd und Wilhelm Bleek in den 1870er und 1880er Jahren in Kapstadt von Karoo bzw. Xam-Sprechern aufgenommen hatten, die wegen Widerstandshandlungen gegen koloniale Eingriffe inhaftiert worden waren. Von einem unkritischen Rahmen für die Rettung und Wiederherstellung der Authentizität geprägt, wurde »Miscast« vielfach kritisiert, weil es die sehr koloniale, visuelle Ökonomie, die es infrage zu stellen galt, aufrechterhielt und nicht in der Lage war, die Kulturpolitik der Khoisan in Südafrika — zu der die San gehören — anzusprechen, die sich gerade im Aufbau befand.

Das South African Museum (SAM), das zum zentralen Schauplatz der Zusammenführung von Sammlungen und Ausstellungen der Naturgeschichte und Ethnografie wurde, entwickelte sich zu einem wichtigen Ort, um das Ethnografische zu hinterfragen. Insbesondere bei der Darstellung der indigenen Bevölkerung als »Stamm« in seiner »Galerie für Afrikanische Kultur«. Das dort gezeigte »Buschmann-Diorama« stand im Mittelpunkt der Kritik und Diskussion. Es zeigt eine erfundene Szene der Buschmann-Kultur, basierend auf einem kolonialen Kunstwerk von Samuel Daniell, das seit den 1960er Jahre gezeigt wird. Diese Darstellung hatte Körperabdrücke von Bauern und Hirten aus dem Nordkap in sich aufgenommen, als Teil eines rassenwissenschaftlichen Projekts aus dem frühen 20. Jahrhundert, das darauf abzielte, die physischen Merkmale einer angeblich »verschwindenden Rasse« zu dokumentieren.

Den Empfehlungen des ACTAG-Berichts zufolge, wurden im Norden und Süden des Landes allumfassende Nationalmuseen als sogenannte »Flagship«-Institutionen geschaffen. Das südliche »Flagship« sind die »Iziko Museums of South Africa« in Kapstadt, die unter anderem die Sammlungen der bisher getrennten SANG, SAM und des South African Cultural History Museum (SACHM) umfassten. Während der Apartheidherrschaft wurde das SACHM zum Schauplatz für die Repräsentation einer europäischen Kulturgeschichtserzählung in Kapstadt. Verortet war das Museum in einem der ältesten Gebäude der Stadt, das

einst Sitz des Obersten Gerichtshofs war, zuvor jedoch als Unterkunft für Sklaven der Niederländischen Ostindien Kompanie (VOC) diente. 1998 wurde das SACHM von den Iziko-Museen übernommen und als eine ihrer wichtigsten Handlungen in »Sklavenhütte«, in Englisch »Slave Lodge«, umbenannt.

Die Gründung der Iziko-Museen in Kapstadt und der Ditsong Museen im nördlichen Gauteng boten mit ihren übergreifenden nationalen Museums-sammlungen einen institutionellen Rahmen für die Zusammenführung und Integration bisher getrennter Sammlungen. Die Gründung der Iziko-Museen ermöglichte es auch, die koloniale Klassifikationsordnung, die das moderne Museum in Südafrika bislang prägte, im Sammlungsalltag und beim Kuratieren von Ausstellungen zu hinterfragen. Diese klassifizierende Trennung zwischen Kulturgeschichte und Ethnografie war überall im modernen Museum seit ihrer Gründung zu finden und hat sich in unterschiedlichen Formen in verschiedenen vom Kolonialismus geprägten Gesellschaften fortgesetzt. Eine der wichtigsten Entwicklungen im internationalen Museumswandel geschah in den Iziko-Museen, als die Eröffnung einer neuen Sammlungsabteilung für Sozialgeschichte die bisherige Teilung beendete. Dieser Moment stellt eine neue postkoloniale Kategorie und einen epistemologischen Bruch dar.

Eine der wichtigsten Streitfragen an den Iziko-Museen war die Zukunft des »Buschmann-Dioramas«, das als unethisches Exponat infrage gestellt wurde, da es ein koloniales Bild von essentialisierten Jäger-Versammlungen und rassistische Vorstellungen über das südafrikanische Volk aufrecht erhielt. Darüber hinaus beinhaltete es Körperabdrücke, wie reproduzierte Artefakte aus der physischen Anthropologie, die zur Erforschung von Rassen gesammelt wurden. Die Ethik und Politik, eine Sammlung von rassistisch determinierten Körperabdrücken zu besitzen, wurde generell zu einem Gegenstand intensiver Diskussionen. Bald jedoch wurden diese Diskussionen von einer noch dringenderen Frage eingeholt, nämlich wie die Iziko-Museen mit den menschlichen Überresten umgehen sollten, die sie aus der Sammlung des SAM zur damaligen Rassenforschung übernommen hatte.

Weit davon entfernt, nur die Überreste von längst verstorbenen Menschen zu sein, die von Archäologen ausgegraben wurden, war die beträchtliche Anzahl von menschlichen Überresten, die zu Beginn des 20. Jahrhunderts in die Sammlung der SAM gelangten. Diese waren von kurz zuvor verstorbenen Menschen, deren Überreste von Grabräubern erworben wurden. Der damalige Museumsdirektor Louis Peringuéy und der Restaurator James Drury hatten solche Überreste von Menschen gesucht, die als »authentische Buschmänner« galten, um damit an der Erstellung von Lebendabformungen zu arbeiten. Die SAM erwarb diese gestohlenen menschlichen Überreste zu dem Zeitpunkt, als Südafrika 1910 zu ei-

ner Nation wurde und zu der Zeit der »Südafrikanisierung der Wissenschaften«, bei der südafrikanische Museen mit ihren europäischen Kollegen um die Skelette für ihre rassenwissenschaftliche Forschung konkurrierten. Aufgrund dieser ethischen Dilemmata haben die Iziko-Museen eine Richtlinie für menschliche Überreste entwickelt. Diese empfiehlt, dass alle Überreste, die aus ihren Gräbern gestohlen oder für Zwecke der Rassenforschung entwendet wurden, als unethisch angesehen und für ihre Rückgabe zurückgestellt werden sollten. Die Vorbereitung der Rückgabe menschlicher Überreste an ihre Herkunftsorte wurde durch die Rückgabe der Überreste von Klaas und Trooi Pienaar aus Wien im Jahr 2012 vorangetrieben. Diese Körper sollten in Kuruman in der Nähe des Ortes begraben werden, von dem aus ihre Leichen gestohlen und illegal entwendet wurden. Es ist davon auszugehen, dass die Rückgabe menschlicher Überreste und damit verbundene kulturelle Materialien an den Ort ihrer Herkunft, eine neue Zukunft für das postethnografische Museum einläuten wird – ein Museum für den Rückgabeprozess, für die soziale Wiederherstellung und für die Gemeinschaftsbildung.

Während alte Museumssammlungen überarbeitet und neu konzipiert wurden, führte der ACTAG-Bericht auch zur Einleitung eines »Legacy Projects Programme« zur Einrichtung neuer Museen und Kulturerbeprojekte der neuen Nation. Robben Island Museum (RIM) war das erste Nationalmuseum nach der Apartheid. Der Ort, an dem schwarze politische Freiheitskämpfer, politische Aktivisten oder Kranke von der Apartheid-Regierung inhaftiert und verbannt wurden, wurde in ein Museum verwandelt, um den Erfolg des menschlichen Geistes über die vergangenen Widrigkeiten zu repräsentieren. Mit der Erzählung von Überlebens- und Widerstandsgeschichten während der Repression der Apartheid, entschied sich das RIM, seine interpretative Arbeit in den Rahmen der Versöhnung zu stellen – denn diese bestimmte den Diskurs zur Erneuerung der demokratischen Nation.

Das Museum war ein Geschichtsmuseum, da Geschichte die Disziplin darstellte, um eine neue Nation zu schaffen. In den ersten zehn Jahren erkannte RIM die Gefahr, sich nur auf die Gefängniserfahrungen von Widerstandsführern zu konzentrieren. Deshalb begann das Museum lebensgeschichtliche Forschungen und Dokumentationen mit politischen Gefangenen durchzuführen, die ebenfalls auf der Insel inhaftiert waren. Das war eine aufregende Zeit für ein Geschichtsmuseum, dessen Arbeit auf Standortinterpretationen von Erzählungen ehemaliger politischer Gefangener basierte. Und doch wurde diese Arbeit der Museumsinterpretation als erklärtes Weltkulturerbe auch durch die Logik des internationalen Tourismus und der Erhaltung des Weltkulturerbes eingeschränkt. Infolge wurden die Besuche auf Robben Island dominiert durch einen Schwerpunkt auf der Biografie von Nelson Mandela und seiner Gefangenschaft. Andere neue nationale

Museen wie das Nelson Mandela Museum am Ostkap und das Albert Luthuli Museum in KwaZulu-Natal, die im Rahmen des Maßnahmenprogramms entstanden sind, dienten dazu, die biografische Ordnung als vorherrschenden Rahmen für das südafrikanische Nationalerbe nach der Apartheid zu bestärken. Mandelas Biografie, die als »langer Weg zur Freiheit« dargestellt wurde, stand für die Geschichte der neuen Nation.

Außerhalb dieses beruhigenden nationalen »Rahmens« der Helden und der Biografien versuchten lokale Geschichtsmuseen wie das District Six Museum in Kapstadt, wichtige Neuinterpretationen der südafrikanischen Gesellschaft und ihrer Geschichte zu präsentieren, indem sie sich auf die Vergangenheit von District Six in den verschiedenen Phasen der Umsiedlung und der Zwangsräumung konzentrierten. Vor dem Hintergrund der Darstellungen über die ersten Zwangsumsiedlungen afrikanischer Menschen aus dem Sechsten Bezirk und anderen Orten auf die Farm Uitvlugt, war die Entstehung von Leben im Sechsten Bezirk und die Umsiedlungen in den 1970er und 1980er Jahren sowie der Prozess der Landrückgabe, eine eindrucksvolle Präsentation über die Künstlichkeit von Rasse. Die zentrale Bedeutung der Arbeit des District Six Museum besteht jedoch methodologisch darin, ein Museum der Inschriften, der Teilnahme und der Verkündung zu sein, sowie gleichzeitig auch ein Museum zur Wiederherstellung von Würde durch die Macht der Repräsentation. Im Zuge der Fortsetzung der Restitutionsarbeit und der Rückgabe von Landanspruch an den Sechsten Bezirk, wurde die Inschriftenarbeit des Museums auf die Inschriften des Landes selbst ausgeweitet. Es ist genau diese partizipative Methodik, die eine tiefgreifende Demokratisierung des Museumssektors in Südafrika verspricht.

*Dieser Artikel erschien in Politik & Kultur 9/2019.*

*Aus dem Englischen übersetzt von Ludwig Nachtmann.*

*Ciraj Rassool ist der Leiter des »African Programme  
in Museum and Heritage Studies« an der University of  
the Western Cape in Südafrika.*





## **AKBP — Ein Rückblick**

1. Auflage, Berlin 2020

Deutscher Kulturrat e.V.  
Taubenstraße 1  
10117 Berlin  
post@kulturrat.de  
kulturrat.de

Goethe-Institut e.V.  
Oskar-von-Miller-Ring 18  
80333 München  
info@goethe.de  
goethe.de

### **Herausgeber**

Johannes Ebert und  
Olaf Zimmermann

### **Redaktion**

Theresa Brühem,  
Maike Karnebogen  
und Viola Noll

### **Redaktionsschluss**

Oktober 2020

### **Gestaltung**

4S

### **Druck**

Optimal Media

### **Schriften**

Kapra Neue, Bridge Text

### **Papier**

Napura Khepera, 130 g/m<sup>2</sup>  
Surbalin glatt, 115 g/m<sup>2</sup>  
Schleipen Werkdruck 1.5, 100 g/m<sup>2</sup>

### **ISBN**

978-3-947308-28-6

Gefördert aus Mitteln Der Beauftragten  
der Bundesregierung für Kultur und  
Medien aufgrund eines Beschlusses des  
Deutschen Bundestags.

Nachdruck von Texten aus Politik & Kultur,  
Zeitung des Deutschen Kulturrates, in  
den Kapiteln 1 bis 3. Die inhaltliche Verant-  
wortung für die Beiträge liegt bei den  
Autorinnen und Autoren.

Die Deutsche Nationalbibliothek führt die  
Publikation in der Deutschen National-  
bibliografie. Detaillierte bibliografische  
Angaben sind unter [dnb.de](http://dnb.de) abrufbar.





**GOETHE  
INSTITUT**